

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Wir haben die Wahl

Am 20. Januar – nach Redaktionsschluß dieser „RotFuchs“-Ausgabe – sollte der Immobilienhai und Milliardär Donald Trump zum zweiten Mal als Präsident der USA vereidigt werden. Am Charakter des US-Imperialismus ändert eine Person an der Regierungsspitze nichts: Der relative Niedergang als Weltmacht setzt sich fort, die Aggressivität steigt. Historische Materialisten wissen aber: Personen sind nicht nur Anhängsel der Eigentums- und Machtverhältnisse, sie können in einer Position wie der des Oberkommandierenden der US-Armee auch Entscheidendes bewirken. Das gilt erst recht im Atomzeitalter.

Trump hat in seiner ersten Amtszeit allein mit dem Rückzug der USA aus dem INF-Vertrag 2019 wesentlich zur Destabilisierung der internationalen Lage beigetragen. Er strengte einen Wirtschaftskrieg gegen China an, der laut Pentagon Ende dieses Jahrzehnts in einen „heißen“ umschlagen soll. Am Aufstieg der Volksrepublik und der anderen BRICS-Staaten änderten Trump und sein Nachfolger, der den Kurs verschärfte, nichts. Immerhin: Trump war seit Jahrzehnten der erste US-Präsident, der keinen neuen Krieg begonnen hat. Die Bilanz der Präsidentschaft Joseph Bidens ist katastrophal: Er hat die Weltkriegsgefahr erneut erhöht, allein durch die Eskalation im Ukraine-Krieg. Jede Verständigung lehnte er, gestützt von der BRD und den anderen westeuropäischen NATO-Staaten, ab. Er verabschiedete sich mit einer Ungeheuerlichkeit, als er nach der Wahl Trumps am 5. November 2024 die an Kiew gelieferten ATACMS-Kurzstreckenraketen zum Beschuß russischen Hinterlandes freigab.

Trump hatte monatelang behauptet, er werde kurz nach seinem Wahlsieg den Ukraine-Krieg „binnen 24 Stunden“ beenden. Der Mann neigt zur Selbstüberschätzung, was in seinem Amt gefährlich sein wird. Anfang Januar sprach er von sechs Monaten bis zum Kriegsende und von einem Treffen mit Wladimir Putin – Moskau reagierte zurückhaltend, um es freundlich zu sagen. Allein die Tatsache aber, daß sich ein designierter US-Präsident für ein Ende dieses Krieges einsetzt, ist positiv. Den Genozid Israels an Palästinensern unterstützt Trump hingegen – er ist mit dem vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchten Benjamin Netanjahu ein Herz und eine Seele: Moslems dürfen abgeschlachtet werden. Ob der vereinbarte

Waffenstillstand in Gaza hält, ist vor diesem Hintergrund offen.

Trump Distanzierung vom Stellvertreterkrieg in der Ukraine genügte, um Risse im Bündnis zwischen Berlin und Washington sichtbar werden zu lassen. Der deutsche Im-



perialismus verfolgt in diesem Krieg neben den kollektiven Interessen des Westens an einer Schwächung Rußlands auch eigene – die Gier nach Rohstoffen, die Trump nach Grönland treibt, eingeschlossen. Die BRD und insbesondere die ost- und nordeuropäischen NATO-Staaten sind an diesem Krieg mindestens so interessiert wie die USA, entsprechend hoch schlägt hierzulande die Welle an staatlich verordnetem Russenhaß, an Spionagehysterie und an Einschüchterung von Kriegsgegnern. Am Tag nach Trumps Wahlsieg ließ Bundeskanzler Olaf Scholz die Koalition platzen und nahm Kurs auf Bundestagswahlen, die am 23. Februar 2025 stattfinden. Das Ziel: Mit einer Koalition aus CDU/CSU und SPD – eventuell mit einer dritten Partei – soll eine Kriegsregierung installiert werden, die aus der „Zeitenwende“ harte Konsequenzen zieht: Alles für den Krieg, nichts für Soziales. Die BRD-Regierung und die Westeuropäer insgesamt haben angesichts von Trumps vorsichtigen Signalen die „Führung“ gegen Rußland – nicht gegen China – übernommen.

Die BRD wird daher mit dieser Wahl weiter nach rechts rücken. Der erwartete Erfolg der AfD ist ein Nebenprodukt des von den Herrschenden verordneten neuen Größenwahns und Großmachtstrebens, das Geschrei über die AfD Heuchelei. Das Friedensbekenntnis dieser Bürgerpartei mit Faschisten ist ungefähr soviel wert wie die These der Goldman-Sachs-Bankerin Alice Weidel, Adolf Hitler sei Kommunist (also Antifaschist) gewesen. Wer „Migranten raus!“ brüllt, steckt morgen auch Linke und andere wegen Vaterlandslosigkeit in Lager. Weidel will für Rüstung mehr als die von Trump geforderten fünf Prozent der Wirtschaftsleistung ausgeben, mit „Frieden“ gehen rechte Demagogen seit jeher auf Stimmenfang. Wer gegen deutsch geführte Kriege ist, wer das von der Arbeiterbewegung in diesem Land Erkämpfte bewahren will, kann seine Stimme am 23. Februar nur denen geben, die gegen Aufrüstung und für Frieden mit Rußland und China eintreten.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Vom Wunsch nach Frieden zur Kriegsmentalität	2
Zurück in die Barbarei	4
„Sozialismus und Krieg“	6
Staatsterror	7
Das verfluchte Jahr 2029	8
Wäre ein anständiger US-Präsident eine Chance für Europa?	11
Deutsche Kriegsvorbereitung	13
Zielscheibe BRD	15
Drei Jahre Ukraine-Konflikt	18
„Ein souveränes Land geworden“	20
Der Ausverkauf der Ukraine an BlackRock und Co.	20
Afrikas wirtschaftliche Emanzipation	21
20 Jahre ALBA	22
Mit Terroristen paktieren ist deutsche Staatsräson	24
Südkoreas Problem sind die USA	26
Niger: Gegen Terror und Schuldenlast	28
Indonesien: Ein großer Sieg (III)	29
Wie Nachrichten zu Propaganda gemacht werden	30
Wenn der Spiegel aus Moskau berichtet ...	32
Kampf den Hitler-Banditen (RF-Archiv)	34
Volkssturm – gegen Hitler! (RF-Archiv)	35

Vom Wunsch nach Frieden zur Kriegsmentalität

Unter dem Begriff „Mentalität“ versteht man „die vorherrschende psychische Persönlichkeitseigenschaft (Prädisposition) im Sinne eines Denk- und Verhaltensmusters einer Person oder sozialen Gruppe“. Soweit das Lexikon. „Wir müssen kriegstüchtig werden – wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen“, sagte „Verteidigungs“minister Boris Pistorius am 29. Oktober 2023 in der Sendung „Berlin direkt“. Mit diesen und weiteren Erklärungen forderte und fordert er einen Mentalitätswandel vom verbreiteten Wunsch nach Frieden hin zur Kriegstüchtigkeit. 30 Jahre „Friedensdividende“ hätten

der publizierten Aufsätze um die überarbeiteten Fassungen von Referaten eines wissenschaftlichen Kolloquiums des Arbeitskreises Historische Friedens- und Konfliktforschung im Mai 1985. Das Buch ist leider schon längst vergriffen und nur noch gelegentlich antiquarisch zu erwerben. Jost Dülffer begründet das Anliegen der Veröffentlichung im Vorwort so: „In welcher Weise sich die Disposition zum Krieg – sowohl als die mehr oder weniger fatalistische Hinnahme des Krieges wie als die Überzeugung von seiner Unvermeidlichkeit, ja, Notwendigkeit bis hin zu seiner enthusiastischen Bejahung – allmählich aufzubauen vermag, dazu können die beiden Jahrzehnte

Passagen aus Zweigs „Erinnerungen eines Europäers“ sind so aktuell, daß ich mir erlaube, sie hier noch einmal anzuführen:

Der Krieg „braucht einen gesteigerten Zustand des Gefühls, er braucht Enthusiasmus für die eigene Sache und Haß gegen den Gegner. Nun liegt es in der menschlichen Natur, daß sich starke Gefühle nicht ins Unendliche prolongieren lassen, weder in einem einzelnen Individuum noch in einem Volke, und das weiß die militärische Organisation. Sie benötigt darum eine künstliche Aufstachelung, ein ständiges ‚doping‘ der Erregung, und diesen Aufpeitschungsdienst sollten – mit gutem oder schlechtem Gewissen, ehrlich oder aus fachlicher Routine – die Intellektuellen leisten, die Dichter, die Schriftsteller, die Journalisten. Die hatten die Haßtrommel zu schlagen und schlugen sie kräftig ... Gehorsam dienten sie fast alle ... der ‚Kriegspropaganda‘ und damit dem Massenwahn und Massenhaß des Krieges, statt ihn zu bekämpfen.“

Und hier die zweite Passage:

„Allmählich wurde es in diesen ersten Kriegswochen von 1914 unmöglich, mit irgend jemandem ein vernünftiges Gespräch zu führen. Die Friedlichsten, die Gutmütigsten waren von dem Blutdurst wie betrunken. Freunde, die ich immer als entschiedene Individualisten und sogar als geistige Anarchisten gekannt, hatten sich über Nacht in fanatische Patrioten verwandelt ... Jedes Gespräch endete in dummen Phrasen wie ‚Wer nicht hassen kann, der kann auch nicht richtig lieben‘ oder in groben Verdächtigungen. Kameraden, mit denen ich seit Jahren nie einen Streit gehabt, beschuldigten mich ganz grob, ich sei kein Österreicher mehr; ich solle hinübergehen nach Frankreich oder Belgien. Ja, sie deuteten sogar vorsichtig an, daß man Ansichten wie jene, daß dieser Krieg ein Verbrechen sei, eigentlich zur Kenntnis der Behörden bringen sollte, denn ‚Defaitisten‘ – das schöne Wort war eben in Frankreich erfunden worden – seien die schwersten Verbrecher am Vaterlande.“

Im seinem neuen Roman „Pompeji“ hat Eugen Ruge gleich zu Beginn (S. 12) geschrieben: „Immer fühlen sich ja die Gegenwärtigen den Vergangenen überlegen. Immer glauben sie, es seien schon alle Fehler gemacht und sie selbst seien endlich angekommen bei der letzten Erkenntnis. Sie lachen über die verquerten Vorstellungen der Alten. Sie fühlen sich abgestoßen von ihrer zurückgebliebenen Moral. Sie erfinden neues Kriegsgerät und neue Umgangsregeln. Sie halten ihr Wissen für gültig und sich selbst für vollendet.“ Die „Gegenwärtigen“, das sind die aktiv handelnden Bellizisten, die ihren in Moral getränkten und wertegeleiteten wie militärisch unterfütterten globalen Alleinvertretungsanspruch für alle Ewigkeit manifestieren wollen. Andernfalls dürften sie nach einem Blick in den zeithistorischen Rückspiegel das desaströse Ende der beiden Weltkriege nicht so gedankenlos ignorieren, wie sie das aber augenscheinlich tun. Der grün plaktierte Kanzlerkandidat Robert Habeck hat in einem „Spiegel“-Gespräch (4. Januar 2025)



Werbung aus der Zeit des Kampfes gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands (1951)

sich auf das Bewußtsein ausgewirkt. Deshalb müsse sich ein Mentalitätswandel vollziehen, den er als „Verteidigungs“minister vorerst noch zurückhaltend auf den Zustand der Bundeswehr bezog, ihn also für seine Truppe einforderte. Doch Friedrich Merz, Kanzlerkandidat der CDU, geht naßforsch gleich noch einen Schritt weiter und fordert einen Mentalitätswechsel, den die gesamte Bevölkerung vollziehen müsse. Mark Rutte, der als neuer NATO-Generalsekretär unmittelbar nach seiner Amtsübernahme erkennen ließ, daß er seinen Vorgänger in den Schatten und sich selbst ins grelle Licht stellen will, setzt noch einen drauf und fügt der Kategorie „Kriegstüchtigkeit“ eine weitere hinzu: „Kriegsmentalität“.

Die Historiker Jost Dülffer und Karl Holl haben 1986 einen Sammelband herausgegeben: „Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914“. In zehn Beiträgen geben die Autoren einen Gesamtüberblick über die wilhelminische Gesellschaft und ihre Haltung zum Krieg. Es handelt sich bei der überwiegenden Zahl

vor der Entfesselung des Ersten Weltkrieges noch immer exemplarische Bedeutung beanspruchen.“ Mark Rutte in seiner Geschichtsvergessenheit wird mit Sicherheit keinen einzigen Vortrag des Sammelbands gelesen haben, ist er doch zu eifrig damit beschäftigt, nicht nur dem militärischen Personal, sondern auch den Zivilgesellschaften innerhalb seines Bündnisses eine Kriegsmentalität einzutrichtern. Leider erwähnt keiner der Referenten den Schriftsteller Stefan Zweig. Gewiß, Zweig war kein Historiker. Aber in seinem Buch mit dem Titel „Die Welt von gestern“ widmet er sich in einer längeren Passage dem Mentalitätswandel innerhalb der europäischen, vor allem der deutschen und der österreichischen Bevölkerung am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Zweig ist auf den Willen zum Krieg und seiner Lobpreisung als „Stahlbad“, auf die „irrsinnigen Haßorgien“ und die „absurdesten Verleumdungen“, kurzum auf die Schürung von Kriegsmentalität noch vor dem ersten Schuß, höchst anschaulich eingegangen. Die von mir bereits in früheren Artikeln zitierten

einen Satz von sich gegeben, der uns gefällt: „Empathie ersetzt keine Politik, aber eine Politik ohne Empathie ist blind.“ Es heißt ja, Liebe macht blind, aber in unserem Fall ist es der Haß, der sich blindwütend der Köpfe der westlichen Wertejunta bemächtigt hat. Die Produktion von Feindbildern hat jedenfalls mit der von Habeck angemahnten Empathie rein gar nichts zu tun. Mit den verbreiteten Klischees über Rußland wird mal von einem stalinistischen Regime gesprochen, dann wieder wird Rußland als Wiedergänger des faschistischen Deutschlands gezeichnet. Einen vorläufigen Spitzenplatz in den antivirussischen Charts hat die NATO-Propagandistin Florence Gaub erklimmt, die unwidersprochen im Fernsehen behaupten durfte, daß die Russen zwar europäisch aussehen, aber in Wirklichkeit doch eher mit einem halbmongolischen Volk verglichen werden müßten. Die stetig weiter steigende Zahl der Klischees bestimmt die ideologische Hetze, die, so der Friedensforscher Dieter Senghaas, „jegliche Verteidigungsmaßnahme potentiell rechtfertigt“. Es sind genau diese Feindbilder, die in immer schrilleren Tönen medial produziert werden und militärischen Aggressionen vorausgehen.

Friedenspreis für einen Russenhasser

In der altherwürdigen Paulskirche in Frankfurt a. M. versammelten sich am 18. Mai 1848 die Mitglieder des ersten gesamtdeutschen Parlaments, um über die Bildung eines deutschen Nationalstaats zu beraten. Die Paulskirche symbolisiert die Tradition einer demokratischen und freiheitlichen Verfassung für die deutsche Nation. An diesem Ort wird alljährlich der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an eine Persönlichkeit verliehen, „die in hervorragendem Maße vornehmlich durch ihre Tätigkeit auf den Gebieten der Literatur, Wissenschaft und Kunst zur Verwirklichung des Friedensgedankens beigetragen hat“. 2022 wurde der ukrainische Schriftsteller Serhij Zhadan mit dem Friedenspreis geehrt, der in seinem Buch „Himmel über Charkiw“ die Russen als „Horde“, „Verbrecher“, „Tiere“ und „Unrat“ bezeichnet und ihnen ein „Brennt in der Hölle, ihr Schweine!“ zugerufen hat. War nicht allein schon die Wahl des Preisträgers ein Skandal sondergleichen, so wird sie übertrumpft vom ohrenbetäubenden „Schweigen der Lämmer“ der politischen Akteure. Das unentwegt angereicherte Vokabular, mit der die Entmenschlichung, die Dehumanisierung und die Dämonisierung des personalisierten Feindes Putin angereichert wird, hat Formen angenommen, die den Eindruck erwecken, daß die gegenwärtige Generation der wertebasierten Stahlhelmschützer Kiesewetter, Strack-Zimmermann, Hofreiter u. a. nicht nur durch die Abwesenheit von Geschichtskennntnissen glänzt, sondern sich von unverhohlenen Revanchegelüsten bezüglich des zweiten Weltkriegs leiten läßt.

Wir gehen noch nicht so weit, von einer Vorkriegszeit zu reden. Das überlassen wir jenen, die sich mit interessengeleiteten Einschüchterungen bemühen, ihre Wählerinnen und Wähler für den Krieg zu ertüchtigen. Zu diesem Zweck wird allerdings eifrig die Moralkeule

geschwungen. Noch einmal Habeck im Gespräch mit dem „Spiegel“: „Die autoritären Regime schließen sich gerade zusammen ... ein rechtspopulistischer Putin, ein Kommunist wie Xi Jinping, ein Stalinist wie Kim Jong Un und ein Mullah-Regime im Iran.“ Entscheidend ist, daß nicht etwa ein Vergleich zwischen unterschiedlichen Kulturen, Regierungsformen und ihren Gesellschaften mit Vorzügen oder Defiziten vorgenommen wird – nein, es ist der quasi päpstliche Alleinvertragsanspruch, auf dessen Grundlage nicht nur ge- sondern verurteilt wird. Die berühmte Notiz Rosa Luxemburgs, wonach „Freiheit immer Freiheit der Andersdenkenden“ ist, wird in diesem Kontext zum Gebrauchsgut mißbraucht, fernab jeder Empathie und Toleranz. „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.“ Dieser Satz des französischen Sozialisten und Antimilitaristen Jean Jaures, ermordet am 31. Juli 1914, bleibt aktuell. Er läßt sich erweitern: Auch der Gegensatz von Autokratie und Demokratie trägt die Kriegsgefahr in sich wie die Wolke den Regen. Der unablässig betonte Stolz auf „unsere“ Demokratie ist so etwas wie das Elixier des Lebens, das an Wirksamkeit verliert, wenn es keine Bedrohung von außen mehr gibt. Deshalb muß dem, was es noch nie gegeben hat, ständig neue Nahrung zugeführt werden – oft auch bis zum Überdruß.

Freie Wahlen – ein Mythos oder eine Waffe im Klassenkampf?

Doch die Risse in den Fugen der repräsentativen Demokratie werden langsam sichtbar. Eine ihrer tragenden Säulen sind die sogenannten freien Wahlen. Ein angeblich von den USA der jungen Bundesrepublik geschenktes Gut, das aber seinen propagandistisch aufgeladenen politischen Zweck erfüllen sollte und leider auch erfüllt hat. Freie Wahlen sollten im beginnenden Kalten Krieg, so immer in den von der US-Besatzungsmacht diktierten Dokumenten, stets „ein Risiko für den Machterhalt der Kommunisten in der DDR und in den Ostblockstaaten sein“. Gewiß ging es um Machterhalt. Die schon in Jalta und Potsdam sich abzeichnenden Einflußsphären nahmen mit dem beginnenden Kalten Krieg Gestalt an und bestimmten alle gesellschaftspolitischen Spielregeln einschließlich der Richtlinien für die gesetzgebenden und ausführenden Körperschaften diesseits und jenseits der militärisch gesicherten Grenzen zwischen den Machtblöcken. Der „Wertewesten“ setzte auf seine Trumpfkarte „freie Wahlen“, die er nach Belieben ausspielte. Doch die Ironie der Geschichte: Freie Wahlen ausgerechnet dort, wo sie früher gar nicht stattfinden durften? Das geht ja nun gar nicht, Freundenchen, so haben wir nicht gewettet. Die Wahlen in Georgien und aktuell in Rumänien beweisen es: Die per Wahl vom Thron gestoßene Staatspräsidentin Georgiens hat die EU zu einem Eingriff in die inneren Angelegenheiten des Landes aufgefordert. „Europa muß das Druckmittel finden, um zu handeln“, sagte Surabischwili im Europaparlament in Straßburg. „Wenn Europa keinen Druck auf ein Land von

3,7 Millionen ausüben kann, wie will es dann mit den Riesen des 21. Jahrhunderts mithalten können?“ Die gebürtige Französin forderte die EU auf, Neuwahlen zu erzwingen, um die Regierung zu stürzen und das Land wieder auf Beitrittskurs zu bringen. Brüssel konnte allerdings (noch) keinen „Maidan“ in den Farben Georgiens organisieren. Einen anderen Verlauf nahm die Wahl in Rumänien. Umgehend steckten die Elefanten aus Brüssel ihre Rüssel in die Wahlunterlagen und sorgten dafür, daß die Präsidentschaftswahl in Rumänien trotz heftiger Proteste aus der Bevölkerung vollständig wiederholt werden muß. So hat es das Oberste Gericht des Landes entscheiden müssen. Rumänien sei bei der Wahl Ziel eines „aggressiven russischen hybriden Angriffs“ geworden. Nachrichtendienste hatten bis dahin geheime (!?) Dokumente veröffentlicht, die eine Einmischung in den Wahlkampf festgestellt haben wollen. Einmischung scheint überhaupt das Wort der ersten beiden Monate des Jahres zu sein. Die über Jahrzehnte hinweg funktionierenden Spielregeln werden ungeniert außer Kraft gesetzt. Kürzlich hat der ehemalige EU-Kommissar Thierry Breton ein As aus seinem Stiefel gezogen. Wegen einer von Elon Musk forcierten Einmischung in die Bundestagswahlen (pro AfD) spekulierte er über eine eventuell notwendige Annullierung der Wahlen. Wörtlich am 9. Februar: „Wir haben es in Rumänien getan, und wir werden es natürlich, wenn nötig, auch in Deutschland tun müssen.“ Um es abzurunden: Noch meint man es sich sparen zu können, die Menschen mit Keksen und anderen Naturalien auf die Straße zu locken. Es mag der Hinweis auf die Putin-Flüsterer genügen, um zu einem gewünschten Wahlergebnis zu gelangen. Mal seh'n, wie lange das funktioniert. Der Ball – das Risiko freier Wahlen – beginnt, in eine dem Westen ganz und gar nicht genehme Richtung zu rollen.

Hans Schoenefeldt

Borussia Rheinmetall

Verständigung, Freundschaft, Olympische Spiele, In der Neuzeit statt dessen mehr Kriegsgefühl. Und leider zu deutsch sich reimt auf Sport Mit Rheinmetalls Waffen Kriegsmassenmord.

Wer schießt mit dem Ball, schießt Menschen tot, Umjubelt als Sport, der sich selbst bedroht? Im Stadion dringt in die Köpfe Reklame, Dem Frieden zuwider, geltend der Name Profit für den Tod, Sport „Rheinmetall“ Ist rein wie der Staat, ein Kriegsvasall.

E.Rasmus

Zurück in die Barbarei

Friedrich Engels hat das IX. Kapitel des „Ursprung(s) der Familie, des Privateigentums und des Staats“ mit „Barbarei und Zivilisation“ überschrieben. In diesem Abschnitt untersucht Engels die „allgemeinen ökonomischen Bedingungen, die die gentile Organisation der Gesellschaft auf der Oberstufe der Barbarei bereits untergruben und mit dem Eintritt der Zivilisation vollständig beseitigten“ (1). Die Epoche der Barbarei ist für ihn nicht, wie heute vielleicht vermutet, der absolute Rückschritt, die Verwahrlosung, die Grausamkeit schlechthin, sondern ein Zeitabschnitt mit Fortschritts- und Rückschrittselementen. Ein neues Wesensmerkmal der Oberstufe der Barbarei ist aber heute noch von besonderem Interesse. „Der Krieg, früher nur geführt zur Rache für Übergriffe oder zur Ausdehnung des unzureichenden gewordenen Gebiets, wird jetzt des bloßen Raubes wegen geführt, wird stehender Erwerbszweig ... Die Raubkriege erhöhen die Macht des obersten Heerführers ... sie (die Gentilverfassung – d. A.) wird eine Organisation zur Plünderung und Bedrückung der Nachbarn“ (2), gerichtet gegen den Volkswillen. Offensichtlich hatten Marx und Engels vor allem dieses „barbarische“ Merkmal im Auge, welches fortan ständiger Begleiter der auf antagonistischen Klassengegensätzen beruhenden Gesellschaftsformationen war, als sie davon sprachen, daß die bürgerliche (kapitalistische) Gesellschaft vor dem Dilemma stehe, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei.

In ihrer „Junius-Broschüre“ 1916 hat Rosa Luxemburg ohne Quellenangabe Friedrich Engels dieses berühmte Diktum in den Mund gelegt. Seitdem wird gerätselt, ob der Ausspruch authentisch ist oder nicht, ob Marx oder Engels ihn zuerst gesagt haben. Unstrittig hätten es beide sagen können. Es gibt einige Stellen bei Engels, die vermuten lassen, er stamme von ihm. Das sollte dazu genügen. Verdienstvoll ist aber vor allem, daß Rosa Luxemburg gerade diesen Ausspruch während des I. Weltkrieges im Zusammenhang mit der Analyse der Krise der Sozialdemokratie wieder ins öffentliche Bewußtsein gerückt hat. Recht hat Rosa Luxemburg zudem darin, daß man sich seinerzeit bis heute zu wenig Gedanken darüber gemacht hat, was „Rückfall in die Barbarei“ bedeutet. Sie konkretisierte deshalb: „Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg – das ist ein Rückfall in die Barbarei. Der Triumph des Imperialismus führt zur Vernichtung der Kultur – sporadisch während der Dauer eines modernen Krieges und endgültig, wenn die nun begonnene Periode der Weltkriege ungehemmt bis zur letzten Konsequenz ihren Fortgang nehmen sollte.“ (3) Daß Kriege Rückfall in die Barbarei sind, galt 1916 ebenso wie 2024! Rosa Luxemburg sprach realistisch von imperialistischen Weltkriegen, und eben nicht nur vom dem, den sie erlebte. Sie sah bei einem Triumph des Imperialismus weitere

Weltkriege naheliegend voraus. Wenn auch die Oktoberrevolution und in deren Folge der Vielvölkerstaat UdSSR dem Imperialismus eine Friedensmacht entgegenstellen konnte, reichten die sozialistischen Kräfte nicht aus, den vorausgesehenen II. Weltkrieg zu verhindern, da der Oktoberrevolution keine weiteren siegreichen Revolutionen folgten. Der II. Weltkrieg endete zwar erneut mit einem Triumph des Imperialismus, aber zugleich auch mit einer unerwarteten Schwächung, einer Schwächung des Imperialismus. Die nach dem II. Weltkrieg entstandene sozialistische Staatengemeinschaft hatte 40 Jahre lang ihre Kraft und Stärke in



Das Wappen der Warschauer Vertragsorganisation

die Waagschale geworfen, um den Imperialismus von einem III. Weltkrieg abzuhalten. Die Niederlage der sozialistischen Staatengemeinschaft und die Auflösung des Warschauer Vertrages – wiederum ein Triumph des Imperialismus – in den 89/90er Jahren führte zur Wende in Richtung Barbarei, zu den ersten Schritten eines Rückfalls in die Barbarei. Nicht die von bürgerlichen Apologeten und geläuterten Sozialisten verheißene Zukunft des ewigen Friedens brach an, sondern barbarische Kriege in Jugoslawien und in der Golfregion. Mittendrin und an vorderster Stelle stets der US-Imperialismus und seine wechselnden Willigen. Wie naiv waren diejenigen, die meinten, das Ende der sozialistischen Staaten wäre ein zivilisatorischer Fortschritt. Dieses Dilemma – Sozialismus oder Barbarei – hat nach 30 Jahren seine Relevanz nicht verloren, sondern wird immer mehr zur Existenzfrage der Menschheit, da die Barbarei immer festere Konturen annimmt; der Rückfall verstetigt sich. Die weltweite Rechtsentwicklung, das Erstarken prä- und offen faschistischer Akteure, die gewaltige Militarisierung des Staates und der Gesellschaft, das Schüren von Haß gegen andere Völker, das um sich greifende Ignorieren des Völkerrechts, die blutigen Kriege weltweit,

die Erosion staatlicher Strukturen, das tägliche Abschlachten von Kindern, Männern und Frauen, das Überschreiten roter Linien – all das sind überdeutliche Zeichen von Barbarei, von Entmenschlichung und Kulturlosigkeit. Staaten, Politiker und Konzernbosse halten sich nicht mehr an die geringsten Regeln der Zivilisation. Profitsucht, Streben nach egoistischer Ausnutzung politischer und staatlicher Macht, die Privatisierung des Staates zugunsten der Superreichen ist in vollem Gange. Ein Lehrbuchbeispiel liefert die sich formierende Trump-Administration, die den Milliardären neben ihrer unbegrenzten und unkontrollierten ökonomischen Macht gleich noch die staatliche Macht zuschanzt, wodurch ein imperialistischer Idealzustand eintritt. Es bedarf weder Lobbyarbeit noch Bestechung der Gewerkschaften, weder Manipulation der Bevölkerung noch anderer kostspieliger Machenschaften. Das Großkapital hat immer mehr die uneingeschränkte Macht in Staat und Gesellschaft. Weit weniger als 1 Prozent der Mächtigen beherrschen fast die ganze Welt, sind Herrscher über 7 bis 8 Milliarden Menschen, über die Produktionsprozesse, über die Verteilung der Güter, über die Armeen, über den Einsatz von Atomwaffen. Eine von Barbaren beherrschte Welt! Kein Aufschrei der Zivilisation, kein Aufschrei einer Koalition der Vernunft! Zeichen dafür, diesen Wahnsinn zu stoppen, sind viel zu schwach. Auch unter Linken ist nicht einmal die Forderung nach einem sofortigen Stopp von Waffenlieferungen an die Ukraine noch konsensfähig. Welch ein Trauerspiel! Welch eine Tragödie! Wie tief ist ein Großteil von Sozialisten gesunken, wenn sie nicht mehr erkennen, wie sie nützliche Idioten imperialistischer Kapitalin-

teressen geworden sind und glauben, wenn sie einer imperialistischen Kriegspartei die alleinige Schuld zuweisen, auf der moralisch richtigen Seite zu stehen. Schlimm daran ist, daß sie damit die verbliebenen Friedenskräfte schwächen und nicht stärken, wie sie in ihrer unbeschreiblichen Einfalt offenbar glauben. Hier stellt sich die Frage, ob dies bereits der im „Kommunisten Manifest“ beschriebene Zustand der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft ist: „In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, nimmt der Auflösungsprozeß innerhalb der herrschenden Klasse, innerhalb der ganzen alten Gesellschaft, einen so heftigen, so grellen Charakter an, daß ein kleiner Teil der herrschenden Klasse sich von ihr los sagt und sich der revolutionären Klasse anschließt, der Klasse, welche die Zukunft in ihren Händen trägt.“ (4) Selbst wenn dieser Zustand seinen Anfang genommen hat, werden die Probleme und Fragen nicht kleiner. Gibt es dazu einen theoretischen Vorlauf auf marxistischer Basis? Sicherlich wird es auch bürgerliche Soziologen geben, denen dieser Zustand nicht verborgen bleibt. Sie werden sich der Theorie des Marxismus nähern und sogar, vielleicht ungewollt, zu

Marxisten mutieren. Besonders wichtig ist, daß diese Erkenntnisse von der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft relevante Verdränger finden und immer mehr Menschen erfaßt (erfassen muß), daß die Theorie zur materiellen Gewalt wird, ob in Parteien oder sozialen Bewegungen.

Die Erosion der bürgerlichen Gesellschaft hat viele Facetten. Sie wird sich Bahn brechen, ob sie von den Klimaaktivisten oder den Friedensaktivisten eingeleitet und verstärkt wird oder von Parteien, deren Bedeutung gegenwärtig eher verliert. Daß in solchen Zeiten die

Akteure des „Rückfalls in die Barbarei“ versuchen, ihre Positionen auszubauen und den Rückwärtsgang nicht herausnehmen, zumal sie an den Schalthebeln der ökonomischen und politischen Macht sitzen, ist nicht verwunderlich. Laßt uns deshalb die Warnungen, die mit dem von Rosa Luxemburg ins Bewußtsein gerückten Dilemma von Sozialismus und Barbarei verbunden sind, immer wieder sagen, damit es – um mit Brecht zu sprechen – nicht einmal zu wenig gesagt wurde, denn der Menschheit droht ein Weltkrieg, der sie vernichten und den Planeten aus der Bahn

werfen könnte. Werfen wir uns den Mächtigen entgegen, entlarven wir sie, fallen wir ihnen in den Arm im Interesse der Menschheit und des Planeten!

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Fußnoten

- 1) MEW Bd. 21, S. 152
- 2) Ebenda, S. 160
- 3) Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Dietz Verlag Berlin, 1979, Bd. 4, S. 62
- 4) MEW Bd. 4, S. 471

Das Mindset für den Krieg

Bundeswehr-Kommandeure fordern Einstimmung der Bevölkerung auf Kriegssituationen, dringen auf stärkeren „Willen zur Selbstbehauptung“. Bundesregierung arbeitet an „Bunker-App“. CDU-Politiker spekuliert über „Spannungsfall“.

„Gesamtgesellschaftliche Aufgaben“

Eine steigende Zahl an Kommandeuren der Bundeswehr, darunter ganz besonders solche, die „Heimatschutz“-Einheiten befehligen, dringen darauf, die deutsche Bevölkerung auf einen möglichen Krieg inklusive militärischer Angriffe auf die Bundesrepublik vorzubereiten. „Verteidigung und Widerstandsfähigkeit sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben“, erklärt etwa General Christian Badia, stellvertretender Kommandeur des Allied Command Transformation (ACT) der NATO in Norfolk (US-Bundesstaat Virginia), in einem Interview, das das deutsche Verteidigungsministerium zu Jahresbeginn verbreitet. „Sicherheit“ dürfe nicht mehr nur „Aufgabe der Polizei im Inneren und der Bundeswehr im Rahmen der äußeren Sicherheit sein“, fordert Badia. Vielmehr müßten „unsere Gesellschaften“ in Zukunft „in der Lage sein, strategische Schocks ... bestehen und überwinden zu können“, etwa „einen langfristigen Stromausfall aufgrund eines Cyberangriffs“. Ein klarer „Wille zur Selbstbehauptung“ sei erforderlich. Als Beispiel dafür, „wie das geht“, nennt Badia die Ukraine, deren Bevölkerung die Fortsetzung des Krieges bis zum Sieg lange mehrheitlich befürwortet und ein Leben unter Feuer ertragen hat. Auf die Frage, welche Rolle in Krisen und Kriegen „das Mindset der Bevölkerung“ spiele, antwortet Badia: „Eine sehr entscheidende!“

„Die Angriffsphase läuft schon“

Ähnlich äußern sich auch mehrere Kommandeure von Landeskommmandos der Bundeswehr, denen es unter anderem obliegt, die Heimatschutzregimenter zu führen – im wesentlichen aus Reservisten gebildete Truppen, die im Falle einer Krise oder eines Krieges zur Sicherung der „Heimatfront“ eingesetzt werden. Zu ihrer Tätigkeit zählt es auch, die Inlandsaktivitäten der Bundeswehr mit den zuständigen zivilen Stellen abzustimmen. „Wir müssen am Mindset der Bevölkerung arbeiten“, erklärt im Hinblick darauf beispielsweise der Kommandeur des Landeskommmandos Baden-Württemberg, Kapitän zur See Michael Giss. Giss war Anfang Januar im Gespräch mit der

Schwäbischen Zeitung aus Ravensburg einerseits bemüht, eine gewisse Alarmstimmung zu kreieren. Man erlebe aktuell „eine Angriffsphase des Gegners“ – Rußlands –, „die schon läuft“, äußerte er; „jeden Tag“ fänden in Deutschland Cyberattacken, „Sabotage-Akte“ und Ähnliches statt. „Kundschafter“ des Gegners reisten „mit offenen Augen“ durch die Bundesrepublik, spähten den „Bauzustand einer Autobahnbrücke“ oder auch „irgendwelcher Kraftwerke, irgendwelcher Schleusen“ aus, um herauszufinden, „wo wir ... vielleicht verletzbar und verwundbar sind“. Informationen würden dann schließlich an die Auftraggeber „gemeldet, damit sich der Gegner auf die nächste Angriffswelle vorbereiten kann“.

„Wenn die NATO rollt“

Andererseits suchte Giss die Lage, die bei einem Krieg gegen Rußland zu erwarten wäre, plastisch zu schildern, um die Bevölkerung auf Einschränkungen und auf Leid vorzubereiten. „Wenn die NATO rollt“, dann würden „800 000 Soldaten mit Fahrzeugen und allem, was dazugehört, Deutschlands Straßen dicht machen“, schilderte Giss die Situation. Das werde „nicht für einen Tag so sein, sondern vielleicht für einige Wochen oder Monate“. Das solle man „den Leuten jetzt in Ruhe erklären“. Anschließend müsse „die Planung losgehen“. Dabei könne „jeder ... bei sich selbst anfangen“: „Wenn man sich mal zehn Liter Wasser und ein paar Nudelbüchsen in den Keller legt, kann das nie schaden.“ Bei alledem müsse man sich im klaren darüber sein, daß man im Kriegsfall „konservativ mit 1000 Verwundeten pro Tag“ an der Ostfront zu rechnen habe: „Diese müßten dann über die Rettungskette nach Deutschland zurückgebracht und irgendwo in Deutschland versorgt werden.“ Dazu würden auch zivile Krankenhäuser genutzt: „Und da muß man sich darauf einstellen, daß der schwer verwundete Soldat zuerst behandelt wird, der Blinddarm-Patient später. Auf diese Aspekte“, schloß Giss Anfang Januar im Gespräch mit der *Schwäbischen Zeitung*, „muß man die Bevölkerung so vorbereiten, daß sie es versteht.“

Die Bunker-App

Bereits Ende Dezember hatte auch der Kommandeur des Landeskommmandos Schleswig-Holstein, Oberst Axel Schneider, in dem Springer-Blatt *Bild* eine „klarere Ansprache

der Bevölkerung“ gefordert. „Es ist wichtig, daß Menschen in einem Ernstfall drei Tage ohne Hilfe klarkommen können und nicht gleich nach dem Staat oder dem Bürgermeister rufen“, erklärte Schneider. Da man sich heute „darauf einstellen“ müsse, „daß auch auf dieses Land wieder geschossen werden kann“, gelte es nicht zuletzt, „Schutzräume ... wieder nutzbar“ zu machen. Das zuständige Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat mittlerweile eine Bestandsaufnahme gemacht; demnach sind deutschlandweit von ehemals 2000 öffentlich zugänglichen Bunkern zur Zeit noch 579 nutzbar und bieten knapp 500 000 Menschen Schutz. Dies genüge, heißt es, nicht. Als Vorbild wird häufig Finnland genannt, für dessen 5,5 Millionen Einwohner es 50 500 Schutzräume gebe. Bunkerkonstrukteure raten, eigenständig Vorsorge zu treffen; bereits heute gebe es in Deutschland, so wird berichtet, gut 84 000 Privatbunker. Laut Berichten ist inzwischen zudem ein „nationaler Bunker-Plan“ in Arbeit. Unter anderem soll in Zukunft eine „Bunker-App“ das Auffinden nahe gelegener Schutzräume erleichtern – dann jedenfalls, wenn das Internet noch funktioniert.

Ungenutzte Möglichkeiten

Beschränkten sich deutsche Politiker bislang weitgehend darauf, mehr „Kriegsbereitschaft“ respektive einen „Mentalitätswechsel“ in der Bevölkerung zu fordern, so werden mittlerweile erste Stimmen laut, die auch formal eine Abkehr vom Friedenszustand fordern. So behauptete kürzlich der CDU-Außen- und Militärpolitiker Roderich Kiesewetter, ein Oberst a.D., auf X, Rußland befinde sich „nicht mehr nur im Informationskrieg“ gegen den Westen, „sondern greift in einer Vorstufe an“. „Unsere bisherigen Antworten auf diese Bedrohung“, kritisierte Kiesewetter, „nutzen nicht die Möglichkeiten von Art. 4 Konsultationen des NATO-Vertrages oder den Spannungsfall.“ Art. 4 des Nordatlantikvertrags sieht offizielle Konsultationen der NATO-Staaten vor. Der Spannungsfall wiederum, der mit Zweidrittelmehrheit in aller Form vom Bundestag festgestellt werden muß, wird in Reaktion auf erhöhte militärische Spannungen ausgerufen. Er erlaubt besondere staatliche Eingriffe und gilt als Vorstufe zum Verteidigungsfall, der mit massiven Einschränkungen demokratischer Rechte verbunden ist.

german-foreign-policy.com, 7.1.2025

„Sozialismus und Krieg“



„Vergessen wir nicht, daß der Kapitalismus nicht bloß herrscht dank seiner wirtschaftlichen und politischen Machtmittel, sondern daß er auch herrscht durch seine Ideologie und die von ihr gestalteten Einrichtungen und Formen des Überbaus.“ (Clara Zetkin)

Der österreichische Kommunist Leopold Hornik erinnert im Londoner Exil österreichische Sozialdemokraten an den Charakter von Kriegen und an die Notwendigkeit, gemeinsam für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

Leopold Hornik (1900–1976) ist dem Zugriff der deutschen Faschisten entkommen. Aus Wien, wo er seit 1930 mit Anna Strömer verheiratet war, konnte er mit Unterstützung von Flüchtlingsorganisationen 1938 nach London fliehen. Nach Beginn des Weltkrieges (1. September 1939) wurden Kommunisten von den großbritannischen Behörden („Aliens Advisory Committee“) als „enemy alien“ qualifiziert. Leopold Hornik wurde mit vielen anderen Flüchtlingen in einem der Lager auf der Insel Man interniert und im Juni 1940 nicht nach Ruanda, sondern nach Kanada (Camp A, Farnham, Quebec) transportiert. Gegen diese Deportationen, die für hunderte Menschen den Tod durch Ertrinken im Meer bedeuteten, standen demokratische Kräfte in Großbritannien auf. In der Gegenwart muß der aus Lateinamerika kommende Papst Franziskus (*1936) dazu aufrufen, daß Europa das Ertrinkenlassen von Flüchtlingen und sein erbarmungsloses Wegschauen endlich einstellt: „Es sind Namen und Nachnamen, es sind Gesichter und Geschichten, es sind zerstörte Leben und zerbrochene Träume.“ Aufgrund der Proteste mußten die britischen

Behörden tausende Flüchtlinge aus den Internierungslagern entlassen. Leopold Hornik konnte 1942 wieder in London ständigen Wohnsitz nehmen. Dort wurde er Leiter der Gruppe österreichischer Exilkommunisten in der am 3. Dezember 1941 organisierten Bewegung „Free Austrian Movement in Great Britain“. Während einer Auseinandersetzung mit von Franz West (1909–1984) angeleiteten kommunistischen Exilfunktionären wurde Leopold Hornik vorübergehend sogar aus der Partei ausgeschlossen.

Einheitsverhandlungen von Leopold Hornik im „Londoner Büro der österreichischen Sozialisten“ mit dem antikommunistischen Sozialisten Oscar Pollak (1893–1963) und mit Karl Czernetz (1910–1978), der langjähriger sozialistischer Wiener Bildungsfunktionär war, konnten kein Ergebnis bringen. Ihr Blick auf die mögliche zukünftige Welt war von ihrer Erinnerung an die vergangene überlagert, sie konnten nicht über ihren opportunistischen Schatten springen. Die ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den Leitungen der Revolutionären Sozialisten und der Kommunisten in der Illegalität hat Leopold Hornik selbst erlebt.

Als Marxist hat Leopold Hornik die neuen, sich aus der Entwicklung des Kapitalismus ergebenden materialistischen Erkenntnisse von Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924) über das Wesen von Kriegen aufgegriffen und damit die konstruktive Planung für das Nachkriegsösterreich verknüpft.

Der von der Schweiz als russischer Asylant anerkannte Lenin mußte sich wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes im Sommer 1915 auf ärztliche Empfehlung in einer kleinen Pension in Sörenberg am Fuße des Rothorns oberhalb von Luzern erholen. Nadeshda Krupskaja (1869–1939) erinnert sich, daß Lenin dort ausgezeichnet arbeiten konnte. 1912 war in der Leipziger Buchdruckerei eine erste deutschsprachige Broschüre von Lenin „Zur gegenwärtigen Sachlage der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands“ erschienen. Mit dem ebenfalls in der Schweiz als Asylant lebenden Grigori Jewsejewitsch Sinowjew (1883–1936) verfaßte Lenin für die in Vorbereitung befindliche und vom Schweizer Robert Grimm (1881–1958) organisierte Internationale Sozialistische Konferenz der Kriegsgegner im Dörfchen Zimmerwald (5. bis 8. September 1915) in deutscher Sprache die 36 Seiten umfassende Broschüre „Proletarier aller Länder, vereinigt euch! Sozialismus und Krieg (Stellung der S.-D. A. – P. [Sozial-Demokratische Arbeiter-Partei] Rußlands zum Kriege“. Auf der Umschlagvorderseite sind als Herausgeber die „Sozialdemokratische Arbeiter-Partei Rußlands“, als Autoren „G. Zinowjew und N. Lenin“ und als „Preis 40 Centimes“ sowie das Erscheinungsjahr „1915“ ausgewiesen. Die Drucklegung hat Wjatscheslaw Alexejewitsch Karpinski (1880–1965) in Genf besorgt. Lenin und Sinowjew erinnern an die von Karl Marx (1818–1883)

und Friedrich Engels (1820–1895) als theoretische Grundlage ihrer Haltung zu jedem konkreten Krieg geteilte Sentenz von Carl von Clausewitz (1780–1831), daß der Krieg nichts ist „als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit anderen Mitteln“, nämlich mit gewaltsamen Mitteln. Nach den Recherchen des Revolutionärs und herausragenden Leninforschers Arnold Reisberg (1904–1980) war Lenin für die Gesamtdredaktion der vier Kapitel (I. Kapitel: Die Grundsätze des Sozialismus und der Krieg 1914/1915; II. Kapitel: Klassen und Parteien in Russland; III. Kapitel: Der Wiederaufbau der Internationale; IV. Kapitel: Die Geschichte der Spaltung und die heutige Lage der Sozialdemokratie in Russland) verantwortlich und hat das erste Kapitel und einige Teile des 3. und 4. Kapitels geschrieben.

Gleich nach ihrem Erscheinen wurde den Lesern der sozialdemokratischen Zeitschrift „Der Kampf“ diese Broschüre „Sozialismus und Krieg“ von Lenin und Sinowjew – beide wurden der großen Öffentlichkeit erst seit 1917 bekannt – als erhältlich angezeigt. Aber obschon die österreichisch-ungarische Monarchie mit Rußland im Krieg stand, wurde über diese Broschüre wegen der allgemein zutreffenden Schlußfolgerungen über das Wesen des Krieges von der k. k. Polizeidirektion Wien sogleich ein Verbot ihres Vertriebs ausgesprochen (16. November 1915), welches durch die österreichisch-ungarische Buchhändler-Correspondenz, das Organ des Vereins der österreichisch-ungarischen Buchhändler, verbreitet werden mußte.

Seit 1915 hat Lenin in einigen Artikel die Entwicklung des Weltkapitalismus hin zur reaktionären und gewaltsamen Herrschaft der Monopole analysiert. 21 Hefte mit fast fünfzig Druckbogen enthalten seine Auszüge aus hunderten deutschen, französischen und englischen Büchern, Artikeln und periodischen Druckschriften. Das Mitte 1917 in Petrograd veröffentlichte Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß“ hat Lenin mit Notizen aus der Zürcher Zentralbibliothek, die ihm auch bei notwendigen Fernleihen behilflich war, mit größter Intensität in Zürich, wohin er von Bern übersiedelt ist, niedergeschrieben. „Monopole, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen – all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus“ – das hat im ersten Weltkrieg gegolten und gilt in der Kriegszeit von heute und beweist, daß der revolutionäre Sturz des Imperialismus unumgänglich ist.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Redaktionell gekürzt

Aus: Zeitung der Arbeit, Wien, 18.9.24

Staatsterror als Rache für die Ukraine: Der Westen tut das Udenkbare

Der Westen steht in der Ukraine gegen Rußland vor einer umfassenden und vollständigen Niederlage. Höchste Zeit also für ihn, die nächste Eskalationsstufe zu zünden und sich auf Staatsterror zu verlegen. Was sollte auch schon schiefgehen?

Die Ergebnisse des vergangenen Jahres im Stellvertreterkrieg des Westens gegen Rußland in der Ukraine wurden am besten von Régis Chamagne, einem französischen Oberst der Luftwaffe, Ritter der Ehrenlegion und Kommandeur des nationalen Verdienstordens, in seinem Silvesterinterview mit Stratpol zusammengefaßt.

Er gab zu, daß der kollektive Westen, der bisher von einer Niederlage Rußlands überzeugt war, nun mit einer einfachen Tatsache konfrontiert ist: „Rußland wird alles tun, um sein Hauptziel – die Demilitarisierung der Ukraine – zu erreichen. Wenn es um territoriale Erwerbe geht, denke ich, daß Rußland alle Gebiete in Noworossija bis hin zu Transnistrien einnehmen wird.“

Die hysterischen Versuche, den Konflikt irgendwie einzufrieren und dem Kiewer Regime eine Chance zum Überleben, zur Erholung und zur Kriegsfortsetzung zu geben, bleiben ergebnislos, und Rußland rückt unaufhaltsam vor. Alle Spekulationen, Versprechungen, Lockangebote und Drohungen werden durch die standhafte Haltung der russischen Staatsführung zunichte gemacht: Die militärische Sonderoperation in der Ukraine wird so lange fortgesetzt, bis alle vorgesehenen Ziele erreicht sind, und das steht nicht zur Diskussion.

Der Westen handelt immer auf lange Sicht, und von Beginn des Konflikts an hatten unsere Gegner einen Plan B: Was wäre, wenn wir Rußland nun unterschätzten? Dieser Plan köchelte bisher still und leise auf kleiner Flamme vor sich hin, aber jetzt wurde beschlossen, den Deckel abzunehmen, was letztendlich die Büchse der Pandora öffnen wird.

Die Washington Post begann das Jahr mit einem viel beachteten Artikel, der als offizielle „Trostkrieg“-Erklärung gegen Rußland – und zwar als Terrorkrieg – nach der Niederlage in der Ukraine gewertet werden kann. Die Hauptbotschaft lautet, daß sich Rußland in einem „Hybridkrieg“ mit dem Westen befindet und daß die Zeit für einen „hybriden Gegenangriff“ gekommen sei, bei dem es keinerlei Regeln gebe und der Einsatz absolut aller Methoden und Mittel gerechtfertigt sei.

Das „Aufwärmen“ der öffentlichen Meinung zu diesem Thema begann bereits vier Tage (!) nach Beginn der militärischen Sonderoperation in der Ukraine, als die *Financial Times* einen Programmartikel mit dem Titel „Der Hybridkrieg des Westens gegen Rußland“ veröffentlichte. In diesem Artikel wurde

zum ersten Mal eine „theoretische Grundlage“ formuliert und das entsprechende semantische Fundament für die spätere Erzeugung eines Bildes von Rußland als „terroristischem Staat“ gelegt, der die gesamte zivilisierte Welt bedrohe und gegen den jedes Mittel recht sei. Dort wurde auch das Hauptprinzip des „Reservekrieges“ skizziert: „Es handelt sich um Militäraktionen ohne Kriegserklärung. Vielleicht werden wir nie wieder Marinesoldaten entsenden müssen.“

Derartige Informationen wurden während des gesamten Konflikts routinemäßig gestreut, doch als klar wurde, daß Plan B nun zwangsweise zu Plan A wurde, begann die Informationsbemäntelung für eine neue Konfrontationsrunde mit voller Wucht:

- *Financial Times*: „Der Westen erwägt Reaktion auf russische Sabotageversuche.“
 - *The Telegraph*: „Ein großer Terroranschlag der Russen ist nur eine Frage der Zeit.“
 - *Politico*: „Europa wird von Rußland angegriffen. Warum reagiert es nicht?“
 - *Vanity Fair*: „Putin ist geschwächt und führt einen Geheimkrieg gegen den Westen.“
 - *Sky News*: „Rußlands Hybridkrieg gegen die NATO sieht aus wie ein echter Krieg, und die Verbündeten müssen rote Linien festlegen.“
- Ungeachtet des Fehlens jeglicher Beweise wurden Rußland und seine „Superagenten“ unter dem „highly likely“-Deckmantel sofort aller möglichen Dinge beschuldigt: des Niederbrennens von Militäreinrichtungen und -lagern, des Bombenlegens in Flugzeugen, der versuchten Attentate auf die Chefs der europäischen Rüstungsindustrieunternehmen, der Einmischung in Wahlen, der Verbreitung von Desinformation, Angriffen auf die Infrastruktur, der Cyber-Sabotage und so weiter.

Im November letzten Jahres erklärte NATO-Generalsekretär Mark Rutte unverblümt, daß „Rußland seine Kampagne von Hybridangriffen auf unserem Territorium intensiviert, sich direkt in unsere Demokratie einmischt, die Industrie sabotiert und Gewalttaten verübt“. Doch anstatt der Welt konkrete Beweise für russische Gräueltaten vorzulegen, kündigte der Westen an, daß das Ziel seiner neuen Hybridkriegsführung Rußlands „Schattenflotte“ sei.

Warum? Weil das das ursprüngliche Ziel dieser ganzen, so ausgeklügelten Kombination war.

Dies ließen sich finnische Offizielle entschließen, nachdem sie die unbegründete Anschuldigung erhoben hatten, einer der Tanker der russischen „Schattenflotte“ habe im Finnischen Meerbusen ein Kabel zerstört. Der Ministerpräsident des „Landes der tausend Seen“, Petteri Orpo, sagte, daß „die (russischen) Schattenflotten eine große Gefahr für die Küstenstaaten der Ostsee und den

Rest der EU darstellen“, während der finnische Präsident Alexander Stubb erklärte, daß „die von den Schiffen der russischen Schattenflotte ausgehenden Gefahren bekämpft werden müssen“.

In diesem Zusammenhang werden die folgenden Ereignisse zu einem klaren Mosaik zusammengefügt: Die Vorfälle um das russische Trockenfrachtschiff *Ursa Major*, das nach einem offensichtlichen Terroranschlag im Mittelmeer gesunken ist, und um den Tanker *Eagle S*, der angeblich zur russischen Schattenflotte gehört und von den Finnen unter fadenscheinigen Vorwänden gekapert wurde, sowie die kürzlich angekündigten Pläne Dänemarks, die Durchfahrt russischer Tanker durch seine Gewässer „auf Anweisung der EU“ zu verbieten, und zahlreiche Militärübungen von NATO-Ländern in der Ostsee, bei denen faktisch eine gewaltsame Blockade von Seeverkehrskorridoren praktiziert wurde.

Obwohl die Finnen (und eigentlich die NATO) den Eindruck erwecken wollen, innerhalb des Rechtsrahmens zu handeln, werden in der Tat die Taktiken eines neuen staatsterroristischen Krieges praktiziert, und das Overton-Fenster wird sich zwangsläufig verschieben. Das bestätigt auch Petteri Orpo: „Der nächste Schritt besteht darin, die Rechtsgrundlage dafür zu finden, wie wir in Seegebieten effektiver operieren können.“

Mit anderen Worten: Die Aufgabe unserer Gegner liegt nun in der Schaffung größtmöglicher Probleme für uns auf wirtschaftlicher und logistischer Ebene, wobei sie hinter den Fronten bleiben und am Rande des direkten Krieges balancieren wollen.

Es besteht kein Zweifel daran, daß der neue hybride Terrorkrieg des Westens gegen Rußland an Fahrt aufnehmen wird, denn der Westen wurde bereits an allen anderen Fronten besiegt – sei es militärisch, wirtschaftlich, ideologisch oder politisch. Mit der Umstellung auf einen Terrorkrieg erkennen unsere Gegner, daß sie keine anderen Optionen mehr haben. Daher sind sie bereit, den seit vielen Jahren bestehenden „Wasserfrieden“ zu zerstören, der sogar für die zivilen Flotten der Konfliktländer galt.

Die in die Enge getriebenen Ratten öffnen die Büchse der Pandora. Sie wollen nicht wahrhaben, daß jegliche Aggression gegen Rußland immer und ausnahmslos hundertfach auf die Köpfe ihrer Initiatoren zurückgeschlagen wurde und daß es eine selbstmörderische Idee ist, den Urhebern der „Strategie des asymmetrischen Vorgehens“ die Stirn zu bieten.

Kirill Strelnikow

Redaktionell gekürzt

Quelle: RIA Nowosti, 3.1.2025

Von wegen Verteidigung: Der propagierte Zeitraum bis zur „Kriegstüchtigkeit“ liegt ganz auf Linie der NATO-Erstschlagsphantasien

Das verflixte Jahr 2029

„Om krisen eller kriget kommer“ („Wenn Krise oder Krieg kommt“) ist der Titel der Broschüre, die das schwedische Zivilschutzministerium (MSB) im November vergangenen Jahres an alle schwedischen Haushalte zustellen ließ. Auf 32 bebilderten Seiten läßt sich lernen, was man so braucht, wenn der Krieg kommt. Wie stoppt man den Blutschwall großer Wunden, wie erkennt man Feindpropaganda, wie verhält man sich im Bunker? Fragen, mit denen sich alle Schweden aktuell zu beschäftigen haben. Die Broschüre erklärt auch, weshalb: „Ab dem Jahr, in dem Sie 16 Jahre alt werden, bis zum Ende Ihres

ist“. Wann aber ist das besagte „Endspiel“ zu erwarten?

Alarmstimmung

„Sirenen jammern. Handy-Warntöne schrillen tausendmal. Luftangriffe in Paris, Warschau und Berlin. Cruise Missiles und Drohenschwärme dringen in den europäischen NATO-Luftraum ein. NATO-Soldaten sind seit Tagen in den baltischen Staaten in Feuergefechte verwickelt. Als Reaktion auf die russischen Angriffe dort löste die NATO Artikel 5 aus. Rußland reagierte mit Raketen. Einige Staaten zogen sich aus der NATO und der EU zurück, während ein harter Kern im Norden und

Denkfabrik mit lokalen Büros in Bratislava, Brüssel, Kiew, Wien und Washington D.C.“, die sich der „Verbesserung von Sicherheit, Wohlstand und Nachhaltigkeit in Europa und der ganzen Welt“ verschrieben hat) vom Kriegsbeginn redet. Wer das verfaßt hat? Keine Geringeren als der im „Bayrischen Rundfunk“ als „Kriegs- und Friedensforscher“ vorgestellte Carlo Masala und sein Kollege im Geiste Nico Lange, Senior Advisor bei GLOBSEC, Senior Fellow bei der Münchner Sicherheitskonferenz, der Transatlantic Defense and Security, beim Center for European Policy Analysis (CEPA) in Washington D.C. und Autor wegweisender Artikel wie „Frieden schaffen mit deutschen Waffen“. Treue ZDF- und ARD-Zuschauer kennen ihn auch als „unabhängigen Militärexperten“.

Immerhin haben Masala und Lange verstanden, daß im Kriegsfall Unruhen in ganz Europa losbrechen, die NATO zerfällt, ihr weiterkämpfender Rest international isoliert dasteht. Merkwürdig gleichwohl: Da muß irgendetwas mit der NATO-Propaganda nicht ganz funktioniert haben, schließlich sollte doch der nächste Krieg unter dem Marschbefehl „Freiheit gegen Autokratie“ laufen.

Das Wesen des Krieges

Was ist eigentlich „Krieg“? Dumme Frage, mag man meinen. Kein Naturereignis, das über die Völker kommt, jedenfalls. Ein anderer Aggregatzustand politischer Interessendurchsetzung schon eher. Oder mit Carl von Clausewitz (1780–1831) gesagt: „Der Krieg (ist) nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln.“

Dennoch mag überraschend erscheinen, daß sowohl militärstrategisch als auch völkerrechtlich keine über die Plattitüde „bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Staaten, Staatengemeinschaften oder Gruppen“ hinausgehende Definition des Krieges erkennbar ist. Die altertümliche Vorstellung, man spreche von Krieg, wenn „Staat A Staat B den Krieg erklärt“, galt schon in der Genfer Konvention vom 12. August 1949 als überholt. Die Konvention beziehe sich „auf alle Fälle von erklärtem Krieg oder auf andere bewaffnete Konflikte, die zwischen zwei oder mehr der Hohen Vertragsparteien auftreten können, auch wenn der Kriegszustand von einem von ihnen nicht anerkannt wird“, heißt es dort.

In den Folgejahren sprach das Völkerrecht eher kleinteilig von „bewaffnetem Angriff“ (armed attack) und „Aggression“. Begrifflichkeiten, die der Ungeheuerlichkeit des Krieges zwar abträglich waren, immerhin aber konkretisieren konnten, was



Professor Varwick: „Woher die Analyse einer Bedrohung durch Rußland kommt, bleibt verborgen.“

70. Lebensjahres, sind Sie Teil der schwedischen Gesamtverteidigung und müssen im Falle eines Krieges oder bei drohendem Krieg Ihre Pflicht erfüllen.“

Wie Associated Press (AP) kürzlich verbreitete, haben die Broschüre und insbesondere die Forderung des Zivilschutzministers nach ausreichenden Beerdigungsflächen für Kriegstote bereits für Verwerfungen auf dem Immobilienmarkt gesorgt. „Die Bestattungsgesellschaften in Göteborg, Schwedens zweitgrößter Stadt, versuchen derzeit, die Herausforderung zu meistern, mindestens 10 Acres (40 470 Quadratmeter) Land zu erwerben, um sicherzustellen, daß Bestattungspätze für etwa 30 000 Tote im Kriegsfall zur Verfügung stehen“, heißt es in der Meldung. Schwedens Oberbefehlshaber General Micael Bydén warnt bereits seit dem letzten Frühjahr, daß „Rußlands Krieg gegen die Ukraine nur ein Schritt und noch nicht das Endspiel

Osten heftigen Widerstand leistete. Deutschland und andere Länder sind zerrissen. Während aufgeheizter Proteste in vielen deutschen, französischen, italienischen und spanischen Städten brachen gewalttätige Unruhen aus, und die Polizei muß energische Maßnahmen ergreifen. Extremistische und populistische Parteien profitieren enorm von der Situation, nicht zuletzt, weil der Welthandel und die Wirtschaft zusammenbrechen. Im Indopazifik startet China seit Wochen Angriffe auf Taiwan. Unterdessen verabschieden die Vereinten Nationen Resolutionen gegen die europäischen NATO-Mitglieder, weil viele afrikanische, lateinamerikanische und asiatische Staaten in der Generalversammlung mit Rußland und China abstimmen. Klingt das übertrieben? Nein! Wenn Wladimir Putin seinen Angriffskrieg gewinnt, ist dieses Szenario realistisch.“

So klingt es, wenn die englischsprachige Internetpräsenz von GLOBSEC („globale

vonstattengehen muß, um es Krieg zu nennen. Artikel 5d des Rom-Statuts vom 17. Juli 1998 benennt das und liefert anstatt einer Definition wenigstens einen (nicht abgeschlossenen) Katalog von Beispielen wie:

- Invasion oder Angriff durch Streitkräfte eines Staates auf das Territorium eines anderen Staates,
- eine mindestens vorübergehende gewaltsame Einverleibung des Hoheitsgebietes eines anderen Staates oder eines Teils davon,
- Beschuß oder Bombardement des Hoheitsgebietes eines Staates durch die Streitkräfte eines anderen Staates oder der Einsatz von Waffen jeder Art gegen das Hoheitsgebiet eines anderen Staates,
- durch Streitkräfte veranlaßte Blockade von Häfen oder Küsten eines anderen Staates,
- ein (extritorialer) Angriff der Streitkräfte eines Staates gegen die Land-, See- oder Luftstreitkräfte eines anderen Staates,
- der Einsatz von Streitkräften eines Staates, die sich zwar erlaubterweise auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates befinden, aber unter Verstoß gegen dessen Bedingungen Gewaltakte gegen staatliche Strukturen des Aufenthaltsstaats begehen,
- das Entsenden bewaffneter Banden oder Söldner durch einen Staat oder für ihn, wenn diese Gruppen sodann gegen einen anderen Staat schwere Gewaltakte ausführen, wie sie für reguläre Streitkräfte übliche sind.

Vertiefungen der Einzelfälle würden in ein völkerrechtliches Seminar ausarten. Festzuhalten ist: Alle Konturen des Begriffs „Krieg“ sind in stetigem Fluß, sie sind bloße Näherungswerte an ein reales Phänomen. Ist also bereits der „Krieg“ definitorisch recht schwer zu fassen, ergibt sich daraus nahezu zwangsläufig, daß auch die Umstände seines Beginns ins Verschwimmen geraten – zumal keine völkerrechtliche Definition dafür vorliegt, was sein Gegenpart, der „Frieden“, konkret sein soll.

Maßgeblich hat das internationale Agieren des seit 1949 meistkriegführenden Landes auf dem Globus, der USA, dazu beigetragen, das einstmals aufgestellte bipolare Schema der UN-Charta (Angriff/Verteidigung) aufzulösen. Obschon auch präventive Kriegshandlungen laut Charta dem Gewaltverbot unterfallen und damit verboten sind, hat die USA auf internationaler Bühne stets ein präventives Selbstverteidigungsrecht für sich beansprucht. Daß ein Krieg erlaubt sein soll, der als Angriff einem nur drohenden Gewaltakt eines anderen Staates zuvorkommt, kennt man seit der „National Security Strategy of the United States“ (2002/2006) unter Präsident George W. Bush.

Völkerrechtlich war das eine Kehrtwende. Der Präventivschlag geriet zum Alleinstellungsmerkmal der USA und entfaltet in der aktuellen Militärdoktrin auch für die NATO Gültigkeit. Das Ganze nennt sich „Webster-Formel“ (zur Herkunft). Demzufolge erweitert das Militärbündnis das (eigentlich) klar umrissene Selbstverteidigungsrecht der

UN-Charta: Ein Angriff unter der Flagge der „Prävention“ soll bei einem unmittelbar bevorstehenden (nicht bereits im Gang befindlichen) Angriff geboten sein, wenn andere Mittel ausscheiden und keine Zeit für weitere Überlegungen bleibt.

Mangelnde Erstschlagfähigkeit

„Die Zeit drängt“ – das ist ohnedies zum Leitmotiv der NATO-Kriegsvorbereitungen geworden. Der NATO-Gipfel in Vilnius im Juli 2023 formulierte „neue Verteidigungspläne – 30 Jahre lang waren sie nicht notwendig, jetzt sind sie es wieder. Sie sollen gewährleisten, daß am Ende jedes NATO-Mitglied weiß, was es zu tun hat und in welcher Situation es gefordert ist“. Am 30. Oktober 2023 sprach Boris Pistorius im ZDF vom ersten Mal vom Projekt „Kriegstüchtigkeit“, einen Monat später tauchte wie aus dem Nichts der seither bekannte Zeitstrahl auf. Erst „5 bis 8“, dann „5 bis 6“ Jahre, inzwischen lautet die offizielle und bei jeder sich bietenden Gelegenheit wiederholte Sprachregelung „bis 2029“. Aus anderen NATO-Mitgliedsländern hört man das gleiche.

Woher diese Zeitbestimmung stammt, scheint vielen nicht recht erklärlich. Politische Beobachter, die noch einen Rest an Vernunft bewahrt haben, zeigen Unverständnis: „Woher genau diese recht exakten Zeitangaben kommen und welche konkrete Bedrohungsanalyse sich dahinter verbirgt, bleibt im Verborgenen. Einem Rußland, das bereits in der Ukraine große Schwierigkeiten hat, seine militärischen Ziele zu erreichen, und von dem zugleich viele, die eine Zeitenwende fordern, behaupten, es könne gegen die Ukraine für Staaten der NATO zu unterstellen, paßt nicht recht zusammen“ (Professor Johannes Varwick, Universität Halle, Dezember 2024). Klingt logisch.

Selbstverständlich ist auch zu erwägen, daß es sich bei der Zeitangabe nur um eine Propaganda-Luftnummer der NATO-Oberen handeln könnte, mit dem Ziel, die Bevölkerung auf das, was kommen soll, vorzubereiten. Warum aber fünf Jahre, warum nicht ein Jahr oder zwei? Das klänge doch noch dramatischer. Die Zahl wird eine Bedeutung haben. Bei der Suche nach einer Erklärung stößt man zunächst auf das Strategiepapier der von der Bundesregierung geförderten Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) „Deutschland und die NATO sind im Wettlauf gegen die Zeit“ vom 17. Oktober 2023. Ein Papier, auf das auch in NATO-Publikationen zur „Zeitfrage“ gern und oft Bezug genommen wird.

In der Studie „Aussichten für die Wiederherstellung der russischen Militärmacht – Ein Blick auf die Ostflanke“ des Atlantic Council vom September 2024 werden die Vorarbeiten der DGAP weiter vertieft.

Beide Studien führen, allerdings ohne die empirische Basis ihrer Daten offenzulegen, die „Fünf-Jahres-Prognose“ auf den Zeitraum zurück, den Rußland nach dem Ende des Ukraine-Krieges brauchen würde, um den militärisch-industriellen Komplex dauerhaft so hochzufahren, daß – was Rüstungsgüter, Waffensysteme wie auch den Personalstand der Streitkräfte betrifft – ein

russischer Angriff auf eines der NATO-Mitglieder der Ostflanke (Polen, Baltikum) unmittelbar bevorstehen würde. Unterstellt, das alles wäre richtig, würde die NATO also zuwarten, bis ein russischer Angriff unmittelbar bevorsteht. Gerade angesichts der auf einen Präventivschlag ausgerichteten NATO-Militärdoktrin wäre es jedoch ungleich effizienter, bereits zuzuschlagen, solange sich Rußland noch in der Rekonvaleszenzphase befindet. Der tatsächliche Grund des Zeitaufschubs liegt daher in einer (noch) mangelnden Erstschlagfähigkeit der NATO, nicht in einem angeblich auf Zeit drohenden Angriff Rußlands auf NATO-Gebiet.

Belege dafür liefert unter anderem das NATO-Briefing vom 3. Juli 2023. Dort erklärte der Vorsitzende des Militärkomitees, Admiral Rob Bauer: „(...) muß man auch in Zukunft kämpfen können. Dann ging die Arbeit voran und wir begannen, an den regionalen Plänen zu arbeiten, (...) an immer detaillierteren Planungen darüber, was man tun muß, um bereit zu sein“. Die Regionalpläne sind: „Einer im hohen Norden und im Atlantik. Der wird vom Joint Force Command Norfolk in den Vereinigten Staaten angeführt (...), der Regionalplan Central, der von Brunssum in den Niederlanden für das Gebiet Ostsee bis zu den Alpen befohlen wird, (...) der Regionalplan Südost, der aus Neapel befehligt wird und sich auf das Mittelmeer und das Schwarze Meer erstreckt“.

Die NATO-Sprecherin Oana Lungescu ergänzte: „Nur wo hinzuzufügen, wir haben schon Pläne, die NATO hat immer Pläne. Es ist nicht so, daß wir jahrelang auf Pläne warten. Die Pläne, die wir eigentlich in den Regalen hatten und mit denen wir uns auf eine Situation wie den 24. Februar vorbereitet hatten, wurden am 24. Februar aktiviert, sie bleiben aktiviert“. Zur Zeitfrage wiederum Rob Bauer: „Die Vollziehbarkeit braucht mehrere Jahre. Die Pläne, die SACEUR vorliegen hat, dienen also im Grunde zwei Zwecken: Für den einen ist jetzt der unmittelbare Zeitpunkt, denn wenn ein Krieg jetzt beginnen würde, sollten wir natürlich bereit sein (...) Aber natürlich geht es darum, was wir verbessern sollten. Ich rede über ‚volle Ausführbarkeit‘. So wird es ab jetzt sofort weitergehen“.

Und Rußland als bevorstehender Aggressor auf NATO-Gebiet? General Rob Bauer: „Also, was wir im Allgemeinen sehen, ist, daß die Russen vorsichtig mit der NATO sind, sie wollen es nicht – sie suchen keinen Konflikt mit der NATO“.

Es liegt allein in der Disposition der NATO, wann sie einen Schlag gegen Rußland für erfolgreich erachten wird. Nach welchem Maßstab eine solche Kosten-Nutzen-Abwägung im NATO-Hauptquartier stattfindet? Tote, Verletzte und Leid sind da nicht allzu relevant, weiß auch General Rob Bauer: „While armies win battles, the economy wins the war“ (Während Armeen Schlachten gewinnen, gewinnt die Wirtschaft den Krieg), hieß es auf der Septembersitzung des NATO-Militärkomitees in Prag. Allein davon hängt für sie das Wann und Wo des Krieges ab.

Dr. Ralf Hohmann

Aus: *Unsere Zeit*, 5.1.2025

Fortgesetzte Stagnationsphase

Die wirtschaftliche Stagnation in der BRD ist das Symptom einer anhaltenden Überakkumulationskrise.

Viel spricht dafür, daß es sich bei der aktuellen Weltwirtschaftskrise nicht nur um eine der einigermaßen regelmäßigen Konjunkturkrisen oder Rezessionen handelt. Die Ökonomen nehmen nicht nur hierzulande zunehmend das Wort Stagnation in den Mund. In Deutschland betrug das offiziell gemessene „Wachstum“ des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2023 minus 0,1 Prozent und dürfte auch im sich gerade verabschiedenden 2024 etwa diese Nullgröße erreicht haben. Für 2025 rechnen Wirtschaftsforscher weiterhin nicht mit einem Wachstum.

Auch die Bundesbank in Gestalt ihres Präsidenten Joachim Nagel ging in ihrer jüngsten Prognose von weiterer Stagnation aus. „Die deutsche Wirtschaft kämpft nicht nur mit hartnäckigem konjunkturellem Gegenwind, sondern auch mit strukturellen Problemen“, erklärte Nagel. Die Industrie sowie ihre Exportgeschäfte und Investitionen wären geschwächt, 2025 werde das BIP daher nach Erwartung der Bundesbank nur um 0,2 Prozent wachsen.

Von historisch niedrigen und weiter sinkenden Wachstumsraten gekennzeichnet ist auch die kapitalistische Weltwirtschaft. Das betrifft zum Beispiel auch China, wo der Immobiliensektor immer noch nicht bereinigt ist. Oder auch die USA, wo die letzten optimistischen Äußerungen zur Lage des Landes von Kamala Harris stammen.

Das Wort Krise scheint für den aktuellen Zustand der Weltwirtschaft unpassend. Es stellt sich die Frage, ob wir es nicht vielmehr mit einem Dauerzustand zu tun haben. Er beginnt mit der letzten großen Weltrezession in den Jahren 2008 bis 2009, die auf die 2007 ausgebrochene Finanzmarktkrise folgte und (vorläufig) die Phase der Politik des Neoliberalismus beendete. Den Weg aus der Finanz- und Weltwirtschaftskrise wies eine bis dahin nicht gekannte finanzielle Hilfsaktion der von der Finanzkrise betroffenen Staaten. Sie sicherten die Zahlungsfähigkeit der Banken, übernahmen sie in staatliche Regie, genehmigten Zuschüsse und Garantien für Fonds und Versicherungen, senkten die Zinsen für die Banken

auf Nullniveau und füllten schließlich die Lücke in der realen Gesamtnachfrage durch Investitionsprogramme und Kaufprämien.

Der Ende 2008 in den USA scharf abgesenkte Leitzins blieb bis 2015 bei null Prozent. Erst dann war der Finanzmarkt wieder so weit erholt, daß der Kredit- und Spekulationsboom wieder zum Selbstläufer wie vor der Finanzkrise geworden war. Dennoch erholte sich die Weltwirtschaft nicht wie zuvor. Die Wachstumsraten blieben in den alten kapitalistischen Ländern nur mäßig. Als Hauptgrund dafür kann man konstatieren: Die kapitalistische Weltwirtschaft befand sich weiter in einem Zustand der Überproduktion und Überakkumulation. Die Krise hatte den Wert des Finanzkapitals zwar etwas eingedampft, aber die Entwertung des fungierenden Kapitals war bei weitem nicht so weit gegangen, daß ein neuer Zyklus mit Schwung hätte eingeleitet werden können.

Auch die aktuelle Krise, diese sich hinziehende Stagnationsphase, ist im Kern eine stinknormale, für den Kapitalismus übliche Überproduktionskrise. Sie ist Resultat des Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, der für den Kapitalismus typisch ist. Dieser Widerspruch drückt sich im Regelfall in kapitalistischen Konjunkturkrisen aus. Sie sind dadurch gekennzeichnet, daß das ungebändigte Wachstum von Kapital und Waren nicht auf genügend kaufkräftige Nachfrage trifft. Die private Aneignung des Mehrprodukts durch die Kapitalisten läßt den gesellschaftlichen Produzenten nicht genügend Wert (= Geld), um die munter produzierten Waren zu kaufen. Kapitalistische Krisen sind also Absatz- oder Realisierungskrisen. Typische Merkmale dafür, daß es sich um diese Art Krankheit des Kapitalismus handelt, sind die riesigen Überkapazitäten für industrielle Gebrauchsgüter (beispielsweise Autos in China und Deutschland) und grundsätzlicher die immer weiter auseinanderklaffende Differenz bei Vermögen und Einkommen zwischen Reich und Arm.

Die staatlichen Ankurbelungsprogramme schoben 2009 zunächst eine kräftige Erholung der Weltwirtschaft an. Zum ersten Mal in der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft spielte nach der Finanzkrise die

steigende Nachfrage der Schwellenländer die wichtigste Rolle. China änderte seine Entwicklungsstrategie vom einseitigen Ausbau der Exportwirtschaft auf die Förderung des Binnenmarktes durch Investitionen in die Produktion von hochwertigen Waren und in die Infrastruktur (Verkehrswege, Wohnungsbau, Kommunikation). Der stark steigende chinesische Import von Maschinen machte das Land vorübergehend zum größten Kunden etwa deutscher Exporte.

Die Erholungsperiode seit der Weltwirtschaftskrise 2008/09 dauerte ungewöhnlich lange und war, an den Wachstumsraten des BIP in den alten Industrieländern gemessen, außergewöhnlich schwächlich, weshalb das Wort Aufschwung dafür auch von optimistischen Mainstreamökonomien dafür kaum verwendet wird. Dieser „Aufschwung“ endete 2019 fast unbemerkt, als fast überall die Investitionen und der Welthandel erlahmten und sogar in neukapitalistischen Ländern die Wachstumsraten niedriger wurden. Vermutete Ursache damals: Von den USA ging eine Art selektiver Deglobalisierung aus. Sanktionen und Zölle wurden hoffähig, behinderten jedenfalls den Warenverkehr.

Die beginnende Wirtschaftskrise wurde verschärft durch den 2021 einsetzenden Anstieg der Energiepreise, der in eine allgemeine Teuerung mündete, auch Inflation genannt. Die steigenden Preise für Erdöl und Erdgas waren durch politische Maßnahmen (Sanktionen und Krieg) gegen einige große Produzentenländer (Venezuela, Irak, Libyen, Iran) verursacht worden. Der intensiverte Wirtschaftskrieg gegen Rußland verschlimmerte die Lage im Frühjahr 2022. Energierohstoffe, besonders Rohöl, werden in der industriellen Produktion, beim Transport, bei der Stromproduktion und in der Landwirtschaft überall gebraucht. Und sie beanspruchen zum Heizen und Transport große Teile des Budgets der Endkonsumenten. Inmitten der Überproduktion herrschte Knappheit. Die Inflation stieg bis ins Jahr 2023 fast weltweit stark an und gab im vergangenen Jahr dank der Nachfrageschwäche beim Endverbraucher wieder nach. Bei sinkenden Realeinkommen kommt im aktuellen Kapitalismus kein Aufschwung zustande.

Lucas Zeise

Aus: *junge Welt*, 31.12.2024

Was kostet die Welt?

Krieg ist die ideelle und materielle Grundlage des imperialistischen Kapitalismus; da steht Trump, dessen erste Präsidentschaft als eine ohne neuen Krieg in die US-Geschichte einging, offenbar für eine andere Linie. Denn im anderen, fast aus der Mode gekommenen Geschäft des Imperialismus, der nichtkriegerischen Landnahme, entwickelt er durchaus Phantasie.

Auf Grönland, von gerade 55 000 Menschen bewohnte 2,17 Millionen Quadratkilometer, hatte er schon vor Jahren sein Auge geworfen, blitzte aber bei der damaligen Ministerpräsidentin Dänemarks, das die Großinsel im 18. Jahrhundert kolonisiert hatte, ab. Trump

würde Grönland mit seinen zahlreichen Bodenschätzen gern den USA einverleiben. Das hinter Trump stehende Kapital wird sich modern geben und auf die eine Form der Gewalt verzichten und die andere einsetzen – also kaufen. Wer weiß: Zu angemessenen Preisen würde die Dänische Krone ja noch zur europäischen Leitwährung, Frankfurts und Londons Banken gingen nach Kopenhagen. Vielleicht lassen sich die Dänen am Ende überreden.

Auch der Panamakanal ist in Trumps Visier geraten. Jimmy Carter, gerade anderweitig in den Schlagzeilen, hatte 1977 in den Verträgen mit Panamas antiimperialistischem

Staatschef Omar Torrijos die Übergabe der Kanalzone zu Ende 1999 eingeleitet. Panamas heutiger Präsident Mulino führt die Unveräußerlichkeit des Kanals als Weisung der panamaischen Verfassung an – es sei denn, eine Überweisung überlagert die Weisung.

Daß das geht, läßt sich an der Übergabe eines Terrains der strategisch gelegenen Galápagos-Inseln durch den ecuadorianischen Präsidenten Noboa sehen, wo gegen Artikel 5 der Verfassung den USA eine Militärbasis zugestanden wird. Verfassungen unterliegen eben auch dem Kontostand.

Günter Pohl

Redaktionell gekürzt, UZ, DKP, 10.1.2025

Wäre ein anständiger US-Präsident eine Chance für Europa?

Im Zusammenhang mit dem Tod von Jimmy Carter und seiner grundlegenden Anständigkeit wurde auch die Frage aufgeworfen, was wäre, wenn wieder jemand wie Carter Präsident der Vereinigten Staaten würde? Und was würde das für Europa bedeuten?

Meine kurze Antwort auf die Frage ist: „Keine Chance, daß jemand, der nach seinem Gewissen handelt, jemals wieder Präsident der Vereinigten Staaten wird!“ Der Grund dafür ist schnell zu erkennen und hängt allein schon damit zusammen, daß heutzutage der Präsidentschaftswahlkampf Milliarden Dollar kostet. Wer finanziert das? Die kleinen Spenden aus der breiten Masse der Steuerzahler bzw. der Bevölkerung? Sicherlich nicht, wie man zum Beispiel am Anteil der Kleinspenden und der Gesamtsumme für die Präsidentschaftskandidaten unschwer feststellen kann.

Kleinspenden sind definiert als unter 200 Dollar. Für die Wahl 2024 erhielt Trump Kleinspenden in Höhe von insgesamt 98 Millionen Dollar, die im Durchschnitt bei knapp über 34 Dollar lagen. Bei Harris, die insgesamt knapp eine Milliarde Dollar an Spenden einnahm, war der Anteil der Kleinspenden noch kleiner. Das große Geld kommt von Unternehmen, Konzernen, Interessensverbänden, Lobbyisten etc. Trotzdem wird in unseren Qualitätsmedien immer so getan, als ob der gewählte Präsident die Interessen des Volkes vertreten würde.

Der Zustand in den USA – und mit einer knappen Verzögerung in den EU-Ländern, vor allem in Deutschland – sagt alles. Statistiken und Dokumentarfilme belegen, wie breit und wohlhabend die Mittelschicht in den 60er Jahren in den USA und in Deutschland in den 70er Jahren war. Das war auch die Zeit, in der der westliche Kapitalismus rapide über die eigenen Grenzen in die sogenannte Dritte Welt der Entwicklungsländer expandierte und die Gewinne der Unternehmen noch üppiger sprudelten als zuvor. Davon fielen auch ausreichend viele Krumen für die einheimische Schicht der Arbeiter und abhängig Angestellten im Westen ab.

Heute ist das anders: Die Ausbeutung der Weltbevölkerung ist für die westlichen Unternehmen im Laufe der letzten Jahrzehnte immer schwieriger geworden. Sie mußte immer öfter mit kostspieligen Militärunternehmen erzwungen werden, von denen prioritär nur noch der militärisch-industrielle Komplex und die von ihm alimentierten „Denkfabriken“ und Politiker profitieren, während die Masse der eigenen Bevölkerung zunehmend verarmt. Die Parallelen zu den Entwicklungen in der EU, deren Eliten einst Frieden, Wirtschaftswachstum und Wohlstand versprochen und jetzt Krieg, wirtschaftlichen Niedergang und Armut servieren, sind nicht rein zufällig.

Es sieht ganz danach aus, als ob sich die herrschende Klasse im postmodernen

Kapitalismus, der die Ausbeutung der Dritten Welt immer weniger gelingt, als Objekt der Ausbeutung wieder zunehmend die eigene Bevölkerung in den westlichen Kernländern entdeckt hat, um die Verluste im Ausland zu kompensieren. Denn während es der westlichen Oberschicht gelungen ist, von Krise zu Krise immer größere Reichtümer für sich anzuhäufen, verschwindet die Mittelschicht und in der Unterschicht wächst die Armut.

Dieser Verarmungsprozeß war zuerst kaum sichtbar: Es gab noch genügend „Speck“ in der Gesellschaft, von dem die Menschen in den ersten Jahren zehren konnten, aber im letzten Vierteljahrhundert ist die soziale Fallgeschwindigkeit für die Mittelschicht überall im Westen rapide gestiegen, wobei diese Entwicklungen in den USA am weitesten fortgeschritten sind. Zugleich wachsen in anderen Großregionen der Welt, vor allem in Asien, die Wirtschaft und der Wohlstand der breiten Massen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges gab es in Europa eine starke politische Bewegung, sich von der US-amerikanischen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bevormundung abzukoppeln. Mit der Weigerung des „Alten Europa“, vertreten durch die europäischen Kernländer Deutschland und Frankreich, im Jahr 2003 mit den Amerikanern in den verbrecherischen und zudem auch noch unsinnigen Irak-Krieg zu ziehen, und statt dessen mit den Russen gemeinsame Sache zu machen, läuteten in Washington die Alarmglocken, denn jetzt drohte den US-Ausbeutern auch noch die Kontrolle über das Wirtschaftspotential von 500 Millionen Europäern zu entgleiten.

In den Jahren nach 2003 wurden daher die gesellschaftlichen Strukturen der EU-Kernländer – angefangen von den Medien, den sogenannten NGOs, den Stiftungen und Denkfabriken der Politik und Industrie bis hinein in die politischen Parteien – von einem fein gewobenen Netz von US-bezahlten und politisch geförderten Einflußagenten durchdrungen, die letztlich die Auswahl unserer politischen Kaste und seit vielen Jahren die Zusammensetzungen sowie politische Linie der Regierungen in den europäischen Ländern bestimmen.

Der sogenannte Deep State ist transatlantisch und innerhalb der EU tief verfilzt. Wenn sich zum Beispiel der Chef des ominös-einflußreichen Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos, ein gewisser Herr Schwab, damit brüstet, daß „seine Leute“ aus dem „Young Global Leadership“-Programm („Junge globale Führer“) inzwischen in allen wichtigen europäischen Regierungen führende Positionen innehaben, so ist das nur die Spitze des Eisbergs, und die ist schlimm genug, wie ein Vortrag von Schwab im Jahr 2017 zeigt, den er an der Harvard Kennedy School hielt und dabei diese bemerkenswerte Aussage machte:

„Wir sind sehr stolz darauf, daß wir mit unseren Young Global Leaders in jedes Kabinett auf dem Planeten vordringen.“

Weiter wies er darauf hin, daß Staatsoberhäupter wie die damalige Bundeskanzlerin Merkel, der kanadische Premierminister Trudeau, der französische Präsident, der argentinische Präsident usw. allesamt dem WEF-Programm der „Young Global Leaders“ entsprungen sind. Schwab fügte hinzu: *„Und ich weiß, daß die Hälfte seines [von Trudeau] Kabinetts oder sogar mehr als die Hälfte seines Kabinetts aus Young Global Leaders vom Weltwirtschaftsforum besteht. Das ist auch in Argentinien und in Frankreich der Fall.“*

Diese Erfolgsgeschichte zum Nachteil der europäischen Völker begann mit Frau Merkel, die als ehemalige Bundeskanzlerin über 16 Jahre die Weichen zum willigen US-Vasallen und dem damit verbundenen Niedergang Deutschlands gestellt hat und dabei von dem damaligen Präsidenten Frankreichs, Sarkozy, unterstützt wurde.

Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung war, daß die USA zu ihrem eigenen ökonomischen und politischen Nutzen die energetische Lebensader Deutschlands gesprengt und damit die Basis unseres Wohlstandes zerstört haben, wobei führende Regierungsmitglieder diesem Akt des US-Staatsterrorismus auch noch Beifall geklatscht haben. Zudem haben die USA mit verlockenden Subventionsangeboten an die deutsche Industrie deren Verlagerung in die USA noch zusätzlich begünstigt und uns damit nicht nur noch tiefer in den wirtschaftlichen Abgrund gestoßen, sondern Deutschland noch enger an die Vassallenkette gelegt.

Auf X fand ich zu diesem Punkt einen passenden Kommentar, der die USA beschuldigt, „einen wirtschaftlichen Vernichtungskrieg gegen mein Land [Deutschland] zu führen“.

„So wie der aktuelle Krieg in Europa bis zum letzten Ukrainer geführt wird, werden wir Deutschen wahrscheinlich bis zum letzten Arbeitnehmer kämpfen. Daß die USA uns nun die größte aller Demütigungen zufügen wollen, nämlich die Reste unserer Lebensader (North Stream) aufkaufen wollen, um uns in Zukunft zu ihren Bedingungen mit russischem Gas zu beliefern, verbessert meine Laune nicht. Ganz zu schweigen davon, daß sie seit 2008, genauer gesagt seit 2014, einen großen europäischen Krieg angezettelt haben. So wie die Ukrainer sterben, könnten auch wir bald sterben, wenn die Angriffe auf das russische Kernland weitergehen und kein Wunder geschieht. Ob das Wunder Trump heißt, wird nur die Zukunft zeigen ... Skeptizismus ist ein guter Ratgeber.“ (...)

Rainer Rupp

Redaktionell gekürzt

Quelle: RTDE, 6.1.2025

Zur Lage der SPD vor der Bundestagswahl

Heinz Schneider war von 1978 bis 1989 Mitglied der DKP und ist 1995 nach der Wahl Oskar Lafontaines zum Parteivorsitzenden in die SPD eingetreten. Er beschreibt sich als überzeugten Kommunalpolitiker“ und er ist in der DL 21 und der Marx-Engels-Stiftung engagiert. Die Zeitung „Unsere Zeit“ (DKP) hat ihn gebeten, die Lage in seiner Partei vor den anstehenden Bundestagswahlen einzuschätzen. Sein Stimmungsbild gibt Aufschluß über die schwierige Situation der Sozialdemokraten, die sich dem Kriegskurs der Scholz-Regierung widersetzen.

Als der Bundestag am 27. Februar 2022 die „Zeitenwende“, mit erschreckend großer Mehrheit und beschämend wenig Widerstand beschloß, ging mir ein Satz Erhard Epplers durch den Kopf: eine vorübergehende Dummheit der Parteiführung sei noch kein Grund, die SPD zu verlassen. Als der Bundesparteitag der SPD im Dezember 2023 eine gemeinsame Sicherheitsordnung verwarf (solange sich in Rußland nichts fundamental ändere, müsse die Sicherheit Europas vor Rußland organisiert werden), war ich über diese atemberaubende Kurzsichtigkeit meiner Parteiführung entsetzt. Auch, weil der gut begründete und vernünftige Gegenantrag ohne Diskussion und Abstimmung für erledigt erklärt wurde.

Als auf „meinem“ Bezirksparteitag im Juni 2024 nur noch fünf Genossinnen und Genossen dem Antrag „Gemeinsame Sicherheit – Verhandeln statt Krieg“ zustimmen mochten, mußte ich erkennen, daß in den Strukturen meiner Partei jeder Widerstand gegen die Zeitenwende zu Krieg und Aufrüstung einstweilen aussichtslos geworden war. Gleichwohl bleibt der Widerstand gegen den Kriegskurs auch in der SPD auf allen Ebenen erkennbar. Es ist von unschätzbarem Wert, daß sich Persönlichkeiten wie Peter Brandt, Michael Müller, Klaus von Dohnanyi, Petra Erler und andere vernehmbar zu Wort melden und Aufrufe oder Kongresse organisieren, oder daß Ralf Stegner auf der Friedensdemonstration in Berlin sprach.

Ich befürchte aber, daß sich dieser Widerstand weitgehend auf Sozialdemokraten beschränkt, die noch in der Brandt-Ära politisch sozialisiert wurden. Die Funktionsträger bis hinunter in die Kommunen, diejenigen, die den Laden auf allen Ebenen am Laufen halten, auch die jungen übrigens, erreicht er kaum. Sie verweigern sich oft jeder Diskussion zum Thema Krieg und Frieden. Dazu mag das an dieser Stelle aggressive Diskussionsklima innerhalb der Partei beitragen. Nun stehen aber Bundestagswahlen vor der Tür. Der Bevölkerung wird zunehmend bewußt, daß Hochrüstung und Kriegstauglichkeit ohne Sozialabbau nicht zu haben sind. Die Angst vor einer weiteren Eskalation des Krieges wächst. Immer offener schwadronieren Vertreter von CDU, Grünen und FDP von Kanonen statt Butter. Die SPD setzt dagegen eher Illusionen als Versprechen: „Mehr für Dich, Besser für Deutschland“, ist das Wahlprogramm überschrieben. Mehr Kanonen und mehr Butter – realistisch ist das nicht. „Ein Versprechen an Deutschland“, heißt das Programm. Es enthält sinnvolle steuer- und sozialpolitische Forderungen, oft aber in wohlklingender Unverbindlichkeit. Der Begriff „Kriegstauglich“ kommt übrigens nicht vor. Verbindlich wird es dagegen an entscheidenden Stellen: „Unterstützen wir jetzt weiter die Ukraine standhaft und besonnen? Oder lassen wir uns in Fragen von Krieg und Frieden auf gefährliche Abenteuer ein?“

„Deutschland steht fest an der Seite der überfallenen Ukraine – und zugleich achtet Bundeskanzler Scholz darauf, daß der Krieg nicht zur direkten Konfrontation zwischen NATO und Rußland eskaliert“, heißt es schon in der Einleitung. Eine bemerkenswerte Wortwahl: Nicht der Krieg, sondern Initiativen zu seiner Beendigung werden zum gefährlichen Abenteuer umgedeutet. Ebenso widersprüchlich: Die Ukraine soll „solange wie nötig“ unterstützt werden und „mögliche Verhandlungen mit Rußland führen können. Einen russischen Diktatfrieden zu Lasten der Ukraine werden wir nicht akzeptieren.“ Wer trifft diese Entscheidungen, der Bundestag?

Die „USA sollen unser engster außereuropäischer Partner“ bleiben. Trotz Trump? Für Willy Brandt war eine Politik für den Frieden die wahre Realpolitik dieser Epoche, für die neue SPD ist es der Krieg. Also sollen für die „Bündnisverteidigung“ mehr Verantwortung übernommen, Deutschland als zentrale Drehscheibe für die NATO-Logistik ausgebaut und US-Mittelstreckenwaffen stationiert werden.

Zwar gibt es auch sinnvolle außenpolitische Positionen, etwa das Bekenntnis zur Ein-China-Politik, zu einem palästinensischen Staat und gegen die völkerrechtswidrige israelische Siedlungspolitik. Das ändert aber nichts daran, daß eine eher von US-Interessen geleitete Russophobie zum außenpolitischen Markenkern der SPD mutiert ist. Von der alten oder gar einer neuen Ost- und Entspannungspolitik sind keine Spuren erkennbar. Auffällig ist, daß es an jeder Folgenabschätzung fehlt.

Die eigentlichen Gründe für diese Politik der Feindschaft werden umschiff: die Dauerkrise des neoliberalen Kapitalismus, die mit ökonomischen Mitteln nicht mehr aufzuhaltende Erosion der globalen US-amerikanischen Vorherrschaft, die entstehende multipolare Weltordnung und die offenkundige Unfähigkeit des westlichen Blocks, darauf eine nach außen und innen solidarische Antwort zu finden. Im Berliner Programm hatte die SPD 1989 noch formuliert, es sei die historische Grunderfahrung der Arbeiterbewegung, daß „Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig“. Erhard Eppler hatte dazu festgestellt, die SPD müsse eine neue Kultur der Arbeit darstellen, ehe sie über Wirtschaft spricht, und für die Befreiung der Arbeit sorgen. Im Wahlprogramm 2025 heißt es dagegen: „Wir kämpfen für einen starken Arbeitsmarkt.“

Auch eine Partei der Arbeit will sie nicht mehr sein, die neue SPD. Sondern marktkonform.

NATO macht Ostsee zu ihrem Meer

Die NATO will die Ostsee mehr und mehr zu ihrem „Mare nostrum“ machen – zu einem Gewässer, dessen Kontrolle exklusiv den Staaten des Militärbündnisses unterliegen soll. Seit der Aufnahme von Schweden und Finnland im Februar 2024 sind alle Ostseeanrainer Mitglied der NATO – bis auf Rußland.

Die NATO-Staaten des Ostseeraums vereinbarten am 14.1.2025 auf einem Gipfeltreffen in Helsinki, das Meeresgebiet verstärkt mit Kriegsschiffen, Aufklärungsflugzeugen, Satelliten und Drohnen im Rahmen der Mission „Baltic Sentry“ zu überwachen. Sie soll „auf unbestimmte Zeit andauern“. Hintergrund sind mutmaßliche Sabotageakte, bei denen zuletzt mehrmals am Meeresgrund verlegte Datenkabel und Stromleitungen beschädigt

worden sein sollen. Die Schäden sollen dabei jeweils vorsätzlich von Schiffsankern verursacht worden sein. Unter Verdacht steht neben einem chinesischen Frachter eine angeblich von Moskau kontrollierte „Schattenflotte“.

Die Bundesrepublik beteiligt sich mit erheblichen Kapazitäten der Bundeswehr an der NATO-Mission. Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte bei dem Treffen in Helsinki: „Wir werden uns mit all dem, was wir an Möglichkeiten der Marine haben, beteiligen.“ Genauere Angaben machte er ebenso wenig wie NATO-Generalsekretär Mark Rutte. Man wolle „den Feind“ nicht klüger machen, als er sei, sagte der Niederländer.

Der Marineeinsatz wird von einem speziellen Stab im Marinekommando der Bundeswehr in Rostock koordiniert und soll, wie es heißt,

Saboteure abschrecken oder es zumindest ermöglichen, Sabotageaktionen schnell aufzuklären. Er soll auch ein Signal an Reedereien senden, die für Rußland unter Verstoß gegen westliche Sanktionen Öl transportieren.

Zudem soll geprüft werden, mit welchen rechtlichen Mitteln gegen die Schattenflotte vorgegangen werden kann. Um auch außerhalb der nationalen Gewässer gegen verdächtige Schiffe vorgehen zu können, müßten notfalls „zusätzliche Möglichkeiten im Rahmen der EU und der nationalen Gesetzgebung“ geschaffen werden, „damit wir nicht nur zuschauen, sondern handeln können“, sagte Scholz.

Daniel Bratanovic

Aus: junge Welt, 15.1.2025

Deutsche Kriegsvorbereitung

Der größte Teil des Plans, der sich in NATO-Diktion mit den zwei Strängen der „Gesamtverteidigung“, nämlich militärischer Aktion und zivilgesellschaftlicher Unterstützung derselben beschäftigt, bleibt geheim.

Auf der 96. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat am 18. Dezember 2024 wurde der Entwurf des Gesetzes zur Stärkung der physischen Resilienz kritischer Anlagen (KRITIS-Dachgesetz) in Berlin endberaten. Das Dachgesetz versteht sich als Scharnier der Umsetzung des OPLAN DEU für sämtliche Bereiche der sogenannten kritischen Infrastruktur (kriegswichtige Bereiche im Zivilsektor). Gleichzeitig folgt es den Vorgaben der EU-Richtlinie 2022/2557 vom 14.12.22. Das KRITIS-Dachgesetz enthält konkrete Ziele, die die Betreiber kritischer Anlagen mit ihren Sicherungsmaßnahmen erreichen müssen. Sämtliche Unternehmen zur Vorfahrt für das Militär laufen gem. § 3 beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zusammen. Betroffen sind die Sektoren der Strom-, Erdgas und Wasserstoffversorgung, öffentliche Telekommunikationsnetze, die Mineralölversorgung, der Eisenbahnverkehr, Wasserstraßen und Schifffahrt, Verkehrsleitsysteme, Sprach- und Datenübertragung sowie die Bodeninfrastruktur.

Die Unternehmerverbände hatten ihre Konsequenzen in vorauseilendem Gehorsam bereits im Herbst 2024 gezogen. Wie aus einem Papier der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft vom 18.9.24 hervorgeht, nimmt man die Wegweisungen des OPLANB DEU zum Maßstab für die Ausrichtung von Industrie und Handwerk auf die geforderte Kriegstüchtigkeit. Im Einzelnen sind betriebliche Regelungen zu folgenden Themen in Arbeit: „Abziehen von Arbeitnehmern zum Wehrdienst, zum Zivilschutz und im öffentlichen Interesse auch zu anderen Arbeitgebern; planwirtschaftliche Steuerung entlang der gesamten Wertschöpfungskette“ (sprich: Rüstungsgüter haben Vorzug vor anderen Gütern), „Enteignung oder zumindest Nutzung von Gegenständen aller Art und Grundstücken; nachrangige Behandlung bei Post- und Telekommunikationsdienstleistungen (sprich: Transport von Rüstungsgütern und militärische Kommunikation geht vor); (sowie) „Inanspruchnahme von Leistungen im Güter- und Personenverkehr“. Ferner: „Ist im Spannungs- bzw. Verteidigungsfall die Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Lebensmitteln in wesentlichen Teilen des Bundesgebietes ernsthaft gefährdet, steht die Ausgabe von „Lebensmittelmarken“ an. In der anwachsenden Rüstungsproduktion lassen sich erste Wirkungen des OPLAN DEU bereits beobachten: Mit Datum vom 20.12.2024 meldete das Beschaffungssamt, daß in 2024 insgesamt 97 Projekte dem Parlament zur Bewilligung vorgelegt wurden - so viel wie in keinem Jahr zuvor. Die

Marine erhielt zwei neue Fregatten der Klasse 126 (insgesamt sechs Schiffe), vier weitere U-Boote U212CD, das Heer wurde mit 105 Kampfpanzern Leopard 2 A8, die Raketenartillerie mit dem Waffensystem PULS bedacht, die Luftwaffe erhielt neue Radargeräte des Typs „Patriot Phased Array Tracking“ sowie Lenkflugkörper. Rasch vor der Bundestags-Sommerpause wurde am 7. Juli noch das Beschaffungsbeschleunigungsgesetz (BwBBG) verabschiedet, mit dem Vergabeprozesse für die Militärausrüstung erleichtert werden. Parallel passte man das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) an: Rüstungsprojekte können jetzt als Paket genehmigt werden, gerichtliche Verfah-



Sitzung des Ausschusses für Inneres und Heimat (2021)

ren werden beschleunigt, für europäische Beschaffungen wird die Kooperation gefördert. Auch die Militarisierung auf dem Krankenhausesektor schreitet voran. Gesundheitsminister Karl Lauterbach forderte in einem Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung am 2.3.24: „Wir brauchen klare Zuständigkeiten – etwa für die Verteilung einer hohen Zahl an Verletzten auf die Kliniken in Deutschland“. KMA, der Verbund der Klinikmanager, stieß ins gleiche Horn: „Das System zur Versorgung im Bündnisfall sollte weiter ausgebaut werden. Um sich für das Szenario zu wappnen, sind starke und etablierte Kooperationen nötig“. Das Ärzteblatt titelte am 15.3.24 mit: „Das Gesundheitswesen muß sich besser auf Krieg, Terror und Katastrophen vorbereiten“. Der „Hauptstadtkongress Medizin & Gesundheit 2024“ am 28.6.24 beschäftigte sich neben der Nutzung ziviler Krankenhäuser durch das Militär mit MANV-Szenarien (Massenanfall von Verletzten oder Erkrankten). Generaloberstabsarzt Ulrich Baumgärtner, Inspekteur des Sanitätsdienstes der Bundeswehr, forderte dazu passend ein „Gesundheitssicherstellungsgesetz, das die Zuständigkeiten „im Kriegsfall oder sogenannten Großschadenslagen, also (den) Massenanfällen von Verletzten“ regelt. Mit dieser Zielsetzung müsse auch das Medizinstudium umorientiert werden. Generell sei wichtig, „daß die zivilen Krankenhäuser in Deutschland wissen, daß sie im Verteidigungsfall auch dran sind, nicht nur als mögliche Ziele, sondern auch zur Versorgung ziviler und militärischer Opfer“, ergänzte Timo Ullrichs, Studiengangsleiter für

internationale Not- und Katastrophenhilfe an der Berliner Akkon-Hochschule.

Im Schulwesen haben die meisten noch die Forderung der Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) im Ohr, Schulen sollten vermehrt Jugendoffiziere der Bundeswehr einladen, damit schon den Kindern Krieg und deutsche Sicherheitspolitik erläutert werde. In Zukunft bereiten Lehrer die Kinder auch praktisch auf den Kriegsfall vor. Zivilschutzübungen sollen bei den Kleinen ein „unverkrampftes Verhältnis zur Bundeswehr“ erzeugen. Parteiübergreifend hatte auch der Kanzler in spe, CDU-Chef Friedrich Merz, sich dafür stark gemacht, der Bundeswehr „ungehinderten Zugang“ zu den Schulen zu verschaffen. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) schließlich macht bereits Ernst: Im Juli 2024 hat Bayern das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ verabschiedet. Pflichtprogramm: „Die Hochschulen sollen mit Einrichtungen der Bundeswehr zusammenarbeiten. Sie haben mit ihnen zusammenzuarbeiten, wenn und soweit das Staatsministerium auf Antrag der Bundeswehr feststellt, daß dies im Interesse der nationalen Sicherheit erforderlich ist“. Laut dem „Jahresbericht der Jugendoffizierinnen und Jugendoffiziere 2023“ fanden 5499 Veranstaltungen der Bundeswehr an Schulen statt, die fast 122 000 Schulpflichtige anhören mußten. Die Bundeswehr verfügt aktuell über 94 hauptamtliche Jugendoffiziere, 2023 rekrutierte die Bundeswehr fast 2000 17-Jährige für den Dienst an der Waffe, das sind 10,6 Prozent aller Neurekrutierten. Am 6.11.24 unterschrieb der Minister für Kriegsertüchtigung Boris Pistorius eine Vereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit, wonach Arbeitslosen künftig ein militärischer Beruf anzubieten sei. Drei Wochen später kündigte Pistorius die neue Wehrpflicht an, die er im Juni als „Modernisierung der Wehrerfassung“ angekündigt hatte – schließlich „fehlen“ der Bundeswehr aktuell „mindestens 20 000“ junge Menschen. Eine Studie des ifo-Instituts schätzte jüngst, daß die Wiedereinführung der Wehrpflicht etwa 70 Milliarden Euro jährlich verschlingen wird. In einer Stellungnahme der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) heißt es dazu: „Die Herrschenden behaupten, wir bräuchten die Wehrpflicht, um unser Land vor Aggressoren von außen verteidigen zu können. Fakt ist allerdings, daß sich die NATO trotz anderslautender Absprachen seit 30 Jahren immer weiter in den Osten ausdehnt, bis an die russische Grenze mit neuen Mitgliedsstaaten, Militärbasen und Manövern. Amerikanische Atomwaffen sind mittlerweile in ganz Europa stationiert. (...) Es geht auch deutschen Politikern nicht darum, den Krieg in der Ukraine schnellstmöglich zu beenden, sondern darum, den Konkurrenten Rußland zu ruinieren. Das hat ebenso wenig mit Frieden und Verteidigung zu tun, wie wenn deutsche und NATO-Kriegsschiffe vor Chinas Küsten patrouillieren.“

Dr. Ralf Hohmann

Die Welt braucht dringend einen „Abschied von den Waffen“

International hätte das Jahr 2024 nicht schlimmer sein können: Völkermord Israels an der palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen; Krieg in der Ukraine, angeheizt durch die NATO und vor allem durch die USA, die jeden Dialog zwischen Kiew und Moskau abgebrochen und die Ukraine mit Rüstungsgütern aller Art – einschließlich Langstreckenraketen – vollgestopft und in ein Laboratorium für den Westen verwandelt haben, in dem die durch die Zusammenstöße verursachten Todesfälle in die Zehntausende gehen.

Das Ziel ist bekanntlich, Rußland militärisch einzukreisen, um es dann anzugreifen, zu erpressen und weitere Wirtschafts-, Finanz- und Handelssanktionen zu verhängen.

Eine ähnliche Strategie wird verfolgt, um die zionistische Regierung Israels militärisch und finanziell als Schutzwall gegen die Islamische Republik Iran aufrechtzuerhalten, wie die jüngsten Ereignisse in Syrien zeigen.

Das Veto der Vereinigten Staaten in der UNO, um zu verhindern, daß Israel wegen Völkermordes bestraft wird, ist einfach beschämend und der unwiderlegbarste Beweis für ihre Mitschuld an der Ausrottung von mehr als 45 000 Palästinensern, von denen fast die Hälfte Kinder sind, nicht mitgezählt die, die unter den Trümmern verschwunden sind.

Sicherlich ist das Wort Konflikt zu eng gefasst, um sich auf die laufenden kriegesischen Auseinandersetzungen zu beziehen. Der israelische Völkermord ist kein Konflikt, sondern eine Kriegsphilosophie der Regierung von Benjamin Netanjahu gegen eine Bevölkerung, der das Recht auf Leben, auf Land und auf die Bildung eines freien und unabhängigen Staates verweigert wird. Zusätzlich zu den Toten und Verwundeten wurden 80 % der Infrastruktur des Gazastreifens durch Bomben und Raketen zerstört, was nur mit der zerstörerischen Wirkung der Atombomben vergleichbar ist, die die Vereinigten Staaten 1945 auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki abgeworfen haben. Doch Israel begnügt sich nicht mit dem Massaker in Gaza, sondern hat auch groß angelegte Militäraktionen gegen den Libanon und seine Hauptstadt Beirut sowie gegen Syrien unternommen, insbesondere nach der Aufgabe der Macht durch Bashar al-Assad, indem es den gesamten Streifen der Golanhöhen besetzte und die Militäreinrichtungen dieses Landes ohne jeglichen Widerstand bombardierte.

Und, so unglaublich es auch erscheinen mag, das Gremium, das geschaffen wurde, um den Frieden in der Welt zu garantieren, die UNO, hat nichts unternommen, da sie eine Geisel der Politik der US-Regierung ist, die die Hauptverantwortung für das Geschehen in der Welt trägt. Der Kampf der NATO gegen Rußland wird auch von der US-Regierung angeführt, die zahllose Sanktionen gegen Moskau verhängt hat, denen sich die Staats- und Regierungschefs der Länder des Alten Kontinents angeschlossen haben, für die dies ein echter „Schuß vor den Bug“ war,

denn die Kosten für diese Politik zahlen die Bürger nun zum Beispiel durch eine teurere Strom- und Gasversorgung, indem sie den russischen Brennstoffmarkt boykottieren, so wie sie es mit dem Getreidemarkt gemacht haben, der viel wettbewerbsfähiger, sicherer und mit erschwinglichen Preisen ist.

So gesehen, ist das, was die Welt erlebt, eine Diktatur der US-Politik. Erinnern wir uns daran, daß, wenn es eine Sache gibt, die Washington antreibt, es Kriege weit weg von seinen Grenzen sind, was dasselbe ist wie der Verkauf von Waffen aller Art, um einen militärisch-industriellen Komplex zu bereichern, der die Hauptstütze der nationalen Wirtschaft ist. Mehrere Länder haben auch ein Jahr 2024 erlebt, das von innerethnischen, Stammes- und anderen Kriegen geprägt war, die oft zu Staatsstreich führten. Dies war in den afrikanischen Ländern der Fall, die letztlich die Folge chronischer Probleme wie Armut, ungesunde Lebensbedingungen und Hunger sind, das unglückliche Erbe jahrhundertelanger Kolonialisierung und groß angelegter Raubzüge. Bewaffnete Banden, militärische Gruppierungen und Korruption haben in vielen der verarmten Länder Afrikas zur Ausbreitung von Kämpfen und Militärputschen beigetragen. In Ländern wie dem Sudan, der Zentralafrikanischen Republik, dem Jemen, Birma, der Demokratischen Republik Kongo und anderen wurden bewaffnete Auseinandersetzungen, die die Grundlage für Destabilisierung, Massensterben und die Zerstörung des nationalen Erbes bilden, nicht unterbunden.

Die chaotische Situation in Haiti, das von dem blutigen Imperium bewaffneter Banden beherrscht wird, die einen Teil der Hauptstadt Port-au-Prince kontrollieren, ist ebenfalls sehr ernst. Die Wiederverwendung von Gewalt und das Fehlen von Kontrollmechanismen und Autorität sind das A und O dieses Landes.

Es hat auch Friedensabkommen gegeben, die ihre Ziele nicht erreicht haben, wie in Kolumbien zwischen der Regierung und der Guerilla, die aufgrund von Ungereimtheiten und politischen Tendenzen, denen mehr Bedeutung beigemessen wurde als der Beendigung des Krieges selbst, ständig verletzt wurden.

Hinzu kommen, nicht nur in Bezug auf den Krieg, andere unlösbare Krisen im Jahr 2024, wie der Klimawandel, die immer vielfältigeren und massiveren Migrationen und die wachsenden Ungleichheiten zwischen der reichen und der armen Welt, wobei letztere unter zunehmendem Hunger und Elend sowie Krankheiten und Lebensbedingungen des Mangels leidet und geringem oder fehlendem Zugang zu Bildung und anderen sozialen Leistungen ausgesetzt ist. Kurzum, die Welt braucht im neuen Jahr dringend ein „Lebewohl zu den Waffen“ und ein Willkommen zum Dialog, zum Frieden. Unser Planet wäre ein anderer Ort, wenn alle Ressourcen, die heute in Kriegen eingesetzt werden, der ganzheitlichen und nachhaltigen Entwicklung der Völker zugute kämen.

Elson Concepción Pérez
Redaktionell gekürzt

Quelle: internet@granma.cu, 2.1.2025



Frieden mit Rußland

Konferenz des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e.V.

am **24. März 2025** im Bürgerhaus Neuenhagen

Hauptstraße 2, 15366 Neuenhagen bei Berlin

Beginn: 16:00 Uhr / Einlaß ab 15:30 Uhr



Es sprechen:

Dr. Matthias Werner, Präsident des OKV e.V.

Prof. Theodore A. Postol, (USA), Physiker, Experte zum Thema Raketenabwehr, prominenter Kritiker der US-Militärpolitik,

Willy Wimmer (BRD), Jurist und CDU-Politiker, u.a. Vizepräsident der OSZE bis 2000,

Scott Ritter (USA), Offizier a.D., Kritiker der US-Militärpolitik, im Juni 2024 von US-Behörden Pass eingezogen und Reise zum Internationalen Wirtschaftsforum in Petersburg verhindert

Rainer Rupp (BRD), Autor

Unkostenbeitrag: 10,00 € pro Person. Dauer der Veranstaltung ca. 2,5 Stunden

Verbindliche Anmeldung und Bezahlung: in der GS von ISOR bzw. GRH oder überweisen Sie 10,00 € pro Person auf das Konto des OKV bei der Berliner Volksbank: IBAN: DE 33 1009 0000 2950 0940 04 / Betreff: FRIEDENSKONFERENZ / Ihr(e) Name(n)

Anmeldeschluß: 14.03.2025

Ihre per online-Überweisung erworbene Eintrittskarte mit nummeriertem Platz erhalten Sie am Veranstaltungstag am Einlaß.

Restkarten können, sofern verfügbar, an der Tageskasse erworben werden.

Zielscheibe BRD

Erich Vad hat ein Buch über deutsche Sicherheitspolitik geschrieben

General a. D. Erich Vad beginnt auf den ersten 20 Seiten sein im Oktober 2024 abgeschlossenes Buch „Ernstfall für Deutschland. Ein Handbuch gegen den Krieg“ in militärisch nüchterner Sprache, also nichts beschönigend, mit der Schilderung eines möglichen Krieges im August 2025 zwischen Rußland und dem Westen auf dem Schlachtfeld BRD.

Dem Szenario liegt folgende Annahme zugrunde:

„Nach erheblichem Druck durch etliche Medien und massivem Drängen von NATO-Bündnispartnern, insbesondere den USA und Großbritannien, lieferte die Bundesregierung 2025 doch das viel beschworene und heftig diskutierte Taurus-Waffensystem an die Ukraine.“ Gedacht gewesen sei, damit den Ukraine-Krieg entscheidend zugunsten Kiews zu entscheiden. Die Ukraine habe den Taurus genutzt, um die Brücke von Kertsch von der Krim aufs russische Festland zu zerstören. Außerdem zerlegte sie das russische Verteidigungsministerium in Moskau und den Kreml. Putin habe daraufhin die Fehmarnsundbrücke zerstört, dann die Produktionsstätte des Taurus im bayerischen Schrobenhausen und schließlich das Bundeskanzleramt in Berlin. Die USA schickten Cruise Missile von deutschem Boden aus nach Rußland, zur Vergeltung wurden die beiden US-Hauptquartiere (für Europa und für Afrika) sowie die anderen etwa 40 US-Militäreinrichtungen in der BRD durch russische Raketen vernichtet. Zehntausende Zivilisten wurden in kurzer Zeit getötet, da „Deutschland auf den Einbau von Wärmepumpen gesetzt“ hatte, „nicht jedoch auf den Bau von Schutzräumen“. Hunderttausende waren auf der Flucht, Männer und Frauen wurden „auf unbeschränkte Dauer zwangsrekrutiert“, die Bundesregierung flüchtete an die Ostküste der USA und rief von dort die deutsche Zivilbevölkerung auf, „sich für die Freiheit stark zu machen“.

Vad meint, das Geschilderte sei kein „Hirngespinnst, kein Horrorszenario“: „Nein, so würde es mit hoher Wahrscheinlichkeit aussehen, falls der Ukraine-Krieg eskalierte und unser Land in diesen Krieg hineinrutschte.“

Der Autor ist Fachmann, sein Durchspielen einer möglichen Entwicklung liest sich plausibel, vor allem aber trifft seine Grundannahme zu: Sollte nach dem 23. Februar in Berlin eine Regierung etwa unter Führung von CDU-Chef Friedrich Merz gebildet werden, die den Taurus nach Kiew liefert, dann könnte das so geschehen. Und Vad wußte vermutlich zum Zeitpunkt, als er sein Manuskript beim Verlag ablieferte, noch nichts vom russischen „Oreschnik“-Kampfsystem, das ähnliche Schäden wie eine Atombombe hinterläßt – nur ohne radioaktive Strahlung. Vad schreibt, er habe „große Angst um Deutschland“, aber sein Eid als Soldat verpflichtete ihn, „kritisch und laut zu sein, wenn ich unser Land in Gefahr sehe“. Auf den restlichen 60 Seiten des Buches sucht er nach einer Erklärung, wo die Ursachen dieser existenziellen Gefahr zu suchen sind.

Dreh- und Angelpunkt ist für ihn dabei das Verhältnis der BRD zu den USA. Im Kalten Krieg habe „die damalige westdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik darauf“ geachtet, „daß die Sicherheit Europas untrennbar mit der Sicherheit Nordamerikas, sprich: den USA, verbunden war.“ Jede Form der „Singularisierung und Europäisierung unserer Sicherheit“, wie sie gegenwärtig im Ukraine-Krieg und mit der Aufstellung neuer US-Mittelstreckenraketen betrieben werde, habe Westdeutschland im NATO-Bündnis nicht mitgetragen. Vad faßt zusammen: „Wir haben uns geweigert, als einzige die Zielscheibe auf dem Rücken zu tragen.“

Die Bindung an die USA sei damals nicht



wie heute einer „Untertanenmentalität“ geschuldet gewesen, „sondern entsprach unserer damaligen nationalen, westdeutschen Interessenlage“. Konrad Adenauer und seine Nachfolge wären nie auf die Idee gekommen, „Stellvertreterkriege zu alimentieren, die nur den Interessen der USA dienen, wie es die deutsche Politik zuletzt hingegen getan hat“. Genauso wenig hätten Adenauer und seine Nachfolger „die NATO plötzlich weltweit in Frontstellung zu Ländern gebracht, mit denen Deutschland, zum Beispiel mit China, seinen Wohlstand erwirtschaftet“. Im Kalten Krieg sei die NATO nicht zweckentfremdet worden, um die Interessen einzelner Bündnismitglieder durchzusetzen, sie sei „einzig und allein als Verteidigungsbündnis“ aufgetreten, als das sie gegründet worden sei.

Solche Passagen lassen sich mit viel Recht bestreiten und widerlegen, aber Vad hat kein Geschichtswerk geschrieben, sondern ein Buch gegen den deutschen Verzicht auf diplomatische und auf Friedensinitiativen und damit auf nationale Interessen. Seine Kernthese lautet: Damals hätten US- und westdeutsche Interessen weitgehend übereingestimmt, heute gebe es diese Übereinstimmung nicht mehr. Das Verhältnis zu den USA „garantiert uns nicht mehr ausschließlich Sicherheit, sondern bringt ein zunehmendes Risiko mit sich“. Seine Argumentation wird dabei widersprüchlich. Denn aus Vads Sicht wäre die BRD noch immer

ohne die militärische Hilfe der USA „hilf- und schutzlos“. Noch bräuchten die USA „uns – oder zumindest die osteuropäischen Staaten – als Bollwerk gegen Rußland und China“. Wobei zu fragen wäre, welches Interesse beide Länder an Krieg haben sollten – solange die NATO sie nicht an ihren Grenzen bedroht.

Vad wendet sich so einerseits gegen die von den USA gewollte Abkopplung und Entflechtung der BRD von Rußland und China, auf der anderen Seite tritt er für die Stärkung der Bundeswehr und die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein. Das ist nicht stimmig, kennzeichnet aber ein objektives Problem: Die BRD hat sich im Verhältnis zu Rußland, China und dem Globalen Süden völlig den USA unterworfen, obwohl sie durchaus kein einfacher Vasall der Führungsmacht ist. Die deutschen nationalen Interessen, also auch die des deutschen Kapitals, mit Frieden zu identifizieren, ist ein tragfähiger Gedanke: Wäre da nicht der deutsche Imperialismus, der wieder Anspruch auf „Führung“ erhebt. Vad behauptet nicht den völligen Verlust deutscher Souveränität. Das ist Kern der Demagogie des Neofaschismus. Für ihn steht der Hauptfeind selbstverständlich nicht im eigenen Land, gegen deutsche Kriege hat er nichts. Vad aber will keinen Krieg, sondern Frieden. Er greift die deutsche Regierung an, weil jede Initiative dafür gegenwärtig fehlt. Vad ist dabei nicht konsequent, wenn er gleichzeitig für eine stärkere Armee eintritt – seine Katastrophenschilderung besagt schließlich: Der Krieg kann wieder einmal aus Berlin kommen – aber das erscheint zweitrangig gegen sein Hauptargument: Wer sich bedingungslos den USA anschließt und in der BRD deren Raketen neu stationiert, macht sich zur Zielscheibe eines möglichen russischen Atomschlages. Vad tritt daher für Abschreckung ohne Eskalation mit gleichzeitiger Verständigung ein, wobei ihm das Vorgehen Helmut Schmidts in den 80er Jahren als Modell dient. Er kommt zu dem Schluß: „Die Lösung kann nur sein, sich von den USA abzunabeln.“ Es dürfe nicht sein, daß die Beziehung zu den USA gute Beziehungen zu Rußland, China und den BRICS-Staaten unmöglich mache. Er nennt das „strategische Autonomie“. Es werde darauf ankommen, „einen möglichst friedlichen Abstieg der USA aus ihrer weltweiten Vormachtstellung ... zu managen“. Das Dominanzstreben und das Anspruchsdenken der USA wirkten „inzwischen wie aus der Zeit gefallen – und sie gefährden die Etablierung einer neuen Friedensordnung“. Vads Buch ist das eines ernsthaften und sehr berechtigt um den Frieden fürchtenden Militärs. Er weiß im Gegensatz zum regierenden Personal, was Krieg bedeutet: In ihm ist – mit Clausewitz – „nur eines verlässlich: Es wird schlimmer kommen, als wir es uns ausmalen können“.

Arnold Schölzel

Erich Vad: Ernstfall für Deutschland. Ein Handbuch gegen den Krieg. Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2024, 81 Seiten, 15 Euro

Schnell abgenickt: Regierung beglückte Rüstungsindustrie mit milliardenschwerem „Weihnachtsgeschenk“

Während immer mehr deutsche Bürger sparen müssen, winkte die Reste-Ampel mit Unterstützung aller großen Fraktionen kurz vor Weihnachten neue Rüstungsprojekte im zweistelligen Milliardenbereich durch.

In der letzten Sitzungswoche 2024 mußte es ganz schnell gehen: Die Ausschüsse für Verteidigung und Haushalt winkten Dutzende große Rüstungsprojekte mit zweistelligem Milliardenvolumen durch. Der Reste-Ampel war das vor ihrem bevorstehenden Abtritt offenbar besonders wichtig. Die Tagesordnung des geheim tagenden Verteidigungsausschusses fiel ungewöhnlich lang aus. Besprochen wurden zunächst unter anderem Bundeswehreinsätze in aller Welt, Regierungsberichte zu Israel, Syrien, angeblich „strategische Bedrohungen“ von NATO-Staaten und zur „Abgabe sensitiven militärischen Materials“ an die Ukraine. In einem Großteil der Sitzung ging es dann – zur Freude beauftragter Waffenschmied – um die Beschaffung von neuem Kriegsgerät. Besonderer Knackpunkt dabei ist, daß sich ein wachsender Teil der Rüstungsgeschäfte nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch jeglichen demokratischen Entscheidungsprozessen entzieht. So ging es im Tagesordnungspunkt 12 um 40 „BMF-Vorlagen“. Das sind Papiere des Bundesfinanzministeriums,

hinter denen sich in fast allen Fällen sogenannte 25 Millionen-Euro-Vorlagen versteckten. Das bedeutet: Alle Rüstungsprojekte, die einzeln ein Volumen unterhalb dieser Summe haben, kann die Regierung einfach durchwinken, nur Beschaffungsvorhaben von einem höheren Gesamtwert müssen zuvor in den Ausschüssen für Verteidigung und Haushalt überhaupt debattiert und beschlossen werden. In Rüstungsfragen ist das parlamentarische Prozedere inzwischen ein bloßes Ritual. Der Haushaltsausschuß genehmigte 38 weitere große Rüstungsprojekte – ihr Volumen: mehr als 20 Milliarden Euro. Nicht inbegriffen sind die zahlreichen kleineren Projekte, die im einzelnen mit weniger als 25 Millionen Euro veranschlagt sind. Für die beauftragten Rüstungskonzerne geht es dabei unter anderem um die Beschaffung von U-Booten, Patriot-Lenkflugkörpern, Eurofightern, Puma-Schützenpanzern, IT-Systemen für elektronischen Kampf und Weltraumüberwachung, aber auch diverse Waffensysteme und Handgranaten. Der wohl größte abgenickte Posten sind vier U-Boote vom Typ U 212 CDU, welche die Regierung für knapp fünf Milliarden Euro bei Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) in Auftrag gibt. Überdies will auch der NATO-Staat Norwegen zwei Exemplare davon beschaffen – ein lukratives Geschäft für den Konzern. Um das alles

zu finanzieren, warb Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) bereits für die Bereitstellung eines weiteren 100-Milliarden-Sondervermögens für die Bundeswehr. Denn das ebenso hohe Volumen des ersten Pakets, beschlossen 2022, ist bereits verplant.

Der Aufrüstungs-marathon so kurz vor Weihnachten war nur ein vorläufiger Endspurt und die sogenannte Spitze des Eisbergs. Bereits in der Sitzungswoche vor der Sommerpause Anfang Juli 2024 hatten die Ausschüsse diverse Milliarden-Projekte durchgewunken, vieles davon für das Panzerbataillon der neuen Bundeswehrbrigade in Litauen. Auch drei Anträge der AfD zur Stärkung der Rüstungsexportindustrie und der Wehrfähigkeit Deutschlands werden noch in den Ausschüssen beraten. Die Partei fordert darin neben bedeutsamer Aufrüstung und verstärkter militärischer Rekrutierung, sämtliche Exportbeschränkungen für die Lieferung von sogenannten Dual-Use-Gütern aufzuheben, also von Produkten, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Die deutsche Genehmigungspraxis dürfe nicht länger von der Politik in Partnerländern, insbesondere den USA, abweichen, heißt es.

Susan Bonath

Redaktionell gekürzt

Quelle: WELTEXPRESS, 25.12.2024

Kanzler der Reichen?

Warum Friedrich Merz die Mittelschicht täuscht

Friedrich Merz steht für „Leitkultur“ und Wirtschaftslobby. Er ist sich politisch treu geblieben, weil er nicht dazulernnt. Macht ihn das kanzler-tauglich?

Die bisherige Laufbahn des gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien, Friedrich Merz, ist geprägt von seiner nationalkonservativen Grundhaltung, die sich mit einer Glorifizierung der Marktmechanismen, des ökonomischen Leistungsgedankens und der Standortkonkurrenz zu einer neoliberalen Melange verbindet.

Diese qualifiziert Merz aus Sicht des Leitungspersonals der Privatwirtschaft für das wichtigste Staatsamt. Durch seine Aufsichtsrats-tätigkeit für BlackRock, das weltweit größte Finanzkonglomerat, hat er sich in Führungszirkeln deutscher Konzerne, Banken und Versicherungen den Ruf erworben, gut vernetzt und ein zuverlässiger Repräsentant des eigenen Wirtschaftsstandorts zu sein.

Leitkultur und Nationalstolz als Richtschnur

Typisch für seinen Nationalkonservatismus war, daß Merz im Oktober 2000 als Vorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag auf einer Pressekonferenz die Ausländerpolitik zum

Thema machte und das vom damaligen Berliner Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) als Gegenentwurf zum Multikulturalismus entwickelte Postulat aufgriff, Zuwanderer müßten sich der „deutschen Leitkultur“ unterwerfen. Die Kölner Politikwissenschaftlerin Gudrun Hentges gelangte in einer Untersuchung der sich anschließenden Leitkultur-Diskussion zu dem Ergebnis, daß diese Position untrennbar mit nationalistischen und rassistischen Ideologien verknüpft war:

Die von Merz erhobene Forderung, Ausländer hätten sich einer deutschen Leitkultur anzupassen, rechtfertigte nicht nur bereits existierende rassistische Einstellungen und Meinungen, sondern beförderte sie auch.

Wenig später ging es um die „nationale Identität“ und die Salonfähigkeit einer Spielart des Kulturrassismus. In diesem Zusammenhang wurden Vertreter etablierter demokratischer Parteien wie Friedrich Merz zu Kronzeugen rechtspopulistischer und rechtsextremer Publikationsorgane. „Leitkultur“ fungierte dabei als neokonservativer Kampfbegriff, der ethnische Minderheiten in Deutschland zur Akzeptanz der normativen, sprachlichen und religiösen Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft zwang. Abgelöst wurde die „Leitkultur“-Debatte von der „Nationalstolz“-Diskussion. Auf dem

Höhepunkt teilweise pogromartiger, rassistisch motivierter Übergriffe wie in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen ordnete man die Parole „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ meist rechten Skins zu. Der damalige CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer bekannte allerdings später im Focus (v. 30.10.2000), auch er sei stolz, ein Deutscher zu sein.

Daß beliebte Themenfelder der extremen Rechten – Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewußtsein – um die Jahrtausendwende zu Kernthemen der politischen Mitte avancierten, die in den Massenmedien breit erörtert wurden, hat den Aufschwung ultrarechter Kräfte, in deren Tradition heute die AfD steht, stark beschleunigt, wenn nicht überhaupt ermöglicht.

Nunmehr galt jemand, der „Multikulti“ für gescheitert erklärte, vor einer „kulturellen Überfremdung“ des Landes warnte, seinen Stolz auf Deutschland hervorhob oder im Demografie-Diskurs das „Aussterben“ des eigenen Volkes beschwor, nicht mehr als hinterwäldlerisch oder rückwärtsgerichtet, sondern als hochmodern. Mittlerweile hatte eine „Politikwende“ stattgefunden, wie sie die Union im laufenden Bundestagswahlkampf propagiert.

Christoph Butterwegge

Quelle: TELEPOLIS, 13.1.2025



VOM WERT UND UNWERT

Erst giftige Worte,
Dann stickige Luft.
Arsen in der Torte.
Der Russe als Schuff?

Auf Munkeln im Dunkeln,
Mit Klartext und Lärm,
Folgt rheinländisch Schunkeln.
Mit Blei im Gedärm.

Einst Deutschland als Meister,
Was Krieg angeht.
Das Blutfass mit Kleister
Noch da, falls verlangt.

Ein Hauch DDR steckt
Noch östlich im Land,
Noch immer verdeckt
Wie Wasser im Sand?

Was dem Osten verblieb,
War ansehensreich.
Der Schatz hängt im Sieb,
Sein Wert heißt Vergleich.

Lutz Jahoda
23.12.2024

Anmerkungen zum Putin-Interview mit Dmitri Kiselev

Der russische Journalist Dmitri Kiselev führte am 24.3.2024 mit Präsident Wladimir Putin ein vielbeachtetes Interview, das Dr. Andreas Mylaeus für die Internet-Plattform Seniors.org übersetzte. Zu diesem Gespräch äußerte sich Dr. Mylaeus in einem eigenen Kommentar, den die Plattform aus Gründen der Bedeutsamkeit des Putin-Interviews zum Jahreswechsel in Erinnerung brachte.

Auszug:

Dmitri Kiselev sagt, Rußland stehe derzeit am Scheideweg. Wladimir Putin widerspricht ihm:

„Rußland befindet sich nicht am Scheideweg. Es befindet sich auf dem strategischen Weg seiner Entwicklung und wird von diesem Weg nicht abweichen.“

Kiselev spricht dann von „einer neuen Qualität der russischen Gesellschaft“, die sich „herausgebildet“ habe. Putin widerspricht erneut:

„Sie [die neue Qualität] war schon da, sie hat sich nur manifestiert. Und es ist sehr gut, daß wir dieser tiefgründigen russischen Gesellschaft die Möglichkeit gegeben haben, sich zu äußern. Ich habe das Gefühl, daß die Menschen schon lange darauf gewartet haben, daß ein durchschnittlicher Mensch vom Land und vom Staat gefragt wird und daß das Schicksal des Landes von ihm abhängt. Es ist dieses Gefühl der inneren Verbundenheit mit dem Mutterland, mit dem Vaterland, der eigenen Wichtigkeit bei der Lösung von Schlüsselaufgaben, in diesem Fall im Bereich der Sicherheit, das die Stärke des russischen und anderer Völker Rußlands an die Oberfläche gebracht hat.“

Kiselev spricht dann weiter davon, Wladimir Putin spiele diesbezüglich nicht nur

in Rußland, sondern auch in der Welt eine Schlüsselrolle, „denn Milliarden von Menschen verbinden mit Ihnen die Hoffnung auf internationale Gerechtigkeit, auf die Verteidigung der Menschenwürde, auf den Schutz der traditionellen Werte“.

Putin führt dieses „Phänomen“, daß viele Menschen in der Welt auf uns [Rußland] schauen, „auf das, was in unserem Land und in unserem Kampf für unsere Interessen geschieht“ nicht darauf zurück, daß Rußland formell Mitglied der BRICS ist oder weil Rußland eine Art traditioneller Beziehungen zu Afrika hat. Das sei auch wichtig, aber der Punkt ist seiner Meinung nach ein ganz anderer:

„Es geht darum, daß diese sogenannte ‚goldene Milliarde‘ seit Jahrhunderten, seit 500 Jahren, praktisch die anderen Völkern parasitiert hat. Sie haben die unglücklichen Völker Afrikas zerrissen, sie haben Lateinamerika ausgebeutet, sie haben die Länder Asiens ausgebeutet, und das hat natürlich niemand vergessen. Ich habe das Gefühl, daß es nicht einmal die Führung dieser Länder ist, obwohl das sehr wichtig ist, sondern die einfachen Bürger dieser Länder spüren in ihren Herzen, was geschieht. Sie verbinden unseren Kampf für unsere Unabhängigkeit und wahre Souveränität mit ihrem Streben nach ihrer eigenen Souveränität und unabhängigen Entwicklung.“

Kiselev fragt Putin dann, warum es „der westlichen Propaganda mit all ihrer Macht, ihren kolossalen Mitteln und Werkzeugen nicht gelungen ist, Rußland zu verbannen, zu isolieren und ein falsches Bild von ihm zu zeichnen, obwohl sie sich in den Köpfen von Milliarden von Menschen darum bemüht hat? Wie konnte das geschehen?“ Putin antwortet:

„Weil das, was ich gerade gesagt habe, für die Menschen wichtiger ist. Die Menschen auf der ganzen Welt spüren es in ihren Herzen. Sie brauchen nicht einmal pragmatische Erklärungen für das, was geschieht.“

Hier zeigt sich ein Menschenbild, das sich grundlegend von dem unterscheidet, was in der westlichen liberalistischen Unkultur grassiert: Dem Menschen ist nicht zu trauen, wenn man ihm seinen Willen lässt, läuft er jedem dahergelaufenen Populisten nach – der Mensch muß zu seinem eigenen Glück gezwungen werden (wobei es bei dem angeblichen „eigenen“ Glück in Wahrheit um das Glück der Parasiten geht). Aus anthropologischer Sicht kann man die Erklärung für das Phänomen, das Putin hier anspricht, so fassen: Die Menschen spüren in ihren Herzen, daß Hoffnung aufkeimt, wenn sie ihrer Sozialnatur entsprechend behandelt werden – wenn also Verhältnisse geschaffen werden, die es erlauben, daß sich diese Sozialnatur entfalten kann. Der Begriff für eine „neue Qualität der russischen Gesellschaft“ [und das gilt aus meiner Sicht für jede Gesellschaft], die sich nach Putin nicht neu bildet, sondern – in entsprechend günstigen Verhältnissen – manifestieren kann.

Der Mensch ist von Natur aus sozial (sonst hätte diese körperlich schwache Spezies die Evolution nicht überlebt). Sein Problem ist „nur“, daß seine soziale „Natur“ durch die Erziehung in der Kultur, in der er aufwächst, verformt werden kann. So kann leider aus einem „Menschen“ unter ungünstigen Bedingungen ein „Unmensch“ werden.

Die BRICS-Länder, der Globale Süden und andere (mit all ihren unterschiedlichen, teilweise durchaus nicht nur menschenfreundlichen politischen Eliten) sind dabei, Bedingungen zu schaffen, in denen diese Sozialnatur des Menschen günstigere Verhältnisse vorfindet als bisher.

Drei Jahre Ukraine-Konflikt und viele Fragen

Auf der Grundlage von Kommentaren realistisch denkender Analysten beider Seiten sowie eigener Recherchen wird der Versuch unternommen, Antworten auf grundsätzliche und aktuelle Fragen zu finden.

Handelt es sich beim Ukraine-Konflikt tatsächlich um einen „unprovzierten und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der RF“, wie dieser vom Westen lauthals proklamiert wird?

Diese Frage hat in der Auseinandersetzung zwischen dem kollektiven Westen (die Ukraine eingeschlossen) und der Russischen Föderation (RF) eine besondere Bedeutung, da sich nicht nur die an der Macht befindlichen westlichen Politiker und Medien, sondern selbst einige Friedensorganisationen an das festgelegte Narrativ – es handle sich beim Ukraine-Konflikt um einen unprovzierten und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Rußlands gegen die freiheitlich-demokratische Ukraine – halten.

Trifft diese anklagende Aussage nicht vielmehr auf den Westen selber zu? In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß die USA bereits seit 1946 eine Vorherrschaftsstrategie, die die Schwächung und den Zusammenbruch der Sowjetunion (später auch Rußlands) beabsichtigte, verfolgte. Die „Kennan-Doktrin“ der USA war nicht nur die Blaupause für die 46 Nachkriegskonflikte und Kriege, sondern sie scheint es auch für den Ukraine-Konflikt zu sein.

Diese heute unter der Bezeichnung „Neokonservative“ handelnden Kräfte lassen einfach ihre den Konflikt auslösenden provokativen Handlungen wegfallen und klagen nur die Aktivitäten Rußlands, die ja eine Reaktion auf die Bedrohungen des Westens waren, an. Sie lassen nur ihre Sicht des Völkerrechts gelten und verleugnen die Festlegungen desselben für die Selbstbestimmung neuer nationaler Subjekte. So beanspruchen sie für die Ukraine das Recht auf Selbstverteidigung, lehnen ein solches aber für die um ihre Selbstständigkeit kämpfenden Donbass-Republiken ab, die durch die Ukraine massiv mit Artillerie und Raketen angegriffen wurden (nach dem von den USA orchestrierten und finanzierten Maidan-Putsch 2014 vernichteten die meist neonazistischen ukrainischen Milizen bis Anfang 2022 ca. 14 000 zivile Bürger in der LVR und DVR, die nicht in einem nazistischen Staat leben wollten). Diese neonazistischen Einheiten der Ukraine (ASOW) führten die Weisungen ihrer neokonservativen US-Förderer der Biden-Administration aus. Dazu kommt noch, daß die USA und die NATO auf ukrainischem Territorium 2021 zwei aggressive

Großmanöver (April und November) an den Grenzen der RF mit je 120 000 Mann und viel Technik durchführten und diese auch dazu nutzten, um die ukrainische Armee nach NATO-Standard umzustrukturieren und aufzurüsten.

Damit wird klar, daß die russische Spezialoperation (SO) in der Ukraine eine Antwortreaktion der RF

- auf die Vernichtung der russischsprachigen Bevölkerung des Donbass und anderer Territorien,
- auf eine angekündigte NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und
- auf die Absage des kollektiven Westens, Rußland Sicherheitsgarantien einzuräumen, ist.



Acht Jahre lag Donezk unter Beschuß: 2015 in einem Luftschutzkeller

Was die angebliche Völkerrechtswidrigkeit der SO der RF betrifft, so haben sich die LVR und DVR bei Volksabstimmungen (das trifft auch für die Krim zu), mehrheitlich für den Beitritt in die RF ausgesprochen und Rußland um militärische Hilfe bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit von der Ukraine im Rahmen einer laut UN-Charta möglichen „Nothilfe“ gebeten. Dieser Ukraine-Konflikt, der ja ein reiner Stellvertreterkrieg der USA und auch der EU war, und dabei ist, sich zu einem NATO-Rußland-Krieg zu entwickeln, wurde hauptsächlich von den USA initiiert, provoziert und finanziert und durch diese Kräfte aus Profitabsichten und Besitzansprüche auf die ukrainischen Schwarzerde-Böden sowie die umfangreichen Rohstoffvorkommen ständig weiter eskaliert. Es waren also die USA, GB, die EU und die russophobe und neonazistische Ukraine, die durch militärische Bedrohungen des sich selbstständigenden Donbass sowie Rußlands den Ukraine-Konflikt entfachten.

Gibt es glaubwürdige Angaben zu den Resultaten des Konflikts, besonders zu den personellen und materiellen Verlustzahlen?

Bei der Beantwortung dieser Frage kommt man nicht an den Expertisen von General a. D. H. Kujat, des österreichischen Oberst

und den US-Militärexperten Scott Ritter und MacGregor sowie an dem US-Wissenschaftler Mearsheimer vorbei, die – im Gegensatz zu den offiziellen Veröffentlichungen der Politiker der Konflikt-Teilnehmer-Länder – glaubwürdigere Angaben zum Ukraine-Konflikt machen.

In einer ersten Phase befreiten die Streitkräfte der RF (RF-SK) Territorien um Kiew und Charkow, die sie später, d.h. zum Zeitpunkt der Istanbul Friedensverhandlungen Anfang April 2022 (nach einer Absprache zwischen Putin und Selenskyj, die von Letzterem in Verletzung der Vereinbarung als „großer Sieg“ ausgerufen wurde) wieder besetzen konnte. Die RF hatte zu diesem Zeitpunkt ein Territorium von ca. 20 % der Ukraine befreit und zu einer uneinnehmbaren Verteidigungslinie

ausgebaut, wie die nicht gelungene sogenannte Sommer-Offensive von Ukraine und NATO 2023 zeigte. Die Ukraine erlitt dabei sehr große personelle und andere Verluste, die anfangs noch durch brutale Einberufungen sowie aufgrund der Ausbildung und Ausrüstung der ukrainischen Soldaten in NATO-Ländern ausgeglichen werden konnten. 2024 gelang es aber nur noch, daß 170 000 z. T. widerwillige Rekruten mit schlechten gesundheitlichen Voraussetzungen für das Militär, anstatt der notwendigen 500 000, eingezogen werden konnten. Auch die immer höhere Anzahl der

versöldnerten NATO-Soldaten und die Anwerbung von Kriminellen kann derzeit den Bedarf der ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) nicht decken. Dadurch wird die Forderung Selenskyjs, daß die NATO mit eigenen Truppen direkt an den Kämpfen teilnehmen sollte, immer lauter.

Rußland hingegen kam zunächst mit einer Teilmobilmachung und mit freiwilligen Vertragssoldaten (allein 2024 mit über 500 000 gut ausgerüsteten Soldaten) aus, deren Anteil aber nach der ukrainischen Aggression im Kursker Gebiet noch bedeutend anstieg und auch ein Kontingent kampffähiger Soldaten aus der DVRK (ca. 12 000) einschloß.

Da sich die Ukraine fast ständig im Angriffsmodus befand, hatte sie zeitweilig zehn Mal größere personelle Verluste als die RF, welche in einem Modus der aktiven Verteidigung agierte. Dieses Verhältnis verringerte sich im Sommer/Herbst 2024 auf ca. 5 : 1 (MacGregor), da die RF-SK die Initiative an der ganzen Front übernahm. Die personellen Verluste der Ukraine sind auch bei der aktiven Verteidigung noch höher als die Rußlands, weil sie – häufig nur aus PR-Gründen – schlecht vorbereitete Angriffsoperationen vornimmt und nur eine große Anzahl schlecht ausgebildeter Soldaten einsetzen kann.

Die Zahlen der ukrainischen Soldaten, die in russische Gefangenschaft gehen, nehmen drastisch zu und sollen bereits (Scott Ritter Ende 2024) mehrere Hunderttausend betragen.

Auch die blitzkriegsartige Aggression im Kursker Gebiet, die das unrealistische Ziel verfolgte, eine bessere Verhandlungsposition und Austauschmasse zu haben, verschlechterte die Bilanz der Ukraine, die dort bereits über 50 000, meist erfahrene, Soldaten verloren haben soll.

Die RF soll in der Ukraine bereits über 5000 qkm (Stand 15.1.25) und im Kursker Gebiet über 60 % der okkupierten Regionen wieder befreit haben.

Entgegen den niedrigen offiziellen *Verlustzahlen von Ukraine und RF* ermittelten unabhängige Organisationen auf der Grundlage der amtlichen Bestattungszahlen und solcher von den Friedhöfen und Krankenhäusern, personelle Verlustzahlen für die Ukraine von weit über 1 Million Toten (Mearsheimer, Scott Ritter Ende 2024) und einer mehrfachen Zahl an Verwundeten sowie ca. 20 000 Zivilisten (ohne Berücksichtigung der 14 000 Toten in der LVR und DVR, Stand 31.12.24). Trumps Angaben dazu am 21.1. sind politisch gefärbt und sollen Rußland zum Deal zwingen.

Die Ukraine ist am Ausbluten. In den drei Jahren des Konflikts hat das Land von den ehemals 34 Millionen Bürgern bereits sieben Millionen Flüchtlinge an die EU und andere westliche Länder sowie acht Millionen an die RF verloren. Dadurch verringern sich die Mobilisierungsmöglichkeiten der Ukraine beträchtlich.

Neben den *Verlusten der Seiten an Militärtechnik* von insgesamt über 200 000 Stück, die für die Ukraine hauptsächlich durch die 50 Staaten des kollektiven Westens oft verzögert und unzureichend ersetzt wurden, wurden die RF-SK hauptsächlich mit modernisierten sowjetischen und neuen russischen Waffen des eigenen MIK, aber auch mit Waffen aus der DVRK (meist Munition), dem Iran und Ägypten (Drohnen und Raketen in größeren Stückzahlen) versorgt.

Dazu kommen noch die *Verluste der Ukraine an kritischer Infrastruktur*, darunter bis zu 80 % zerstörte Großbetriebe, energetische Einrichtungen, Transportsysteme u. a. Die russischen Verluste auf den vergleichbaren Gebieten fallen, trotz der Angriffe und Terrorakte mit ukrainischen und westlichen weitreichenden Waffen, bedeutend geringer aus und schränkten die verstärkt angreifenden RF-SK nicht merklich ein.

Die personellen und materiellen *Verluste der Seiten lassen den Schluß zu*, daß die Ukraine, auch mit westlicher Hilfe, über ein geringeres Potential zur Weiterführung der Kampfhandlungen verfügt, als Rußland. Diese Situation scheint sich durch die neuen politischen Entscheidungen, die sich aus dem Machtantritt Trumps ergeben werden, noch zu verschlechtern.

Ein Wort zu den Kampfformen der Seiten

Während die ukrainische Armee und die dortigen Geheimdienste neben den militärischen auch direkt zivile Ziele angreifen (z.B. den stark belebten Strand von Sewastopol an einem Feiertag), greifen die RF-SK ausschließlich militärische Ziele, aber in letzter Zeit auch solche an, die sich in zivilen Einrichtungen und Hochhäuser der Ukraine tarnen. Zivile Opfer gibt es auf beiden Seiten

durch die herabfallenden Trümmerteile der abgeschossenen Flugkörper.

Kann dieser Ukraine-Konflikt durch eine der Seiten gewonnen werden?

Die Ukraine kann auch mit westlicher Unterstützung durch Waffen- und Munitionslieferungen sowie durch die Ausbildung ukrainischer Soldaten und durch andere Hilfsmaßnahmen Rußland militärisch nicht besiegen. Zugleich steigt jedoch das Risiko, daß die weitere Eskalation zu einem militärischen Konflikt zwischen der NATO und Rußland führt, mit der realen Gefahr eines begrenzten Nuklearkrieges auf dem europäischen Kontinent. Rußland hat seinen Beitrag zur Vermeidung eines Nuklearkrieges mit der Anwendung der neuen Mittelstreckenrakete „Oreschnik“ mit der Vernichtung des militärischen Großbetriebes „Jug-Masch“ bei Dnipro geleistet, welche die Wirkung einer kleinen Atombombe, aber ohne radioaktive Strahlung hatte. Damit liegt der Ball für den Einsatz von Kernwaffen nun im Westen und bei der Ukraine.

Gegenwärtig verübt die Ukraine mit westlicher Unterstützung zunehmend Anschläge gegen die strategische Infrastruktur Rußlands, wie beispielsweise gegen den nuklearstrategischen Stützpunkt Engels bei Saratow, auf die strategischen Frühwarnsysteme oder die Kertsch-Brücke.

Doch von einem Sieg der Ukraine gegenüber Rußland ist keine Rede mehr. Es geht um eine maximale Schwächung Rußlands.

Es ist zu hoffen, daß Trump und Putin Lösungen für die Beendigung dieses menschenvernichtenden Konflikts finden.

Welche Aussichten und Ansätze für Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen gibt es?

Im Grunde ist es weitgehend Konsens, daß es früher oder später einen Waffenstillstand und Verhandlungen geben wird. In Sicht ist es aber noch nicht. Etwas Anlaß zu Hoffnung geben die Initiativen aus dem Globalen Süden. Dem steht aber noch die entscheidende, bisher ablehnende Haltung Washingtons entgegen. In den USA mehren sich jedoch mit dem Amtsantritt Trumps die Stimmen, die für einen Ausstieg und Verhandlungen plädieren und die einen langen Krieg vermeiden wollen. Diese Experten gehen davon aus, daß die Ukraine nicht mehr lange durchhalten könne, sich ihre wirtschaftliche Lage weiter drastisch verschlechtere und der Armee Waffen, Munition und Soldaten ausgehen werde. Vor allem befürchten sie, daß die längere Fortsetzung des bisherigen militärischen Engagements in der Ukraine den viel wichtigeren Kampf gegen den Hauptfeind – China – beeinträchtigt. Dennoch sind ein Waffenstillstand und Verhandlungen auf Basis des bestehenden Frontverlaufs, wie es Rußland einfordert, insbesondere für die starke Fraktion der Neokonservativen und durch die europäischen Verbündeten schwer zu akzeptieren: Rußland würde zwar nicht als Sieger anerkannt, die USA und die NATO jedoch als klare Verlierer dastehen. In Afghanistan

führten sie den Krieg noch viele Jahre weiter, obwohl bereits offensichtlich war, daß sie ihn nicht gewinnen konnten.

Die Dauer des Krieges und die von Moskau mit der Befreiung von Territorien geschaffenen Fakten machen eine politische Lösung wesentlich schwerer als zum Zeitpunkt der aussichtsreichen Friedensverhandlungen im April 2022 in Istanbul, die von der NATO torpediert wurden. Es besteht unter unabhängigen Experten Einigkeit, daß an einer neutralen Ukraine kein Weg vorbeiführt. Kiew wird auch auf die Rückgewinnung der von Rußland befreiten Gebiete verzichten müssen, was durch die Ukraine bisher abgelehnt wird. Eine völkerrechtskonforme Lösung könnte, so u.a. Henry Kissinger, unter Rückgriff auf das Selbstbestimmungsrecht erreicht werden, indem Kiew und Moskau Referenden unter UN-Aufsicht über die staatliche Zugehörigkeit zustimmen. Eine Bereitschaft Moskaus wäre jedoch nur durch Entgegenkommen der USA und der NATO in Sicherheitsfragen, wie die Nichtstationierung von NATO-Truppen an den russischen Grenzen oder von US-amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa, vorstellbar.

Die Initiativen Chinas, Brasiliens, der afrikanischen Union und anderer zielen auf einen Waffenstillstand, der Zeit für Verhandlungen schaffen soll, den aber Rußland z. Z. nicht akzeptieren will, da der Westen und die Ukraine diesen dazu nutzen könnten, die Ukraine wiederum für einen neuen Waffengang aufzurüsten. Angesichts einer über 2000 Kilometer langen Frontlinie wird ein Waffenstillstand schwer zu überwachen sein.

Der Westen sieht als Ergebnis einen eingefrorenen Konflikt, ähnlich dem auf der koreanischen Halbinsel. Auch diese Lösungsvorstellung ist für die RF nicht annehmbar, da es eine langfristige und nachhaltige Lösung nur durch einen strategischen Dialog der NATO mit Rußland über Waffenkontrollen und eine umfassende europäische Sicherheitsarchitektur geben wird. Als Vorbild verweist Rußland auf die Zwei-plus-Vier-Gespräche, die den Kalten Krieg beenden halfen.

Wollen Trump und Putin miteinander verhandeln?

Es gebe keinen Beleg dafür, so eine der letzten Aussagen Trumps, daß das politische Ziel der „russischen militärischen Spezialoperation“ die Eroberung und Besetzung der gesamten Ukraine ist und Rußland danach einen Angriff auf NATO-Staaten plant.

Putin hat sich Anfang 2025 dazu geäußert, daß er zu Verhandlungen mit Trump ohne Vorbedingungen bereit ist, aber nicht mit Selenskyj, der über keine gesetzliche Berechtigung für solche Verhandlungen verfügt.

Trump drückte unlängst seine Bereitschaft aus, sich nach seiner Inauguration an einem zu vereinbarenden Ort mit Putin zu treffen. Die überwiegende Mehrheit der Weltbevölkerung hofft darauf, daß die Vernünftigen die Unvernünftigen überstimmen und somit einen Frieden herbeiführen können.

Oberst a.D. Gerhard Giese

„Ein souveränes Land geworden“

Die jährliche große Pressekonferenz des russischen Präsidenten, die am 19.12.2024 stattfand, ist ein Mega-Ereignis. Sie ist keine Pressekonferenz im eigentlichen Sinne, sondern eine große Diskussion und Aussprache der Bevölkerung Russlands mit seiner Führung. Jeder Bürger, auch internationale Pressevertreter, konnten ihre Fragen für das Event am 19. Dezember einreichen, und, wenn sie Zugang zum Konferenzraum gefunden hatten, auch direkt stellen. Etwa 2,4 Millionen dieser Fragen hatte es gegeben. Sie waren mithilfe von KI-gestützter Software thematisch gebündelt und für die Veranstaltung handhabbar gemacht worden. Schon die große Zahl der Fragen signalisiert die hohe Bedeutung, welche diesem Ereignis von Seiten der russischen Bevölkerung und der internationalen Medien beigemessen wird. Wo bei die westliche Medienmaschine selbstredend bemüht war, das Weltübel Putin so schlecht wie möglich aussehen zu lassen.

Der wiederum erschien entspannt, selbstsicher und gut gelaunt. Wladimir Putin absolvierte die Viereinhalb-Stunden-Veranstaltung wie üblich weitgehend „freihändig“, und war mit zahllosen Statistiken bestens präpariert. Das ist bei der Größe und Vielfalt des Landes und der angerissenen außen- und innenpolitischen, ökonomischen und sozialen Themen eine weithin bewunderte Leistung. Man hat den Eindruck, je sicherer sich die russische Führung fühlt, um so mehr ist sie bereit, auch kritischen Fragen und Themen öffentlich Raum zu geben und Probleme und Mißerfolge offen zuzugeben. Das Thema der Pressekonferenz, „Die Ergebnisse des Jahres“, deutet schon an, daß es sich hierbei nicht nur um positive Ergebnisse handeln kann.

Wer die internationalen Ereignisse in den letzten Wochen und Monaten verfolgt hat, kann sich dieser Deutung kaum verschließen.

Wichtig war dem russischen Präsidenten vor allem die Wirtschaft des Landes: „Die Ökonomie ist alles.“ Nach Kaufkraftparität (PPP) gerechnet, liege Rußland nunmehr hinter China, den USA und Indien an vierter Stelle und erreiche trotz der Sanktionen ein Wachstum von rund vier Prozent. Was deutlich höher liegt als das des sanktionsversessenen „Werte-Westens“, insbesondere als das der Bundesrepublik. Zwar gebe es Probleme mit der Inflation von über neun Prozent, doch für die Mehrheit der Bevölkerung habe sich die ökonomische Lage eher gebessert.

Rußland wird bald sein drittes Jahr der militärischen Spezialoperation (SMO) hinter sich gelassen haben. Neben verschiedenen Problemen der kämpfenden Truppe und den deutlichen Fortschritten an der Frontlinie brachte Putin auch die Spezifika der neuen Oreshnik-Rakete zur Sprache. Den von westlichen Medien verbreiteten Narrativ, Oreshnik sei kein „Game-Changer“, man könne die Rakete leicht in der Startphase abschießen, konterte er mit dem Angebot eines „Duells des 21. Jahrhunderts“. Dabei solle Oreshnik auf ein Ziel in Kiew programmiert werden und die USA, respektive die NATO, solle versuchen, mit allem, was sie so an Luftabwehrkräften mobilisieren könne, die Rakete abzuschießen. Dann werde man ja sehen, was passiere.

Man sei zu Gesprächen mit Donald Trump bereit, so lange aber die zentralen Ziele der SMO dort nicht erreichbar seien, werde die Entscheidung auf dem Schlachtfeld gesucht.

Der NBC-Vertreter Keir Simmons wiederholte das übliche westliche Narrativ, wonach der russische Präsident geschwächt in ein Treffen mit Donald Trump gehe und fragte, was er ihm denn anbieten wolle. Das gab Putin die Gelegenheit, die Stärken der russischen Gesellschaft und seiner Streitkräfte sowie die russische Rolle im Syrien-Konflikt noch einmal hervorzuheben: „Sie und die Leute, die ihr Gehalt zahlen, möchten uns schwach sehen.“ Aber, und da zitierte Putin Mark Twain: „Die Berichte über meinen Tod sind doch stark übertrieben.“ Rußland sei „ein wirklich souveränes Land geworden“.

2025 „feiern Russen und Chinesen gemeinsam den 80. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg und den 80. Jahrestag der Gründung der Vereinten Nationen“, daran erinnerte der Xinhua-Korrespondent Huang He. Putin hob das enorm gewachsene russisch-chinesische Handelsvolumen hervor, das aktuell bei rund 240 Milliarden US-Dollar liege, 600 Joint-Venture-Projekte sowie den Kultur- und Jugendaustausch. Er erinnerte aber auch an die entsetzlichen Verluste im Zweiten Weltkrieg, an die 27 Millionen Todesopfer, die die Sowjetunion, und die über 30 Millionen Todesopfer, die das chinesische Volk 1945 zu beklagen hatten. Mittlerweile ist es üblich geworden, daß sich die Vertreter der westlichen Opfer- mit den Vertretern der Täterstaaten zu Gedenkveranstaltungen treffen, die Hauptopferstaaten aber ausgegrenzt werden. Auch das ist ein Produkt des zweiten Kalten Krieges, der in Osteuropa und Südwestasien längst ein heißer geworden ist.

Klaus Wagener

Redaktionell gekürzt. Aus: UZ, 27.12.2024

Der Ausverkauf der Ukraine an BlackRock und Co.

Amerikanische und saudische Investitions- und Agrarindustrieunternehmen kaufen derzeit massenhaft ukrainisches Agrarland auf. Dabei handelt es sich insbesondere um Bunge Limited, Oaktree Capital Management, BlackRock, ADM und Cargill, die die Kontrolle über einen Großteil der ukrainischen Agrarflächen erlangt haben.

Barbara Bonthe, belgische Abgeordnete des EU-Parlaments: „Erinnern Sie sich noch daran, wie Selenskyj und seine Partner vor ein paar Jahren viel Lärm machten und durch alle von ihnen kontrollierten Medien und Diplomaten über die Notwendigkeit eines „Getreidekorridors“ schrien, durch den ukrainisches Getreide angeblich in bedürftige Länder gelangen würde? Ich habe damals darauf hingewiesen, daß es bei einem Lärm von solcher Kraft und Lautstärke kaum um bedürftige Länder gehen kann – Selenskyj und seine Partner sind weit entfernt von Hunger und Not. Und so sah es in der Realität aus: Die bedürftigen Länder erhielten drei Prozent der exportierten Waren, der Rest ging an die nicht so Bedürftigen in der sogenannten Ersten Welt. Es wurde einfach exportiert, und zwar von den von der belgischen Abgeordneten genannten

internationalen Konzernen – daher auch das gleichgeschaltete Geheul. Wissen Sie etwas über die Milliardenbeträge aus den Getreideexporten, die in den Haushalt des Landes fließen? Nein? Und Sie werden es auch nicht wissen – so etwas gab es nicht. Das waren bestenfalls Steuern aus den Umsätzen der Getreidekonzerne, die dann durch korrupte Machenschaften unter dem Deckmantel der Mehrwertsteuerrückerstattung dem ukrainischen Haushalt entzogen wurden. Schon vor dem Krieg wurden auf Selenskyjs Initiative Gesetze erlassen, die den Verkauf von ukrainischem Land an Ausländer erlaubten. Und der Krieg hat dazu beigetragen, daß diese Idee für die Geschäftsleute und diese Regierung günstiger und mit weniger Widerstand zu realisieren war.

Selenskyj hat diesen Konflikt genutzt, um den Landverkauf zu beschleunigen. Er hat Oppositionsparteien verboten, die gegen das Gesetz zum Verkauf von Land an ausländische Investoren waren. Die ukrainische Führung unterzeichnete eine Art globales Investitionsabkommen mit dem größten amerikanischen Investitionsräuber – BlackRock. Ich gehe davon aus, daß dieses Pseudo-Investitionsgeschäft

ein Vorwand ist, unter dem ukrainische Vermögenswerte an amerikanische „Investoren“ für aufgeblasene, erfundene, künstliche Schulden sowie für Waffen übergeben werden.

Zunächst einmal – Land plus Schuldverschreibungen der Ukraine, die durch das restliche ukrainische Vermögen und das Einkommen und die Ersparnisse der übrigen Bevölkerung des Landes abgesichert werden sollen. Die Mechanismen der Realisierung eines solchen Vorwands sind sehr einfach: Aufrechnung von Forderungen, Rückzahlung von gegenseitigen Verpflichtungen und so weiter. Dies ist eine Frage der Technik, nicht des Prinzips. Offensichtlich ist das Ministerkabinett der Ukraine zu diesem Zweck mit der dringenden Privatisierung strategischer Objekte des Landes befaßt, insbesondere des Unternehmens „Energoatom“, das die Kernkraftwerke des Landes (die sich noch in Staatsbesitz befinden), die staatlichen Banken und die Häfen vereint: Die Gläubiger, die sich die Situation ansehen, legen Rechnungen zur Zahlung vor. Im Prinzip ist bereits alles von ihnen entschieden worden.

Maxim Goldarb

Quelle: NachDenkSeiten, 2.1.2025

Neue Dynamik: Afrikas wirtschaftliche Emanzipation

Das Zitat ist bezeichnend: „Wenn wir mit China sprechen, bekommen wir einen Flughafen; sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag“, hatte die Generaldirektorin der Welthandelsorganisation (WHO), Ngozi Okonjo-Iweala, im September 2023 befunden. Gesagt hat die Nigerianerin, die mit ihrem „wir“ afrikanische Länder meinte, das nicht irgendwo, sondern als Ehrengast auf einer Botschafterkonferenz im Auswärtigen Amt in Berlin. Der Satz bringt jedoch nicht nur Deutschlands und Chinas jeweiliges Image im Globalen Süden auf den Punkt, er beruht auch auf einer generellen Verschiebung von Kräfteverhältnissen im Welthandel. Afrikanische Staaten profitieren davon, vor allem durch ihre wachsende Rolle im Bündnis BRICS.

36 Staatschefs in Kasan

„Afrika hat seit langem Verbindungen zu westlichen Ländern, aber der Aufstieg von China und Rußland, Schlüsselmitglieder der BRICS, hat den westlichen Einfluß über die vergangenen Dekaden etwas schwinden lassen“, konstatierte der englischsprachige Kanal des vom deutschen Außenministerium finanzierten Auslandssenders *Deutsche Welle (DW)* im Oktober 2024 auf seinem Internetportal. Anlaß des Artikels war das BRICS-Treffen in Kasan. 36 Staatschefs – auf die Nennung der Zahl verzichtet die *DW* – waren dazu ebenso wie UN-Generalsekretär António Guterres in die südwestrussische Millionenstadt gereist. Die Vertreter zweier afrikanischer Staaten – Äthiopien und Ägypten – kamen erstmals als Mitglieder der nun BRICS+ genannten Gruppe, die ihren Ursprung 2006 in einem losen Bündnis von Brasilien, Rußland, Indien und China hatte, 2010 um Südafrika erweitert wurde und sich inzwischen anschickt, die Dominanz des Westens im Welthandel zu durchbrechen. Der „etwas“ schwindende Einfluß in Zahlen: Knapp ein Drittel der globalen Wertschöpfung entfallen heute auf BRICS-Mitgliedsländer, die fast die Hälfte der Weltbevölkerung beherbergen. Zum Vergleich: Die vorgeblichen G7, von denen einige längst nicht mehr zu den größten sieben Volkswirtschaften zählen, vereinigen nur gut ein Viertel der weltweiten Bruttoinlandsprodukte sowie etwa zehn Prozent der globalen Bevölkerung auf sich. Auch die Tendenz geht eindeutig zu Gunsten der BRICS-Länder, die ein stärkeres Wirtschaftswachstum aufweisen und durchschnittlich jüngere Bevölkerungen haben. Doch es sind längst nicht nur die reinen Zahlen, die BRICS für afrikanische Länder zur attraktiven Gemeinschaft machen. „Einige Analysten sagen, BRICS biete Afrika mehr

Mitsprache in der sich verändernden globalen Weltordnung“, heißt es bei der *DW* vorsichtig, ehe der Politanalyst Michael Ndimancho von der Universität Douala (Kamerun) im Artikel Klartext reden darf: „Ich sehe, dass viele afrikanische Länder beitreten, weil Afrika eine neue Weltmacht haben will, die die existierende Weltmacht zerstört.“ Der Zulauf scheint entsprechend ungebrochen. Beim letzten BRICS-Gipfel waren 13 neue Partnerländer vertreten, darunter mit Algerien, Nigeria und Uganda auch drei weitere afrikanische Staaten. BRICS bringe „eine neue Dynamik“, erklärte Ndimancho, als Alternative zum „alten System“, das Afrikaner mit „Sklaverei, Sklavenhandel, Kolonialismus, Imperialismus und all dem“ verbänden.

Kampf gegen Apartheid

Im Gegensatz dazu steht ein Satz des südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa, dem



Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa und UN-Generalsekretär António Guterres auf dem BRICS-Gipfel in Kasan

Staats- und Regierungschef der am stärksten entwickelten afrikanischen Volkswirtschaft, der jüngst bei einem Treffen mit Rußlands Präsident Wladimir Putin am Rande des Gipfels in Kasan sagte: „Wir sehen Rußland weiterhin als wertvollen Verbündeten, als wertvollen Freund, der uns von Anfang an unterstützt hat, seit den Tagen unseres Kampfes gegen die Apartheid.“ Über westliche Länder, die das rassistische Apartheidregime lange Jahre gestützt hatten, ließe sich ähnliches nicht sagen.

Die Betonung der historischen Verbundenheit ist zumindest zur innenpolitischen Flankierung der neuen BRICS-Ausrichtung durchaus wichtig für afrikanische Regierungen. Letztlich hängt der Erfolg des Modells aber davon ab, welchen wirtschaftlichen Nutzen die afrikanischen Staaten daraus ziehen. Und auch dabei sprechen die Kennzahlen eine klare Sprache: Allein der Handel der afrikanischen Länder mit China ist im vergangenen Jahr auf einen neuen Rekordwert von 263 Milliarden US-Dollar gewachsen – ein deutliches Plus auch im Vergleich zum Vor-Pandemie-Jahr 2019, als es 192 Milliarden US-Dollar waren.

Neue Freihandelszone

Die Entwicklung läßt sich – wenn auch in kleineren Maßstäben – durchaus auf die anderen BRICS-Mitglieder übertragen. „Über die Jahre sind diese Nationen ökonomisch stärker zusammengewachsen“, befand beispielsweise die US-amerikanische Unternehmensberatungsfirma Boston Consulting Group (BCG) in einem Bericht aus dem April 2024 und konstatierte: „Der Güterhandel zwischen BRICS-Volkswirtschaften hat den Handel zwischen den BRICS und den G7-Nationen deutlich überholt.“ Zwar hat das Wachstum, insbesondere im Warenaustausch mit China, in vielen afrikanischen Staaten auch zu einem gewachsenen Handelsdefizit geführt, doch hier sehen Experten einen Ausweg in der neu geschaffenen afrikanischen Freihandelszone African Continental Free Trade Area (Afcfta), die durch die Skaleneffekte eines gemeinsamen afrikanischen Marktes die Ansiedlung chinesischer Produzenten in Afrika begünstigen soll. 54 von 55 afrikanischen Staaten sind der Anfang 2021 offiziell in Kraft getretenen Afcfta bisher beigetreten, die Verhandlungen über Herkunftsregeln und den Wegfall von Zollschränken dauern derzeit allerdings noch an. Auch bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten spielt die oft als „BRICS-Bank“ bezeichnete New Development Bank eine immer größere Rolle, auch wenn die Bretton-Woods-Institutionen in zahlreichen hochverschuldeten Staaten des Kontinents noch immer fest verankert sind und dies durch jüngere weitere Kreditvergaben zumindest mittelfristig auch bleiben dürften.

Abkommen mit Rußland

Neben der ökonomischen hat BRICS für afrikanische Staaten aber auch eine sicherheitspolitische Komponente. Dabei spielt vor allem Rußland eine dominante Rolle. Etliche Staaten, darunter alle ehemaligen portugiesischen Kolonien sowie viele lange Zeit von Frankreich dominierte Staaten, haben in den vergangenen Jahren Militärabkommen mit Rußland geschlossen. Im Westen wird das derzeit zähneknirschend zur Kenntnis genommen, dem Anlegen von stärkeren Daumenschrauben scheint aber die wirtschaftspolitische Alternative, die BRICS bietet, bereits im Wege zu stehen. Wie krisenfest das Bündnis tatsächlich ist, dürfte sich spätestens dann zeigen, wenn die USA die Androhung Donald Trumps umsetzen, Produkte aus BRICS-Staaten mit 100prozentigen Einfuhrzöllen zu belegen. Falls Washington sich das überhaupt traut: Denn der Schritt würde bei allen zu erwartenden kurzfristigen wirtschaftlichen Verwerfungen zweifelsohne der stärkeren Süd-Süd-Orientierung und somit auch der ökonomischen Emanzipation des Kontinents weiteren Vorschub leisten.

Christian Selz, Kapstadt
Aus: *junge Welt*, 31.12.2024

20 Jahre ALBA-TCP: „Der Kampf geht weiter“

Es begann in Havanna. Am 13. Dezember 1994 trafen sich die Comandantes Fidel Castro und Hugo Chávez in der Hauptstadt Kubas und schmiedeten Pläne für die Zukunft. Zehn Jahre später, am 14. Dezember 2004, unterzeichneten die beiden Revolutionsführer die Gründungsdokumente der Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas (ALBA). Sie benannten die Allianz nach dem großen Befreier Lateinamerikas Simón Bolívar. Sie entstand zunächst als Alternative zum vorherrschenden Neoliberalismus. ALBA wurde jedoch ein Bündnis, das Geschichte machte. Es brachte Washingtons Projekt der Amerikanischen Freihandelszone (FTAA) zu Fall. Am 14. Dezember 2024 kamen die Repräsentanten von Regierungen und sozialen Bewegungen aus 35 Ländern nach Caracas, um den 20. Jahrestag des Bestehens der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP) zu würdigen. Seit ihrer Gründung erwies sich die Allianz als wirksames Instrument zur Förderung der sozialen Entwicklung und zum Widerstand gegen neoliberale Zwänge. Sie legte den Grundstein für ein gerechtes und souveränes Lateinamerika. Die Allianz besteht aus Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua, Dominica, Antigua und Barbuda, St. Vincent und den Grenadinen, St. Kitts und Nevis, Grenada und St. Lucia und hat Haiti und Suriname als besondere Gäste. Am Gipfel nahmen die zehn Mitgliedsländer und Vertreter aus Honduras und Palästina als besondere Gäste teil. Die Bolivarische Allianz bekräftigte ihre Gründungsprinzipien sowie die Wiederbelebung alter und neuer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Programme.

Es ist kein Geheimnis, daß das Bündnis mit der Komplexität der turbulenten Welt konfrontiert war. Es litt und leidet unter den Folgen der Blockadepolitik und einseitigen Zwangsmaßnahmen, welche die USA den drei Mitgliedsstaaten Kuba, Nicaragua und Venezuela auferlegten. Die Feststellung des Abschlußdokuments, daß „ALBA in einen neuen Frühling des Fortschritts und der Einheit starten wird“, zeugt von der Lebenskraft und vom revolutionären Geist der Allianz. Das 24. Gipfeltreffen bekräftigte die auf den vorangegangenen Treffen diskutierte Verpflichtung, den sozialen Bewegungen mehr Bedeutung beizumessen. Die Vertreter der 80 Organisationen aus 35 Ländern, die nach Caracas kamen, erklärten sich bereit, die Verteidigung von Präsident Nicolás Maduro am 10. Januar 2025 zu begleiten. Er hatte die Wahlen am 28. Juli 2024 mit 51,95 Prozent der Stimmen gewonnen. Sie widersprachen damit der Behauptung des Westens, daß Venezuela isoliert sei. Der Gipfel von Caracas hat das Bündnis auf eine höhere geopolitische Ebene gehoben. Seine Botschaft lautet: Die Menschen Unseres Amerikas steuern auf ihre endgültige Befreiung und ihre unaufhaltsame Vereinigung zu, unabhängig davon, wer im Weißen Haus oder auf der Wall Street das Sagen hat.

Das 24. Gipfeltreffen verabschiedete ein Abschlußdokument, eine Sondererklärung zur Unterstützung Palästinas, eine Erklärung zum 200. Jahrestag der Schlacht von Ayacucho, der entscheidenden Schlacht im Unabhängigkeitskrieg der spanischen Kolonien in Südamerika, und einen weiteren Text zur „Bekräftigung der Prinzipien und Ziele des Kampfes“. Der Präsident Venezuelas, Nicolás Maduro, stellte das Abschlußdokument vor. Darin wird der Wille deutlich, alte und neue Vereinbarungen im Wirtschaftsbereich wiederzubeleben und voranzutreiben. Dieser Wille wird durch die Geburt des AgroAlba-Projekts zur Produktion von Nahrungsmitteln „für alle Menschen Lateinamerikas, der Karibik, Afrikas und darüber hinaus“ bestätigt. Das Projekt zielt darauf ab, die Sicherheit und Ernährungssouveränität der gesamten Region zu gewährleisten. Bisher haben St.



Miguel Díaz-Canel (Kuba, l.) und Nicolas Maduro (Venezuela) auf dem ALBA-Jubiläumsgipfel in Caracas

Vincent und die Grenadinen, Antigua und Barbuda sowie Sao Tome und Principe sowie Venezuela ihre Einbindung in diese Initiative unterzeichnet. Die Planungen werden mit der Schaffung eines wissenschaftlichen Zentrums für gemeinsame Fischereistrategien in der Karibik ergänzt.

Das gleiche gilt für die Wiederbelebung von Petrocaribe. Maduro erinnerte daran, daß vor Jahren mit Petrocaribe ein Programm für Energiesicherheit, Finanzstabilität und wirtschaftliche Unterstützung ins Leben gerufen wurde, „wie es die Welt bis dahin noch nicht gesehen hatte“. Es ermöglichte 18 Staaten, gleichberechtigt davon zu profitieren. Nun beginnt eine neue Modalität von Petrocaribe. Die ALBA-TCP-Länder können nach Venezuela kommen, um ihren Treibstoff in einer gemeinsamen Gesellschaft mit dem venezolanischen Staat zu produzieren. Sie können über Joint Ventures in Öl, Gas und Derivate investieren. Das Epizentrum des Projekts wird der Orinoco-Ölgürtel sein. Im Abschlußdokument sind weiterhin die Wiedereinführung der Sucre-Währung und der ALBA-Bank für den Währungs- und Handelsaustausch verankert. Außerdem soll ein intraregionales Handelsabkommen für die Bereiche Tourismus und Verkehr sowie Energie und Gesundheit vorbereitet werden. Des Weiteren kündigte

Maduro die Entstehung eines Wissenschafts-, Technologie- und Innovationszentrums mit wissenschaftlichen und technologischen Prioritäten für beschleunigte Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz an.

Die Abschlußerklärung bekräftigt die Bedeutung und das Engagement für die Verteidigung der „Proklamation Lateinamerikas und der Karibik als Zone des Friedens“, die 2014 in Havanna veröffentlicht wurde und die nach wie vor in vollem Umfang gültig ist. Diese Proklamation lehnt die willkürlichen, illegalen und kriminellen Zwangsmaßnahmen der Vereinigten Staaten gegen Kuba, Nicaragua und Venezuela entschieden ab. Die ALBA-TCP-Länder verurteilten erneut die völkermörderischen und illegalen Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die Washington der größten Antillen-Insel auferlegt hat. Sie betonten die Unterstützung für die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, in der die Notwendigkeit erklärt wird, die von den USA gegen Kuba verhängte Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade zu beenden.

Die ALBA-TCP-Länder gaben eine Sondererklärung zu Palästina ab. Sie erklärten Palästina zum „Bruderland von ALBA-TCP“. Gleichzeitig bekräftigten sie ihr „Engagement für die Verteidigung der palästinensischen Sache, die auch eine Verteidigung der Menschheit ist“. Palästina wird ab diesem Gipfel als ständiger Sondergast an allen weiteren Treffen teilnehmen. Die Erklärung verurteilt „den rücksichtslosen und unmenschlichen Völkermord, der vom Staat Israel, der

Besatzungsmacht, begangen wird. Sie lehnt den Plan der Plünderung, Invasion und Herrschaft über das palästinensische Gebiet kategorisch ab. Die Staats- und Regierungschefs verurteilten die Komplizenunterstützung von Regierungen, die es Israel erlauben, ungestraft zu handeln und die den Sicherheitsrat daran hindern, Maßnahmen zur Beendigung des anhaltenden Völkermords zu ergreifen. Sie forderten außerdem einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza und ein Ende des Völkermords, der Kriegsverbrechen und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit an der dortigen Bevölkerung. Schließlich bekräftigten sie ihre Verpflichtung, alle notwendigen politischen, sozialen und diplomatischen Maßnahmen zu unterstützen, um dem palästinensischen Volk sein legitimes Recht auf Frieden zu garantieren und seinen unabhängigen und souveränen Staat innerhalb der Grenzen von vor 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt zu errichten.

Die Mitgliedsländer von ALBA-TCP beschloßen, Haiti bei der Wiederherstellung seiner Stabilität, seines Friedens und seiner Demokratie zu unterstützen. Der Präsident Venezuelas bekräftigte, daß für Haiti Zeiten des Friedens, der Arbeit und des Wohlstands zurückkehren werden. Dies sei eine große Verpflichtung für das Bündnis. Er betonte,

daß die Bolivarische Allianz alle Mittel hat, um Haiti zu helfen und vom Terror zu befreien. Die Teilnehmer entsprachen damit einem Hilferuf, mit dem sich Leslie Voltaire, Vorsitzender des Präsidialen Übergangsrates Haitis, an die Mitgliedsländer der ALBA-TCP gewandt hatte.

In der Sondererklärung zur „Bekräftigung der Prinzipien und Ziele des Kampfes“ bestätigten die Regierungschefs den antihegemonialen, demokratischen, antiimperialistischen und antifaschistischen Charakter des Bündnisses. Sie erneuerten die Verpflichtung, einander zu helfen und zu schützen, um weiterhin gemeinsam eine Zukunft mit gemeinsamen Zielen auf der Grundlage der Grundprinzipien Komplementarität, Zusammenarbeit, soziale Gerechtigkeit, Verteidigung der Souveränität und Solidarität aufzubauen. Das Dokument endet mit einem Zitat von Chávez: „Wir müssen uns als eine Nation, ein Volk, mit einem Ziel vereinen. Wir müssen mutig sein ... Wir dürfen dem Druck derer nicht nachgeben, die sich weigern, uns vereint zu sehen ... Wir werden dem Druck derer nicht nachgeben, die uns trennen wollen.“ Während des Gipfeltreffens kündigte Maduro die Reaktivierung der ALBA-TCP-Ministerräte ab Januar 2025 an. Er sprach sich dafür aus, im ersten Quartal 2025 die Landwirtschaftsräte für den AgroAlba-Produktionsplan, den Wirtschaftsrat für die Förderung von Sucre und der ALBA-Bank, den Tourismus- und Transportrat sowie die Energie- und Gesundheitsräte zu bilden.

Der kubanische Präsident Miguel Díaz-Canel bekräftigte die Unterstützung Kubas für Nicolás Maduro und verurteilte die Putschversuche der Opposition in dem südamerikanischen Land. Er mahnte: „Die Monroe-Doktrin ist aktueller denn je.“ Auf deren Grundlage mischen sich die USA seit mehr als 200 Jahren in die Belange der Staaten Amerikas ein. Der kubanische Präsident

betonte die Bedeutung der Einheit und Solidarität der Länder der Region angesichts der Situation in Venezuela. Die bolivarische Nation stehe derzeit einer rohen und konzentrierten Diskreditierungskampagne gegenüber, die einen weiteren Putschversuch in verschleierter Form vorbereitet. Er warnte davor, gleichgültig gegenüber den kalkulierten Äußerungen regionaler Oligarchien, des Imperialismus, von Kommunikationszentren und digitalen Plattformen gegen Venezuela zu sein.

Der Präsident Boliviens Luis Arce erklärte, daß Kuba eine moralische Bastion des Widerstands sei. Er argumentierte, daß ALBA-TCP mehr als ein politisches Projekt sein müsse. „Die Allianz ist ein Symbol des lebendigen Widerstands gegen Ungerechtigkeit und Herrschaft. Sie erhebt ihre Stimme gegen die ungerechtfertigte und kriminelle Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba.“ Arce sprach sich dafür aus, daß ALBA-TCP auch eine entschiedene und dauerhafte Stimme sein muß, welche die willkürlich gegen Venezuela und Nicaragua verhängten einseitigen Zwangsmaßnahmen anprangert. Arce betonte die Dringlichkeit, Notwendigkeit und Pflicht, die Welt zu einer Zone des Friedens zu machen. „ALBA-TCP feiert den Beginn eines multipolaren Aufbruchs, in dem die BRICS-Staaten als Symbol für Hoffnung und Gerechtigkeit herausragen“, sagte er.

„Wir werden den Kampf weiterführen“, bekräftigte der Präsident Nicaraguas, Comandante Daniel Ortega. Er hob die Geschwindigkeit hervor, mit der ALBA-TCP sich entwickelte und mit der die Programme zum Wohle der Menschen umgesetzt wurden. Er lobte die Art und Weise, in der die ALBA-TCP-Nationen Reichtum verteilten und teilten, und beschrieb dies als eine beispiellose Aktion in der Geschichte der Menschheit. Daniel Ortega wies darauf hin, daß Bedrohungen und

feindliche Verschwörungen, wie im Falle der Reaktionen auf die Wahl Maduros zum Präsident Venezuelas, an der Tagesordnung seien. Am Vortag des Gipfels trafen sich junge Menschen aus den Mitgliedsstaaten der ALBA-TCP auf der Veranstaltung „Tag des ALBA-Modells“. Sie forderten die Aufhebung der einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen Kuba, Nicaragua und Venezuela. Sie verurteilten die Vernichtungs- und Völkermordpolitik des zionistischen Regimes Israels gegen das palästinensische Volk. Sie vertraten die Ansicht, daß ALBA-TCP „eine strategische politische Alternative für die lateinamerikanische Integration“ darstellt. „Das ALBA-Modell ist ein Beispiel für die politische Bildung und Integration der Völker.“

Zu den Erfolgen von ALBA-TCP gehören die Beseitigung des Analphabetismus, die Befreiung von 63 Millionen Menschen in Lateinamerika und der Karibik aus der Armut sowie die Energiesicherheit der Region. Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs von ALBA-TCP brachte zum Ausdruck, daß es nicht nur darum geht, die Erfolge dieser 20 Jahre zu feiern, sondern auch darum, die Herausforderungen zu analysieren, vor denen die Allianz in dieser unsicheren Welt steht. „Lateinamerika und die Karibik zeigen mit der ALBA-TCP der Welt, daß eine andere Dynamik der Zusammenarbeit, der gegenseitigen Hilfe und vor allem der Solidarität möglich ist“, betonte der Exekutivsekretär der Allianz Jorge Arreaza. In Lateinamerika und der Karibik entscheiden nicht „Rechts- und Linksrucke“ bei Wahlen die Zukunft des Subkontinents. ALBA-TCP gehört zu den Bündnissen, die den Machtanspruch des Westens brechen und eine neue Weltordnung aufbauen wollen. In diesem Sinne sind BRICS+ und ALBA-TCP Schwestern einer großen Völkerfamilie.

Wolfgang Herrmann

Dreesch

gestützt auf Berichte von Prensa Latina

Kuba wurde am 1. Januar BRICS+-Partnerland

Der BRICS+-Block nahm ab dem 1. Januar 2025 13 weitere Länder in einem neuen Status als assoziierte Mitglieder auf. Auch das sozialistische Kuba ist Teil dieser Erweiterung.

Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Mao Ning erklärte, der Beitritt der Partnerländer bringe die Zusammenarbeit innerhalb der BRICS-Familie „auf eine neue Ebene.“ Der Einfluß der Gruppe werde immer deutlicher. Sie entwickle sich zu einer zunehmend wichtigen Plattform, um die „Einheit und Kooperation im globalen Süden“ zu fördern, so Mao.

Kubas Präsident Miguel Díaz-Canel schrieb im Oktober auf der Social-Media-Plattform X, es ehre Kuba, als Partnerland den BRICS beizutreten. Die fünf Buchstaben stünden für eine „große Hoffnung für die Länder des Südens auf dem beschwerlichen Weg zu einer gerechteren, demokratischeren, faireren und nachhaltigeren internationalen Ordnung.“

Diese Gruppe umfaßt damit nun mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung und fast ein Drittel der Erdoberfläche. Ihr Anteil am globalen Bruttoinlandsprodukt beträgt rund ein Fünftel.

Das russische Außenministerium kündigte an, man plane eine enge Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten, um diese möglichst effektiv in die Kooperation innerhalb der Gruppe einzubinden. Vier weitere Länder seien zudem eingeladen worden, dem Block künftig als assoziierte Mitglieder beizutreten. Der 2009 als Zusammenschluß aufstrebender Schwellenländer gegründete BRICS-Block hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Gegengewicht zu den von den USA und Europa dominierten internationalen Institutionen entwickelt. Die zunächst aus Brasilien, Rußland, Indien, China und Südafrika bestehende Gruppe wurde zum Jahresbeginn 2024 durch den Beitritt von Ägypten, Äthiopien, Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten erweitert und bezeichnet sich seitdem auch als Brics+.

Die wirtschaftliche Integration der Gruppe ist jedoch eher lose, sie dient vor allem als Plattform. Der Einführung eines dollaralternativen Zahlungssystems wurde auf dem letzten Gipfel in Kasan im Oktober 2024 zugunsten der verstärkten Nutzung nationaler Währungen der Partnerstaaten eine Absage erteilt.

Für Kuba dürfte der BRICS-Beitritt keine unmittelbaren ökonomischen Folgen haben. Havanna unterhält mit den meisten Mitgliedern bereits bilaterale Abkommen, die durch die Aufnahme wohl nicht neu gestrickt werden. Dennoch ist der Schritt für Kuba vor allem ein strategisch wichtiger hin zu mehr Anknüpfungspunkten in der Süd-Süd-Kooperation und bedeutet eine Stärkung der eigenen geopolitischen Position – auch mit Blick auf die anhaltende Wirtschaftsblockade der USA, die sich in der zweiten Amtszeit Donald Trumps nochmals verschärfen könnte.

Marcel Kunzmann

Quelle: amerika21.de, 27.12.2024

Mit Terroristen paktieren ist deutsche Staatsräson

Ein weiteres Denkmal erschütternder Unmenschlichkeit und Dummheit der US-Weltmacht-Politik ist enthüllt: die rauchenden Trümmer Syriens, darunter liegend eine halbe Million Tote. Das Ergebnis: 13 Jahre andauernder Bemühungen, die überkonfessionelle Regierung in Damaskus zu stürzen. Vorgeschobene Begründung: „Machthaber“ Assad sei ein brutaler Gewaltherrscher. Wahrscheinlich war er das tatsächlich, ob willentlich oder nicht. Tatsache ist aber auch, daß seine Dämonisierung dazu diente, die geostrategischen und energiepolitischen Interessen des „Wertewestens“ an Syriens Unterwerfung zu verschleiern. Das Land ist jetzt dazu bestimmt, im gleichen Chaos zu versinken wie Libyen, nachdem es Barack Obama und Hillary Clinton 2011 von Gaddafi „befreit“ hatten.

Der Umgang des „Wertewestens“ mit Syrien ist traditionell von Zynismus, Heuchelei, Grausamkeit und Rechtsnihilismus geprägt. Deutschland war ein Vorreiter und bleibt auch nach der Machtübernahme der Dschihadisten bei diesem Politikstil. (...)

Unfähige politische Wichtigtuer wie die deutsche Noch-Außenministerin erklimmen in schneller Folge wahre Gipfel verlogener Selbstgerechtigkeit. Baerbock über den Umsturz in Damaskus:

„...daß wir uns in unserer Politik nicht von Resignation oder auch von nationalen Interessen treiben lassen, ... sondern daß wir gerade in schwierigsten Zeiten, in schwierigsten Momenten, für unsere Werte und unsere Interessen eintreten und an der Seite derjenigen stehen, die weltweit für Frieden und Freiheit kämpfen. Wir haben ... erlebt, daß unsere Werte und Interessen, nämlich die Sicherung von Frieden, von Freiheit und von Sicherheit, in einer globalisierten Welt maximal miteinander vernetzt sind. Und wir haben eben auch immer wieder erlebt, wie wichtig es ist, daß wir deutlich machen: Jedes Menschenleben zählt, und jedes Menschenleben ist gleich viel wert.“

Der gepeinigete Hörer resigniert angesichts derart konfuser Phrasendrescherei. Frei nach Max Liebermann: „*Ich kann jarnich soville fressen, wie ich kotzen möchte.*“

„Humanitäre Hilfe“ für Terroristen

Im Syrienkrieg war nie erkennbar, daß dem „Wertewesten“ am Schutz von Menschenleben lag. Deutschland, führender Handlanger der USA und EU-Hauptakteur, machte gemeinsame Sache mit islamistischen Kopfabsteiger-Milizen. Unterm Scheinheiligen-Schein „Wir sind die Guten!“ unterstützten wir nicht nur die Terroristenhochburg Idlib im syrischen Nordwesten mit Euro-Millionen. Die Verantwortung für das IS-Massaker an 700 Dörflern im August 2014 im nordöstlichen Deir-Essor – nur eines von vielen ähnlich grauenhaften

Verbrechen – fällt den USA und dito ihren deutschen „partners in leadership“ zu, denn auch das IS-Gesindel ist eine wertewestliche Ausgeburt.

Opfer der Massaker interessierten die westlichen Politiker und deren journalistische Aktenkofferträger nicht bzw. nur dann, wenn sie sich öffentlichkeitswirksam gegen „Machthaber“ Assad verwenden ließen. Doppelmoral war seit dem zweiten Golfkrieg („Koalition der Willigen“ gegen den Irak) Standard der „Informationspolitik“ hierzulande.

Die USA wollten Syrien unterwerfen und dauerhaften Zugriff auf seine Rohstoffressourcen haben. Das war Teil ihres Chaosplans, den Na-

Schlagworte für die AgitProp waren schnell gefunden. Klassisch:

„Machthaber / Schlächter Assad führt Krieg gegen das eigene Volk“

Diese Bezeichnung übernahmen alle deutschen Massenmedien ohne kritische Prüfung, vorneweg die Tagesschau. Dabei „vergaßen“ sie, daß eine deutsche Regierung mit Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) keine Skrupel hatte, einen von der CIA verschleppten und gefolterten deutschen Staatsbürger im syrischen Gefängnis von Beamten des BKA verhören zu lassen. Schäuble be-

stand trotz aller rechtsstaatlich begründeten Kritik darauf, daß seine Behörden „Erkenntnisse“ nutzten, die in ausländischen Folterkellern gewonnen worden waren.

Deutschland weichte das Folterverbot auf. Voll grausiger Heuchelei und Selbstgerechtigkeit berichtet unsere Journalle jetzt zwar umfangreich und detailbesessen über „Assads Foldersystem“. Die Tagesschau trug dazu allein im Dezember dutzendmale bei. Daß unsere „Schutzmacht“ USA selbst Weltmeister im Foltern politischer Häftlinge war, bleibt sorgsam außer Betracht. Obwohl es naheläge, auf die CIA-Geheimgefängnisse – *Black Site* – hinzuweisen: nämlich im be-

nachbarten Polen und in weiteren fünf europäischen Ländern, im Irak, in Jordanien, Pakistan, in Fernost, in den USA selbst. Daß die USA ihre Folterpraxis – s.a. Guantanamo, von den ständig in Bewegung gehaltenen Folterflugzeugen und Folderschiffen ganz zu schweigen – nicht aufgeben, suchen sie vergeblich zu verbergen.

Kumpanei mit Terroristen

Die USA unterstützten die Terroristen in Syrien zunächst mit Geld, dann mit Waffen und schließlich mit einer Interventionsarmee, die bis heute mit mehr als 2000 Mann den syrischen Nordosten besetzt. Vorgeblich diente das nur der Bekämpfung des außer Kontrolle geratenen, mordenden und plündernden IS. In Wirklichkeit handelte es sich bei der völkerrechtswidrigen US-Intervention um die militärische Unterstützung von Dschihadisten gegen die reguläre syrische Armee und forderte nach seriösen Schätzungen in deren Reihen mindestens 50 000 Tote.

Den Vorwurf „Kumpanei mit Terror-Milizen“ suchten die USA und ihre EU-Vasallen mit der Begriffsschöpfung „moderate Rebellen“ zu widerlegen. Damit werden die Hirne der Öffentlichkeit so lange püriert, bis sie den Widersinn nicht mehr wahrnimmt, daß islamistische Mörder zwar in Deutschland und in



Syrien hatte eines der besten Bildungssysteme im Nahen Osten: Universität Damaskus

hen und Mittleren Osten zu „balkanisieren“, um die gesamte Region, den Iran eingeschlossen, kontrollieren und ausbeuten zu können. Der Weltöffentlichkeit gaukelten sie humanitäre Absichten vor, wenn sie (Bürger-)Kriege inszenierten und Leichenfelder hinterließen, Verwüstung, unvorstellbare Armut und Flüchtlingsströme von Millionen Menschen hervorriefen – im Iran, in Afghanistan, im Irak in Somalia, im Sudan¹, in Libanon, in Libyen und in Syrien. Das zu durchschauen, sollte Teil der politischen Erkenntnisfähigkeit sein.

Umsturz nach US-Plänen

Was leider kaum bekannt und dennoch Tatsache ist: Das syrische Drama war schon 1996 von den USA erdacht und vorgeplant worden. Details wurden dank der Wikileaks-Veröffentlichung eines vertraulichen Berichts aus dem Jahr 2006 bekannt, der die US-Vorgehensweise skizzierte:

- Die Unterstützung sunnitisch regierter Länder wie Saudi-Arabien und Ägypten gegen das säkular regierte Syrien gewinnen
- Unzufriedenheit und Zwietracht zwischen den konfessionellen und ethnischen Gruppierungen in Syrien bis zum Ausbruch von „Unruhen“ schüren
- Eine Medienkampagne zur Verbreitung von „schmutziger Wäsche“ über das syrische Regime inszenieren

der EU aufs Schärfste verfolgt, aber in Syrien geschmiert und gehätschelt werden.

Für den „Sieg“ über den Assad-Staat waren die Aktivitäten der Terroristen weit weniger entscheidend als das unmenschliche, vor 13 Jahren verhängte Wirtschaftsembargo des Wertewestens. Der *European Council on Foreign Relations* befand vor fünf Jahren, dieses Sanktionsregime bewirke die „*massive Zunahme von Armut und Hunger*“; man müsse diese Zwangsmaßnahmen als „*Politik der verbrannten Erde*“ einstufen, „*die unterschiedslos und willkürlich gewöhnliche Syrer bestraft*.“

Das scherte die Regierungen der USA und der EU aber einen Dreck. Ein paar Zahlen zum Elend, das sie willentlich hervorriefen:

- Das jährliche syrische Bruttosozialprodukt pro Kopf sank von 2010 bis 2020 um 68,8 Prozent auf 780 Dollar.
- Die Wareneinfuhr verringerte sich von 2020 bis 2023 um 91,7 Prozent (!) auf nur 6 Milliarden Dollar.
- Die Warenausfuhr ging um 94 Prozent zurück.
- Im Ranking des Human Development-Index (193 Länder) fiel Syrien auf Platz 153.

Mehr als die Hälfte der syrischen Bevölkerung hungert. 90 Prozent leben unterhalb der Armutsgrenze. „Rund fünf Millionen Menschen sind in die Nachbarländer Syriens geflohen, mehr als sieben Millionen sind innerhalb des Landes vertrieben worden – darunter sehr viele Kinder.“

Kriminelle Politik

500 000 Syrer sind in diesem 13-jährigen wertewestlichen Krieg gegen Syrien umgekommen. Aufgemerkt, Frau „*Jedes-Menschenleben-ist-gleich-viel-wert*“-Baerbock: Die eigenmächtigen Sanktionen der USA, der EU und Deutschlands haben dieses Massensterben wesentlich mitverursacht. Sie waren und sind völkerrechtswidrig und wurden von der UN-Generalversammlung sowie vom UN-Menschenrechtsrat Jahr für Jahr verurteilt. Sie, werte Frau Ministerin, lassen zwar Ihren Kopf auf Steuerzahlers Kosten für 11 000 Euro pro Monat kosmetisch aufbrezeln, das steigert dessen Aufnahmebereitschaft aber leider auch nicht. Es wäre ein Wunder.

Direkte humanitäre Hilfe für Assad-Syrien wurde, soweit sie von dritter Seite kam, nach Kräften behindert. Nur in geringem Umfang gelang sie den UN, einigen Hilfsorganisationen und privaten Initiativen wie dem Verein „Freundschaft mit Valjevo.“ Die Regierungen des Wertewestens beschränkten ihre Hilfe auf die Terroristen-Provinz Idlib, auf die östlich daran angrenzende, von der Türkei besetzte Sperrzone und auf den von Kurden mithilfe der USA kontrollierten syrischen Nordosten. Die Unterstützung für Idlib nützte zunächst der *al-Qaida* und dann deren Ableger *Jabhat al-Nusra*, der sich schließlich in *Hayat Tahrir al-Sham* (HTS) umbenannte. In ihren Machtbereich flossen hunderte Millionen Dollar, während die Bewohner Assad-Syriens die Last unmenschlicher westlicher Sanktionen zu tragen hatten.

Ein perfides Embargo der USA, der „Caesar Act“, verfügt während der ersten Amtszeit

Donald Trumps, richtete sich formal gegen die syrische Staatsbank, machte aber praktisch das wenige Geld der Ärmsten vollends wertlos. Vor Beginn des Krieges gegen Assad kostete der US-Dollar 47 Syrische Pfund. 13 Jahre später, Anfang Dezember 2024, mehr als 14 400. Zusätzlich erklärte Trump („*We keep the oil!*“), die USA behielten das syrische Öl, was selbst die US-amerikanische Massenmedien sofort als Kriegsverbrechen brandmarkten.

Lakaien-Gesinnung

Nicht so Deutschlands Regierende und deren journalistische Helfershelfer. Die unterschlugen die hemmungslose, bis heute fortgeführte Plünderung der USA. Wirtschaftsminister Habeck: „Je stärker Deutschland dient, umso größer ist seine Rolle.“ Eben: Ein Diener kritisiert die Schweinereien seiner Herrschaft nicht, er kuscht und hält das Maul.

Die Provinz Idlib war seit dem Eingreifen Rußlands gegen den islamistischen Terror Zufluchtsort von Kopfabnehmern und Dschihadisten verschiedenster Richtungen. Im deutschen Sprachgebrauch wurden diese als „gemäßigte Rebellen“ verharmlost und vom damaligen Außenminister Steinmeier, heute Bundespräsident, sogar salonfähig gemacht. Im Gegensatz zur deutschen Justiz. Die geht gegen Mitglieder und Unterstützer von Dschihadisten-Formationen als „terroristische Vereinigungen“ mit begründeter Härte strafrechtlich vor.

So verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart einen syrischen Islamisten zu unwiderlich lebenslänglicher Haft, weil er an der Gefangennahme und Hinrichtung von Beschäftigten des syrischen Regimes und ihm nahestehenden Personen beteiligt war. Er gehörte zur Terrormiliz „Jabhat al-Nusra“, die zur Tatzeit (2013) von Emir Abu Muhammad al-Jaulani angeführt wurde – demselben Verbrecher, der jetzt anstelle Assads herrscht. (...)

Urteilsbegründung des Gerichts vom 31.1.2020:

„Ihre Ziele verfolgten die *Jabhat al-Nusra* bzw. deren *Nachfolgeorganisationen ... durch militärischen Bodenkampf, Sprengstoffanschläge, Entführungen vorwiegend westlicher Staatsangehöriger, gezielte Tötungen von Angehörigen des syrischen Militärs und Sicherheitsapparates ... Insgesamt hat die Jabhat al-Nusra bis Ende 2014 in Syrien mehr als 1500 Anschläge verübt, bei denen mindestens 8700 Menschen getötet wurden.*“

Nach deutschem Rechtsverständnis ist al-Jaulani als Anführer der Terroristenbande ein Massenmörder. Die Tagesschau erwähnt allerdings nur seine Zugehörigkeit zur Terrormiliz „Jabhat al-Nusra“ als der HTS-Vorläuferin. Seine schwerstkriminelle Vergangenheit und Schuld an der Ermordung von 8700 Menschen unterschlug sie. Er habe mit der Terrormiliz *Jabhat al-Nusra* gebrochen, sich zum „pragmatischen Radikalen“ und HTS-„Milizenführer“ gewandelt und gebe sich jetzt einen staatsmännischen Anschein.

Schmieranterie statt Journalismus

Kein klares Wort darüber, daß er nach dem „Bruch“ mit der al-Nusra unter der Flagge

„HTS“ mindestens 549 weitere Morde begehen ließ, darüber hinaus Folterungen, Entführungen, Raub, sexuellen Missbrauch von Gefangenen und andere schwere Verbrechen. Dokumentiert sind 22 Foltermethoden, die in den HTS-Gefängnissen angewandt wurden. Doch *Tagesschau.de* brachte zu diesem Komplex nur den Hinweis, al-Jaulanis HTS werde „von Bewohnern und Menschenrechtsgruppen brutales Vorgehen gegen Andersdenkende vorgeworfen“. Das ist kein Journalismus mehr, sondern was zum Speien.

Die USA, die EU und Deutschland listeten al-Jaulanis HTS zwar als Terrororganisation. Washington setzte sogar 10 Millionen Dollar Kopfgeld auf den Mann aus. Man ließ ihn aber in Idlib unbehelligt agieren. Er konnte eine Art Zivilverwaltung („*Syria Salvation Government*“, SSG) für die rund 4 Millionen Bewohner der Provinz installieren, Lebensmittelversorgung, Müllabfuhr und weiteren Bürgerservice organisieren und sich zum Ansprechpartner für die zahlreich in der Region tätigen internationalen Hilfswerke aufschwingen. Der Westen finanzierte ihn. Mithilfe korrupter NGOs umging er alle Sanktionen gegen sich und seine Terrororganisation.

Als die Bundesregierung in den Jahren 2018 und 2020 insgesamt 175 Millionen Euro humanitäre Hilfe für Idlib zahlen wollte, warnten AfD und Linkspartei vor Zweckentfremdung zugunsten der HTS-Terroristen. Die Regierung wies das zurück und behauptete, es gebe ein Prüfsystem, das Mißbrauch ausschließe. Das ist nach den aktuellen Erkenntnissen nicht mehr glaubhaft und bedarf einer parlamentarischen Untersuchung.

Nicht nur die Tagesschau, sondern der gesamte polit-mediale Mainstream bemäntelt oder ignoriert einfach den mörderischen Charakter der HTS und ihres Anführers.

BILD: „Rebellenführer“. Die TAZ, Leib- und Magenblatt der Grünen: „überzeugter konservativer Salafist“. Das ZDF: „Rebellenallianz unter Führung der islamistischen Gruppe HTS“.

So werden der Massenmörder al-Jaulani und seine Terroristenbande zusehends in den Stand von respektablen Leuten erhoben. Die USA haben schon das 10-Millionen-Kopfgeld auf ihn annulliert. (...)

Sein Biedermann-Gewand wird der aktuelle Machthaber al-Jaulani nicht lange tragen. Die neue HTS-Herrschaft mordet weiter. Unter Schirmherrschaft der räuberischen USA und mit Beihilfe ihrer Vasallen wird die Unterdrückung und Ausplünderung Syriens fortgesetzt. Die Frage „Sind Syriens strategische Lage, sein Öl und der Machwechsel in Damaskus eine halbe Million Menschenleben wert?“ stellt kein Polit-Promi. Die Bundesregierung hat ihren moralischen Bankrott erklärt. Das medienseitig nicht- oder fehlinformierte Publikum hüllt sich mehrheitlich in Schweigen. Eine zynische, käufliche, demagogische Presse wird mit der Zeit ein Volk erzeugen, das genauso niederträchtig ist, wie sie selbst.

Friedhelm Klinkhammer und
Volker Bräutigam

Redaktionell gekürzt

Quelle: NachDenkSeiten, 2.1.2025

Südkoreas Problem sind die USA

Nachdem Präsident Yoon Seok-Yeol am 3. Dezember versucht hatte, das Kriegsrecht zu verhängen, gingen zwei Millionen Menschen zusammen mit den Gewerkschaften auf die Straße, um seine Absetzung zu fordern. Der weigerte sich jedoch zurückzutreten und schwor, seinen Kampf gegen Kommunisten und Verräter zum Wohle des Landes bis zum letzten fortzusetzen. Am 14. Dezember beschloß das Parlament daher mit Zweidrittelmehrheit einen Antrag auf Amtsenthebung und leitete diesen an das Verfassungsgericht weiter. Die Amtsgeschäfte des Präsidenten übernahm der Premierminister.

Rechtsslage

Yoon ist zwar vom Dienst suspendiert, aber immer noch Präsident des Landes. Nun muß das Verfassungsgericht über den Antrag auf Amtsenthebung entscheiden. Dazu hat es 180 Tage Zeit. Lehnt das Verfassungsgericht den Antrag ab, bleibt er bis 2027 im Amt. Stimmt das Gericht dem Antrag zu, sind Neuwahlen fällig.

Das Verfassungsgericht muß mit Zweidrittelmehrheit dem Antrag des Parlaments zustimmen, damit Yoon absetzt ist. Es besteht aus neun Richtern, von denen bis letzte Woche drei Posten unbesetzt waren. Mit einer Besetzung von nur sechs Richtern müßten also alle Richter einstimmig den Antrag annehmen. Enthielte sich nur einer von ihnen, wäre der Antrag abgelehnt. Obwohl viele von Yoons Partei nicht mehr hinter ihm stehen und laut Umfragen 75 % der Bürger seine Amtsenthebung befürworteten, würde die PPP doch am liebsten Neuwahlen, die sie verlieren würde, verhindern.

Nach Yoons Verhängung des Kriegsrechts gab es keine Selbstkritik in der PPP. Die Zustimmungswerte der Partei sanken auf 25 %, ein Rekordtief. Nachdem Han Duck-soo (PPP) die Amtsgeschäfte von Yoon übernommen hatte, versuchte er, das Amt als Kabinett „Yoon 2.0“ weiter zu führen. Er lehnte sechs von der Opposition unterstützte Gesetzesvorlagen ab, darunter die Einsetzung einer Sonderermittlungskommission gegen die korrupte First Lady. Um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, daß das Gericht die für die Genehmigung der Amtsenthebung von Yoon erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht, weigerte er sich, die drei vakanten Sitze im Verfassungsgericht neu zu besetzen, was keine 14 Tage nach seiner Ernennung bereits zu seiner Absetzung führte. Choi Sang-mok (ebenfalls PPP), der Han als amtierender Präsident nachfolgte, ernannte am 31. Dezember zwei der drei vakanten Stellen beim Gericht und versprach, den verbleibenden Sitz auch noch zu besetzen.

Der Versuch Yoon zu verhaften

Nachdem Yoon hintereinander drei Vorladungen zum Verhör ignoriert hatte, wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Mächtige Kräfte jedoch haben bisher den Versuch zur Vollstreckung verhindert. Yoon hatte sich in seinem Amtssitz verschanzt und sieht sich immer noch als der rechtmäßige Präsident,

während sowohl seine Gegner als auch seine Anhänger täglich auf die Straße gehen. Seine Anhänger standen vor seinem Amtssitz Tag und Nacht Wache, um seine Verhaftung zu verhindern. Am 2. Januar wurde ein Flyer von ihm verteilt, in dem er sich für die Unterstützung bedankte und erneut gelobte, bis zum Ende zu kämpfen.

Seine Festnahme konnte bisher erfolgen, da der Sicherheitsdienst des Präsidenten und Yoons Anhänger den Zugang zum Gelände von seinem Wohnsitz auf dem Gelände des Präsidentschaftskomplexes blockiert hatten. Ein erster Verhaftungsversuch scheiterte am 3. Januar am Widerstand von etwa 200 Beamten des Präsidialen Sicherheitsdienstes (PSS) und an den Pro-Yoon Demonstranten, die ihnen den Zugang verwehrten. Die etwa 100 Ermittler und Polizeibeamte konnten so nicht bis zur Residenz von Yoon vordringen. Der Sicherheitsdienst des Präsidenten war mit Schusswaffen ausgerüstet, eine physische Konfrontation und Blutvergießen stand zu befürchten. Die Ermittler wurden zurückgezogen.

Rund 2700 Polizisten waren zusätzlich eingesetzt, um die Ordnung aufrechtzuerhalten und mögliche Zusammenstöße zwischen den Ermittlern und Yoons Anhängern zu verhindern. Der Haftbefehl wurde erneuert. Inzwischen ist der PSS zu einer Privatarmee des Präsidenten degradiert. Sie hatte die Barrikaden vor seiner Residenz durch zusätzliche Busse verstärkt sowie das Gelände mit Stacheldraht und Ketten am Eingangstor abriegelt. Gegen den Chef des PSS, Park Chong-jun, wird inzwischen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt ermittelt.

Yoons Anhängerschaft

Im Jahr 2022 gewann Yoon die Wahl mit 50,8 %. Seine Zustimmungsrate ist seit her ständig gesunken und beträgt seit dem Putschversuch nur noch 11 %. Yoons PPP wurde bei den Parlamentswahlen im April 2024 vernichtend geschlagen. Aber obwohl das Stimmenverhältnis im Parlament 192 zu 108 gegen Yoons PPP steht, bildet die PPP alleine die Regierung. Yoon ist nur noch auf dem Papier der Präsident des Landes. Seine Regierung hat keine Mehrheit, ohne die Zustimmung der Opposition kann sie keine Gesetze verabschieden. 75 % der Menschen in Südkorea forderten, daß Yoon eingesperrt wird. Daß ihm das Gefängnis bisher erspart blieb, verdankte er den juristischen Spitzfindigkeiten seines Anwaltsteams, seinem Sicherheitsdienst und der Hilfe seiner rechtsextremen Anhänger.

Yoon ist ein fleißiger You-Tuber und hat auf seinem Kanal tausende von rechtsextremen Anhängern, die er aufstachelt. You-Tube-Aktivistinnen und Influencer schüren das politische Feuer in Korea, sie befeuern auch Yoon und waren für seinen knappen Wahlsieg 2022 verantwortlich. Die You-Tuber richten ihren Haß vornehmlich gegen Kommunisten und gegen Frauenrechte. Daß die Menschen den Mainstreammedien nichts mehr glauben, ist ein globales Phänomen. Die Yoon-freundlichen Plattformen

bieten den Nutzern radikalisierende rechtsextreme Inhalte. Yoon beflügelte seine Anhänger erneut, nachdem er sich in seiner Residenz verschanzt hatte, indem er sie wissen ließ, er verfolge ihre Aktivitäten auf You-tube. Hannam-dong, das Präsidentenviertel in Seoul, ein beliebtes Ziel für junge Leute und ausländische Touristen, hat sich seit Ausstellung des Haftbefehls gegen Yoon in ein Schlachtfeld verwandelt. Der radikalste Anführer der Pro-Yoon-Demonstranten ist der christliche Pfaffe und Sektengführer Jeon Kwang-hoon, Präsident des Christlichen Rates von Korea und eine der Schlüsselfiguren bei der Gründung der Christlich-Liberalen Partei. Er wird in vielen großen südkoreanischen Medien als rechtsextremer Pastor bezeichnet und meint, daß Präsident Yoons Verhängung des Kriegsrechts ein Geschenk Gottes an die koreanische Kirche sei. (wikipedia) Ein anderer Teil seiner Anhängerschaft ist Mitglied der von Yoon selbst gegründeten ominösen rechtsextremen Bewegung New Korean Freedom. Diese beiden Gruppen bilden den Großteil der Protestler, die vor seiner Residenz in Seoul bei Temperaturen um den Gefrierpunkt Wache hielten, um seine Verhaftung zu verhindern. Wessen Geistes diese sind, sieht man daran, daß sie neben der koreanischen Fahne stets auch die US-amerikanische Fahne bei sich trugen. Die Fahnen wurden von den Organisatoren der Demos vor Ort gratis verteilt. Zudem unterstützen Mitglieder der PPP eine Bürgerinitiative, die sich als „antikommunistische Jugendgruppe“ bezeichnet und versprach, Ermittler davon abzuhalten, Yoon Suk Yeol festzunehmen. Die Gruppe hat eine Untereinheit namens „Baekgoldan“, die als „Bürgerwehr“ fungiert und den Schutz des Präsidenten übernahm. Daß Yoons Anwaltsteam, das mit fadenscheinigen Argumenten gegen jede Anklage Yoons Einspruch erhob, durchweg aus reaktionären Juristen besteht und kein Problem mit Diktatoren hat, dürfte kaum verwundern. Skandalös ist dagegen das Verhalten seiner „Palastwache“, des Präsidialen Sicherheitsdienstes PSS. Immerhin besteht sie aus öffentlichen Bediensteten, die der Rechtsstaatlichkeit unterliegen und vom koreanischen Staat bezahlt werden. Statt mit den Ermittlern zusammenzuarbeiten und sich an der Vollstreckung des Haftbefehls zu beteiligen, hatte sich der Präsidentensicherheitsdienst direkt dem Präsidenten und nicht dem Innenministerium – ein Gesetz noch aus den Zeiten von vorhergehenden koreanischen Diktatoren, die sich mit einer eigenen Leibwache umgaben. Die Regierung Yoon erhöhte das Budget für die PSS um das Doppelte und rekrutierte 60 neue Agenten. Gleich, nachdem Yoon Präsident wurde, ernannte er seinen Schulfreund Kim Yong-hyun zum Chef der PSS. Später wurde Kim Verteidigungsminister und heckte zusammen mit Yoon den Putschplan aus. Inzwischen sitzt er im Gefängnis. Als

Chef der PSS ernante Yoon, nachdem Kim Verteidigungsminister geworden war, Park Jong-joon. Park war früher stellvertretender Chef der PSS unter Präsidentin Park Geun-hye, die im Jahr 2016 mit der Möglichkeit des Kriegsrechts spielte, bevor sie abgesetzt wurde. Lange gelang es Yoon, den Staat und dessen Sicherheitskräfte gegeneinander auszuspielen, doch am 15. Januar ist ein erneuter Versuch, Yoon zu verhaften, erfolgreich verlaufen. Während vor dem Gelände 3000 Polizisten die Ordnung sicherstellten, konnte eine Spezialeinheit von 1000 (!) Mann bis zur Residenz von Yoon vordringen und zur Vernehmung abführen. Dabei verweigerte er die Aussage und die Unterschrift unter das Vernehmungsprotokoll. Yoon befindet sich derzeit in Untersuchungshaft, weil er beschuldigt wird, einen Aufstand angeführt und Machtmißbrauch begangen zu

haben. Gleichzeitig läuft ein Verfahren zur Bestätigung seiner Amtsenthebung. Der Haftbefehl war nur 48 Stunden gültig. Da die Vernehmung wenig ergiebig war, wurde ein neuer Haftbefehl erlassen, der 20 Tage gilt. In dieser Zeit bereitet die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen Yoon vor.

Zur Rolle der USA

Während der US-Imperialismus vorgibt, die Demokratie zu unterstützen, hält er die koreanische Halbinsel seit 1945 besetzt und hat nach dem Ende des Koreakrieges eine entmilitarisierte Zone mit Tausenden von US-Truppen eingerichtet, um die Halbinsel geteilt zu halten. Washington hat den Aufbau von NATO-ähnlichen Allianzen in Asien unter seiner Führung initiiert, und Yoon hat dabei mitgeholfen. Zu ihren Verbündeten gehören Japan, Australien

und die ehemaligen US-Kolonien Philippinen und Südkorea. Die sollen Militärstützpunkte und Kanonenfutter für einen Krieg gegen Nordkorea und China bereitstellen. Washingtons Versuche, Südkorea zu einem regionalen Dreh- und Angelpunkt gegen China zu machen, sind die eigentliche Ursache der derzeitigen politischen Krise. Die Menschen in Südkorea müssen befürchten, zwischen die Fronten zu geraten. Der Versuch der USA, ein trilaterales Bündnis zwischen Japan, Südkorea und den USA gegen China aufzubauen, ist nach hinten losgegangen. Washington ignoriert die innenpolitischen Spaltungen in Südkorea und unterstützte blind das undemokratische Vorgehen der Yoon-Regierung gegen den Willen der Südkoreaner.

KLJ

15.1.2025

Sind die USA ein Schurken-Staat?

Stefania Maurizi zeichnet den Weg von WikiLeaks und Julian Assange nach

Die große Sünde Assanges bestehe darin, daß er die Wahrheit gesagt hatte, so Ken Loach in einem Vorwort zu einem Buch, das der Geschichte von WikiLeaks nachgeht und damit zugleich eine Außenpolitik der USA dokumentiert, die auf militärischer Stärke und Kriegseinsätzen basiert. Rund 15 Jahre lang recherchierte die italienische Journalistin Stefania Maurizi zu den Hintergründen. Sie arbeitete ab 2009 für ihre jeweiligen Zeitungen mit WikiLeaks und Julian Assange zusammen und ist im internationalen Journalismus die einzige, die die gesamten WikiLeaks-Dokumente kennt. Mit dem Buch „Secret Power“ ist damit die Geschichte eines mutigen, lange Zeit inhaftierten Journalisten entstanden, der gnadenlos verfolgt wurde, weil er sich getraut hatte, die Verbrechen einer Weltmacht publik zu machen.

Die Autorin beschreibt detailliert die Arbeitsweise und den Kampf von Julian Assange, welche eigentlich Vorbild und Lehre für einen investigativen Journalismus sein sollten. Doch genau dafür mußte Assange fünf Jahre und zwei Monate in Haft im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh verbringen, das auch als „britisches Guantanamo“ bekannt ist. Erst „nach 14 Jahren willkürlicher Festsetzung“, die Zeit im Botschafts asyl mitgerechnet, kam er endlich frei.

Erinnern wir uns: Der britische Innenminister Jack Straw von der Labour Party lehnte einst die Auslieferung des chilenischen Diktators Augusto Pinochet aus angeblichen medizinischen Gründen ab und Premierministerin Margaret Thatcher gab dem Massenmörder später freies Geleit. Pinochet verließ London in einem Rollstuhl, aus dem er sich jedoch nach seiner Ankunft auf dem Flughafen in Santiago de Chile beschwerdelos und agil wie ein junger Mann erhob.

Dagegen wurde Julian Assange durch Scotland Yard am 11. April 2019 aus der Botschaft von Ecuador gezerrt und unter unwürdigen Bedingungen eingebuchtet. Ihm drohte

die Auslieferung an die USA, die ihn bis zu 175 Jahren hinter Gittern sehen wollten. Obamas Vizepräsident Joe Biden nannte Assange einen „high-tech terroristen“. In den USA waren einige Politiker sogar der Meinung, wie *Huffington Post* berichtete (7.12.2010), man sollte „den Hurensohn widerrechtlich ... erschießen“. Die ehemalige Gouverneurin von Alaska, die ultrakonservative Republikanerin Sarah Palin, hatte vorgeschlagen, Assange „wie einen Al-Qaida-Führer zur Strecke zu bringen“, und ihr Parteikollege Newt Gingrich hatte ebenfalls darauf gedrängt, ihn so „wie Bin Laden zu behandeln“. Die CIA spielte ernsthaft den Plan durch, Assange „zu entführen oder sogar zu töten“. Auch der Whistleblower Edward J. Snowden, dessen Enthüllungen im Sommer 2013 einen Einblick in das Ausmaß der weltweiten Überwachungs- und Spionagepraktiken von Geheimdiensten der USA, Großbritanniens und Deutschlands gab und der dafür mehrfach von nichtstaatlichen Organisationen ausgezeichnet wurde – etwa mit dem Alternativen Nobelpreis – wurde gnadenlos verfolgt. Der ehemalige CIA-Chef James Woolsey wollte Snowden „aufhängen lassen, bis er tot ist“. Stefania Maurizi resümiert, daß die Pläne, diese Journalisten umbringen zu lassen, „keine hohle Phrase“ gewesen, sondern „todernst gemeint“ waren.

Für Chelsea Manning, Angehörige der US-Armee und Nachrichtendienstanalysikerin, waren die brutalen Verhörmethoden der US-Soldaten mit den irakischen Gefangenen so unerträglich, daß sie beschloß, WikiLeaks Kopien von streng geheimen Videos und Dokumenten der Website zuzuspielen. Die Dokumente, worauf zu der Zeit große Medien weltweit erpicht waren, enthüllten die Einsatzregeln im Irak und in Afghanistan, die Lageranweisungen von Guantanamo, die CIA-Videos von Verhören. Was die Medien indes kaum registrierten, war das „*Afghanistan First*“: Vorangegangen waren die Kriege gegen Afghanistan und den Irak und damit die

Errichtung vergleichbarer Lager, so auf dem nördlich von Kabul gelegenen Flughafen in Bagram. Die dortigen Haftbedingungen samt den angewandten Verhör- und Foltermethoden hatten Modellcharakter für Guantanamo. Daß die Foltermethoden hier wie dort eindeutig gegen grundlegende Menschenrechte verstießen und international zu scharfer Kritik führten, tangierte die USA nicht. „Wir haben die Wahrheit über Zehntausende von verheimlichten Kriegsoffern und andere ungesehene Schrecken, über Programme zur Ermordung, Überstellung, Folter und Massenüberwachung herausgefunden und veröffentlicht. Wir haben nicht nur aufgedeckt, wann und wo diese Dinge geschehen sind, sondern häufig auch die Politik, die Vereinbarungen und die Strukturen dahinter“, sagte Julian Assange in einer Rede am 1. Oktober 2024 vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg. Im Prinzip hätten sich die USA wie ein Schurkenstaat verhalten, womit sie eigentlich vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gehörten.

Für die deutsche Ausgabe des in mehreren Sprachen übersetzten Buches verfaßte Maurizi längere Ergänzungen, die den Weg zu Assanges Freilassung nachzeichnen – gewürdigt als Erfolg einer internationalen Solidaritätskampagne.

Das umfangreiche Werk läßt sich kaum angemessen rezensieren, denn kein Satz darin erscheint überflüssig. Um das ganze Ausmaß der US-Verbrechen im afghanischen Gefängnis Bagram und im irakischen Gefängnis Abu-Ghuraib sowie in Guantanamo zu erfahren, empfiehlt es sich als Pflichtlektüre vor allem für alle Freunde und Kritiker eines als „demokratisch“ definierten Staates, dessen Geschichte von Kriegen, Überfällen und Regime Changes durchzogen ist.

Dr. Matin Baraki

Stefania Maurizi: Secret Power. Der Angriff auf WikiLeaks und Julian Assange, PapyRossa Verlag, 2025, 463 Seiten, 28 Euro

Niger: Jahrestag und erste Zwischenbilanz

Priorität: gegen Terror und Schuldenlast

Zum Jahrestag der Republik am 18. Dezember fand der Präsident des „Nationalrats für den Schutz des Vaterlandes“ CNSP, Abdourahamane Tchiani, starke Worte: Er habe sich dem „Prozeß zur Wiedererlangung unserer vollen Souveränität verschrieben, die für unsere Sicherheit und Entwicklung unerlässlich ist“. Der gewichtigste Punkt ist aktuell, neben der militärischen Unabhängigkeit – dem Abzug neokolonialer Besatzungstruppen – die Befriedung des Landes, der Kampf gegen die bewaffneten Banden, gegen die nunmehr die Armee auch türkische Drohnen zur Aufklärung einsetzt. Am 10. Dezember, nahe der Grenze zu Burkina Faso, hatte die islamistisch motivierte Gruppe JNIM 130 nigrische Soldaten in einem Hinterhalt getötet. Drei Tage vorher hatte 100 km entfernt ein Gefecht 23 Soldaten und 30 Dihadisten das Leben gekostet. Dennoch beginnt die militärische Zusammenarbeit der drei Sahel-Armeen zu greifen. Nach der Bildung von „schnellen Eingreiftruppen“ in Problemzonen schreitet die systematische Befriedung der ländlichen Regionen fort.

Für die internationale Presse scheint der Terror ungebrochen: Die vom französischen Geheimdienst gesteuerte „Patriotische Befreiungsfront“ FPL, welche die Freilassung des abgesetzten Präsidenten Bazoum fordert, bedroht die ökonomische Lebensader des Landes, die 1980 km lange Ölpipeline von den chinesischen Ölfeldern in Agadem nach Benin. Sie brüstete sich im Juni mit der Ermordung von sechs zur Bewachung der Pipeline abgeordneten Soldaten. Die relativ kurze Grenze nach Benin ist streng kontrolliert, aber die zu Nigeria beträgt etwa 1600 km. Die nigrische Militärregierung beschuldigte nunmehr am 20. Dezember im Staatsfernsehen konkret Nigeria, die über die Grenze agierenden Terroristen zu unterstützen. Die Bedrohung der Niger-Benin-Pipeline durch die Terrororganisation FPL schädigt nicht nur die ökonomisch-politische Stabilität Nigers, sondern gleichzeitig auch chinesische Interessen: Das chinesische Staatsunternehmen CNPC ist der größte Investor in Niger und hat die Mega-Pipeline vom Joint-venture-Ölfeld Agadem (Region Diffa) zum Ozeanhafen Seme Kraké in Benin gebaut. Das Projekt, das Öl aus dem Agadem-Feld mit einer Pipeline nach Süden über die Hauptstadt des Nachbarlandes Tschad N'Djamena in die bestehende Pipeline von Doba an den von China neu gebauten Hafen Kribi in Kamerun zu leiten, hängt von der multinationalen Finanzierung ab. Auch der geplante Bau einer zweiten Raffinerie in Dosso, um die Ressourcen optimal zu nutzen und die anderen AES-Staaten zu versorgen.

Dabei steht Niger finanziell mit dem Rücken zur Wand, auch wenn der Weltwährungsfonds noch im November einen Kredit von 51,4 Mrd. Dollar zugesagt hatte und gemäß Weltbank in diesem Jahr 8,8 % Wirtschaftswachstum erwartet wird. Im April wurde noch von der westafrikanischen Währungsunion UEMOA ein Kredit von 733 Mio. Dollar mit einem Zinssatz von 9,3 % aufgenommen. Nach Moody's drückte der Zahlungsverzug von 500 Mio. Dollar. Obwohl die Allianz der Sahelstaaten AES aus der Westafrikanischen



Nigers Staatschef Abdourahamane Tchiani

Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO/ECOWAS ausgetreten ist, half dazu im Mai die Westafrikanische Zentralbank mit dem Ankauf von Nigers Staatsobligationen in Höhe von 121 Mio. Dollar – ein Signal, die Sahelstaaten zum Verbleib im neokolonialen Verbund der CEDEAO/ECOWAS und in der Franc-CFA-Zone zu motivieren?

Wie in der Allianz der Sahelstaaten AES ist auch in Niger die wirtschaftliche Souveränität oberstes Ziel. So wurde der Druck auf ausländische Bergwerksgesellschaften erhöht, die geänderten Gesetze zu respektieren, die eine größere Staatsbeteiligung, erhöhte Steuern und Abgaben vorsehen. Wie in Mali bei den kanadischen Goldbergwerken, verlangt auch die nigrische Militärregierung vom chinesischen Ölgiganten CNPC nach einem Audit eine Steuernachzahlung von 100 Mio. Dollar. Auch befreundete Wirtschaftsbeziehungen sind Widersprüchen ausgesetzt: Das Ölfeld „Bilma“, von CNPC für Hunderte von Millionen Dollar erkundet, hatte im März Junta-Chef Abdourahamane Tchiani in nationaler Hand behalten und die Lizenz dem staatlichen Ölunternehmen SONIDEP zur Erschließung zugesprochen. TOP-Manager von CNPC reisten zu Verhandlungen nach Niamey, über deren Gesprächsergebnisse nichts verlautet ist. Dabei hatte das chinesische Staatsunternehmen CNPC im Juni 400 Mio. Dollar (gegen 7 % Zinsen) vorgeschossen, damit Niger fällige Kreditzinsen bedienen konnte.

Mit dem nigrischen Uran (4,7 % der globalen Produktion) braut sich ein neuer Konflikt zusammen, der Niger teuer zu stehen kommen könnte: Der französische Uran-Gigant Orano (45 % Staatsanteil) hat am 20. Dezember „ein internationales Schiedsverfahren gegen den Staat Niger“ angestrengt, nach dem „Entzug seiner Lizenz zum Betrieb von Imouraren am 19. Juni 2024“.

Orano hatte Ende Oktober auch die Aktivitäten seines Tagebau-Bergwerks *Somair* eingestellt und seine 780 Mitarbeiter entlassen, nachdem das Uran nicht exportiert werden konnte. Lokale Manager versuchen, die Mine trotz allem am Laufen zu halten. Die Regierung ermutigte türkische Unternehmen einzusteigen und schloß am 21. Oktober in Ankara eine Vereinbarung mit der Türkei zur Exploration. Die kanadische *GoviEx* behält sich nach dem Entzug der Abbaulizenz für die Uran-Mine *Madaouela* bei Arlit weitere Schritte vor und konzentriert ihre Investitionen auf das Projekt Mutanga in Zambia. Die kanadische *Global Atomic* – von den USA mit Kredit unterstützt und von der Regierung Nigers zu investieren ermutigt – hingegen hat am 19. Dezember eine neue Vereinbarung für den Verkauf des Urans ihrer Uranmine Dasa mit europäischen Unternehmen geschlossen. Staatschef Abdourahamane Tchiani

stellte in seiner Jahresansprache aber auch dar „was wir geschafft haben“, die Fortschritte in der Allianz der Sahelstaaten, wie die Freizügigkeit ohne Visa oder das Verbot, Getreide zu exportieren, um die Nahrungsmittelsicherheit zu gewährleisten. Nationale ökonomische Maßnahmen zugunsten der Kaufkraft der Bevölkerung wirken, wie Preissenkungen für Benzin und Zement und der Bau von Schulen. Die kleinen Bauern können in weiten Teilen des Landes ihre Felder ohne Terrorgefahr bestellen und beginnen, sich zusammenzuschließen. Agrarinitiativen bekamen Traktoren, Brunnen wurden gebohrt, die Bewässerung von Feldern organisiert, einträgliche Preise für Agrarprodukte wurden staatlich festgelegt. (Die Weltbank stellte eine fast 10prozentige Abnahme der absoluten Armut fest, die aber immer noch bedrückende 40 Prozent beträgt.) Die Übergangsregierung bereitet die „assises nationales“ vor, die eine Periode der Transition einleiten sollen. In dieser Versammlung werden, wie im Jahr 2022 im Senegal, „die konstruktiven gesellschaftlichen Kräfte“ im Konsensus eine neue Verfassung ausarbeiten: Bürgerinitiativen, Parteien, Religionsgemeinschaften, Vertretungen der Arbeiter, Fischer und Bauern, Jugend-, Studenten- und Frauenorganisationen. Aber was die Durchführung der Transition, der Zielsetzungen und die Zeitspanne betrifft, stehen noch Informationen aus.

Georges Hallermayer

Ein großer Sieg (Teil 3 und Schluß)

Über 200 Millionen Wähler, waren am 27. November in Indonesien aufgerufen, ihre Stimmen für neue Gouverneure und Bürgermeister abzugeben. Die Kandidaten, die vom indonesischen Präsidenten Prabowo Subianto unterstützt wurden, haben die regionalen Wahlen des Landes gewonnen, mit Ausnahme des Gouverneursamtes in der Hauptstadt Jakarta, das als Sprungbrett für das Amt des nächsten Präsidenten gilt. Dort gewann der Kandidat der PDI-P mit knappen 50,07 % der Stimmen.

Die PDI-P, die größte Partei des Landes, hat von allen Parteien die meisten Stimmen bekommen und damit die Wahlen gewonnen. Es ist unumstritten, daß es eine massive Mobilisierung von regionalen Führungskräften und dem Sicherheitsapparat gab, vielerorts griff die Polizei aktiv zugunsten der Jokowi-Leute in den Wahlprozess ein. Die Polizei steht unter der Aufsicht des Präsidenten, der zum Zeitpunkt der Wahlen noch Jokowi war. Um zukünftigen Machtmißbrauch zu vermeiden, fordert die PDI-P die Unterstellung der Truppe unter das Innenministerium. Die offiziellen Wahlergebnisse wurden von der Wahlbehörde am 9. Dezember bekanntgegeben, das von Prabowo geführte Regierungsbündnis „Vorwärts Indonesien“ (KIM) hatte den Wahlausgang bereits nach den ersten Auszählungen als „großen Sieg“ gefeiert. Ein Wermutstropfen für KIM war die geringe Wahlbeteiligung von um die 65 %. In Jakarta lag sie bei 57 %. Angestrebt wurden mindestens 82 %, die Zahl der aktiven Wähler bei den Präsidentschaftswahlen im Februar. Die regionalen Führungspersönlichkeiten geben den Ton für die Arbeitsbeziehung zwischen der nationalen Regierung und den jeweiligen Provinzen, Regentschaften und Städten an. Als lokale Entscheidungsträger überwachen sie die Umsetzung der Infrastrukturprojekte vor Ort, in rohstoffreichen Regionen verwalten sie die Ressourcen. Die Regionalwahlen galten dieses Mal auch als erster Test für Prabowo, der am 20. Oktober das Amt des Präsidenten übernommen hat.

Eine neue politische Dynasie

Jokowi, ein Möbelhändler, der von 2014 bis Oktober letzten Jahres Präsident Indonesiens war, hat seine Amtszeit dazu genutzt, Beziehungen zu einflussreichen Leuten in der Elite des Landes zu knüpfen und Familienmitglieder und Kumpane in wichtige Positionen zu bringen. Gehen in den Ländern des Westens Leute in die etablierten Parteien und in die Politik, um eine persönliche Karriere aufzubauen, so machen sie es in Asien meist deshalb, um mit ihren Familien ein Geschäftsimperium auf- oder auszubauen. Dies ist nicht nur in Indonesien, sondern auch in den Philippinen, in Thailand, Kambodscha usw. der Fall. In Myanmar ist die herrschende Militärjunta gleichzeitig der größte Unternehmer in allen Branchen des Landes, von den Banken über die Industrie bis zum Transport und der Industrie. Die politischen Parteien stehen unter der Vorherrschaft einflußreicher Familien. Die Parteien

haben keinen Klassenbezug, sie sind ein Netzwerk und ein Vehikel zur Durchsetzung von Geschäfts-, Privat- und Familieninteressen eines bestimmten Teils der Elite, auch in „sozialistischen“ Republiken wie Laos und Vietnam. Die Parteimitglieder wechseln die Parteien wie das Hemd. Parteien, die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, gibt es so gut wie nirgends in diesen Ländern.

Jokowi, der fast zwei Jahrzehnte lang Mitglied der von der Tochter des gestürzten Präsidenten Suharto geführten PDI-P war und auf diesem Ticket Präsident wurde, trennte sich während des Präsidentschaftswahlkampfes 2024 von der PDI-P, nachdem er seine Unterstützung für die Gerindra-Partei von Prabowo und nicht für den



Regionalwahlen in Indonesien im November 2024

Kandidaten der PDI-P ausgesprochen hatte. Mit Prabowo hatte er ausgehandelt, daß dieser nach seinem Wahlsieg Jokowi's Sohn Gibran zum Vizepräsidenten ernennen würde. Um eine möglichst große Regierung aufzustellen, wurde bereits vor Prabowos Amtsantritt das Gesetz geändert, das die Größe des Regierungskabinetts begrenzt. Prabowos Regierungskoalition KIM sind sieben der acht im Parlament vertretenen Parteien, mit Ausnahme der PDI-P, beigetreten. Die PDI-P, wenn auch die größte der im Parlament vertretenen Parteien, ist als einzige Oppositionspartei allein auf weiter Flur. Prabowo wählte aus dem Parteiengemisch 109 Minister und leitende Beamte, die alle als Regierungsmitglieder gelten. Damit ist jede ernsthafte Opposition ausgeschlossen. Nun galt es, bei den Regionalwahlen möglichst viele Mitglieder dieser Parteien in die Regionalverwaltungen zu bringen, damit diese die von der Regierung beschlossenen Programme reibungslos umsetzen. Auch hieran war der umtriebige Jokowi eifrig beteiligt, besonders dort, wo nahe Verwandte und Kumpane kandidierten. Er bereiste einen Großteil des Landes, um Wahlkampf für seine Leute zu machen. Bobby Nasution, der mit Jokowi's Tochter verheiratet ist, wurde in Nordsumatra zum Gouverneur der Provinz gewählt. Bobby kandidierte 2020 bei den Bürgermeisterwahlen in Medan auch auf der Liste der PDI-P und gewann. Im November 2023 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, nachdem auch er seine Unterstützung für Prabowo und seinen Mitstreiter Gibran Rakabuming Raka, Bobbys

Schwager, erklärt hatte. Jokowi's ältester Sohn ist Vizepräsident des Landes und ein anderer Schwager ist Richter beim Verfassungsgericht. Bis vor Kurzem war der noch Präsident des Gerichtes, wurde aber wegen Vetternwirtschaft der Präsidentschaft enthoben. Im Dezember schloß die PDI-P Jokowi zusammen mit Gibran aus der Partei aus. Im Januar verlieh die Partei Jokowi eine Auszeichnung für die korrupteste Person des Jahres 2024.

Jokowi hat seinen Wohnsitz in seine Heimatstadt Surakarta auf Zentral-Java zurückverlegt, wo er von 2005 bis 2012 und sein Sohn Gibran von 2021 bis 2024 Bürgermeister waren. Von dort aus wird er weiterhin im Hintergrund die Fäden ziehen und seinen Geschäften und dem weiteren Macht- und Aufbau seiner Familie nachgehen.

Als Präsident hat sich Jokowi durch den Bau einer neuen zukünftigen Hauptstadt, Nusantara, auf der Insel Borneo ein persönliches Denkmal gesetzt. 2022 begannen die Bauarbeiten, erste Regierungsgebäude sind bereits fertig, und 2045 soll das Projekt abgeschlossen sein. Die zukünftige Hauptstadt ist etwa 1200 km von Jakarta entfernt und liegt in einem wenig entwickelten, relativ unbewohnten Teil Indonesiens. Im August 2024 fand in Nusantara unter Jokowi symbolisch die erste Kabinettsitzung statt.

Die 10-Millionenstadt Jakarta dagegen platzt aus allen Nähten. Tägliche Verkehrsstaus, Luftverschmutzung und Überbevölkerung erschweren das Leben. Zudem ist die Stadt auf unsicherem Grund gebaut, ist von regelmäßigen Überschwemmungen bedroht und versinkt langsam, aber sicher im Erdboden. Der Klimawandel und ein steigender Meeresspiegel verstärken das Problem. Ein Schicksal, das Jakarta mit Bangkok teilt.

Die Regionalwahlen haben die Position von Prabowo gestärkt. Jokowi wird durch die Positionierung seiner Familienangehörigen und seiner Kumpane weiterhin einer der einflussreichsten Männer in Indonesien bleiben. Prabowo möchte, daß Indonesien außenpolitisch eine größere Rolle spielt. So hat er knapp einen Monat nach Antritt der Präsidentschaft hintereinander sechs Länder, darunter China und die USA, besucht. Bezeichnend ist, daß seine erste Reise ihn nach China führte und er dort mit China zahlreiche Kooperationsverträge unterschrieb. In Peru nahm er an den Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft (APEC) und der 20 größten Volkswirtschaften der Welt (G20) in Brasilien teil. Seit 2025 ist Indonesien Mitglied der BRICS-Staaten. Prabowo braucht die lokalen Verwaltungen, um harmonische Arbeitsbeziehungen mit der Zentralregierung zu haben. Regionen, in denen KIM-Kandidaten an der Macht sind, können seine Wahlversprechen schneller umsetzen, so auch den Plan, bis zum Ende seiner Amtszeit die Selbstversorgung mit Lebensmitteln und Energie zu erreichen.

Wie Nachrichten zu Propaganda gemacht werden

Einer der wichtigsten Sätze der Kommunikationswissenschaften lautet „Man kann nicht *nicht* kommunizieren“. Auch wenn man die bürgerlichen Medien aus Gründen seines geistigen Wohlbefindens nur sehr dosiert „genießt“, entgehen kann man ihnen auf der Suche nach verwertbaren Informationen nicht gänzlich. Beispielsweise findet sich ja am Ende der „Tagesschau“ immer ein ganz passabler Wetterbericht, oft das einzige von Wert in dieser Sendung. Dennoch lohnt es sich, dort zu verfolgen, was dem Volk gerade wieder an „Nachrichten“ aufgetischt wird. Darüber gänzlich uninformiert zu bleiben, ist ja auch keine besonders gute Option. Zudem ist man besser gewappnet, mit welchen Wirkungen dieser Nachrichten man in seiner unmittelbaren Umgebung zu rechnen hat. Es ist dabei immer

binden aber die Aufmerksamkeit höchst effektiv. Ist diese erst einmal durch die tollen Nachrichten aus dem Leben der Stars, Skandalchen aus dem Fußball oder dem Leben der englischen Royals gebunden, wird das Nachdenken über wirklich Wichtiges zur Nebensache. Denn instinktiv beschäftigt man sich eben mit jenen Häppchen, die man hingeworfen bekommen hat. Und sei es auch nur, um sich dazu ablehnend oder abschätzig zu äußern. Damit hat man leider den Köder schon geschluckt: Man durchdenkt bereits nutzlose und ablenkende Nachrichten.

Leuten, die andere beeinflussen sollen, impft man den simplen Satz ein: „Wer fragt, der führt“. Mit dieser Technik bestimmt man das Gespräch. Man liefert die Vorgabe, auf die der andere nur noch reagieren kann. Agie-

bieren, wird vielen Nutzern überhaupt nicht bewußt. Ganz im Gegenteil: Man unterwirft sich höchst freiwillig der Meinung von Influencern oder dem programmierten Ablauf spannender Spiele. Mit der Konsequenz oft verblüffender Abhängigkeit und Kritiklosigkeit.

Ein gutes Beispiel für diese „Umleitungstechnik“ ist die Berichterstattung über Sportveranstaltungen im Fernsehen. Die Veranstaltungen selbst und die Berichterstattung darüber binden Zeit und Aufmerksamkeit eines Millionenpublikums enorm wirkungsvoll. In der Wahrnehmung der Konsumenten geht es ja um etwas, wofür sie sich brennend interessieren: Um Sport und Begeisterung. Geht es aber wirklich nur darum? Wußten nicht schon die alten Römer, dass sich mit Brot und Spielen die Völker höchst wirkungsvoll regieren lassen? Auf dieses bewährte Rezept stoßen wir unweigerlich, wenn wir an den Wochenenden den Fernseher anschalten, um den Gladiatoren der Neuzeit bei ihrem Tun zusehen. Im alten Rom ging es nicht nur um die Spiele, wenn die Menschen zuhauf in die Arenen strömten. Und so geht es auch heute in den Stadien, an den Strecken, auf den Schanzen und am Fernseher nicht nur um den Sport. Für die Herrschenden ist es außerordentlich zweckmäßig, daß wöchentlich Millionen Menschen begeistert dorthin ziehen, wo man sie mit Sportereignissen unterhält. Denn sie können sich dann eben in dieser Zeit nicht um ihre sozialen Rechte kümmern oder für den Frieden engagieren. Gegen Sportbegeisterung ist nichts einzuwenden. Gegen gut gemachte Unterhaltung auch nichts. Wir sollten nur sehr aufmerksam registrieren, wenn wir mit großem Aufwand und hohen Kosten immer wieder auf dieses Feld abdrängt werden. Im Medienbereich geschieht nichts ohne Absichten. Die Herrschenden spendieren nur deshalb für Stadien, Fußballspieler oder Übertragungsrechte so horrenden Summen, weil deren Wirkung für sie so ungeheuer wertvoll und wichtig ist. Daran darf man bei aller Sportbegeisterung ruhig auch denken. Auch das, was da geschieht oder nicht geschieht, soll etwas mit uns machen oder uns dazu bringen, etwas zu unterlassen. Wie in der Medizin, ist es auch in der Medienutzung die Dosis, die das Gift macht. Es lohnt, achtsam zu sein: Bei den meisten Produkten, die besonders gut schmecken, sind in der Regel auch die Giftmischer nicht weit. Sebastian Lege liefert mit seinen informativen Fernsehsendungen über die „Tricks der Lebensmittelindustrie“ immer wieder sehr anschauliche Beispiele, wie die kapitalistische Massenproduktion die Grundlagen für eine gesunde und ausgewogene Ernährung torpediert. Wir können unbesorgt davon ausgehen, daß ihr die kapitalistische Massenproduktion in der Medienwirtschaft hier überhaupt nichts nachsteht.

Noam Chomsky nennt ein weiteres wichtiges Prinzip, das in den Medien außerordentlich oft zur Anwendung kommt. Er nennt das



Die Wetterkarte wird nicht nur in der „Tagesschau“ oft zur einzigen wahrheitsgemäßen Information

vorteilhaft, die Methoden der Manipulation zu kennen, mit denen in den Medien gearbeitet wird. Noam Chomsky, ein amerikanischer Linguist, hat 2011 mit seinen „10 Strategien, die Gesellschaft zu manipulieren“ eine kluge Beschreibung dieser Manipulationstechniken geliefert. /1/

Die wichtigste von ihnen beschreibt er mit dem Satz „Kehre die Aufmerksamkeit um“. Viele Radiosender beginnen ihre Nachrichten mit der vollmundigen Ankündigung, man bekomme jetzt das Wichtigste aus seiner Stadt, aus der Region und der Welt mitgeteilt. Schaut man genauer hin, handelt es sich oft lediglich um einen dünnen Verschnitt von dem, was das Geschehen in der Welt wirklich ausmacht. Präsentiert wird uns die Welt wie ein Bierdeckel, dessen Zentrum wir selbst sind. Es ist immer wieder erschreckend zu erleben, was uns alles aus dem Leben von fast neun Milliarden anderer Menschen *nicht* mitgeteilt wird. Das Ergebnis: Wir wissen kaum etwas von den wirklichen Problemen, mit denen sie sich herumschlagen und den manchmal großartigen Leistungen, die sie vollbringen. Damit die Bierdeckelgröße nicht auffällt, versorgt man uns ausgiebig mit Nebensächlichkeiten, oft aufgehübscht als „Sensationen“. Die sind meist für unser tägliches Leben wertlos,

ren kann er nicht mehr. So funktionieren auch die vielen Quiz- und Unterhaltungssendungen oder die ständigen Krimis im Fernsehen. Sie liefern die Vorgabe, der man sich ausliefert. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf für uns nur scheinbar Interessantes und Spannendes. Sofort ist ein großer Teil unserer Zeit und unserer geistigen Ressourcen gebunden und für Anderes blockiert. Eigenständiges Nachdenken geht nicht mehr. Viele oberflächliche Urteile unserer Mitmenschen haben mit diesem Manipulationsmechanismus zu tun. Man nimmt ihnen einfach die Zeit zum Nachdenken durch Berieselung mit Unwichtigem. Das ist deshalb so wirksam, weil es sanft und verführerisch daherkommt. Man lechzt nach Unterhaltung und bekommt scheinbar genau, was man braucht. Die sanfte Berieselung ist eine hochwirksame Waffe, die das Denken und Handeln großer Menschengruppen blockiert und umlenkt. Damit ist sie noch wirksamer als die direkte Manipulation von Nachrichten. Übrigens funktioniert diese Technik in den sozialen Medien noch viel besser. Das hat damit zu tun, dass ihr Nutzer seine Auswahl noch viel stärker als seine eigene freie Entscheidung versteht, und an die er gebunden bleibt. Daß auch in diesem Bereich manipuliert wird, daß sich die Balken

„Sprich zur Masse wie zu kleinen Kindern“. Und fährt fort, daß diese Art der „Information“ die geistigen Fähigkeiten ihrer Konsumenten allein schon durch die Art ihrer Verkündung, durch die Simplizität der Argumente oder die Emotionalisierung von Mitteilungen mißbraucht.

Man sollte annehmen, daß es den Menschen sofort auffällt, wenn sie in Nachrichtensendungen wie zwölfjährige Kinder angesprochen und behandelt werden. Das Verblüffende ist: Diese Methode funktioniert trotzdem und gerade deshalb so gut. Denn die Angesprochenen steigen fast immer instinktiv in die vorgegebene Tonart ein. In einer komplexen und komplizierten Welt ist es natürlich angenehm, wenn allem, was einem als Problem genannt wird, auch gleich die einzig mögliche Lösung folgt. Bei dieser Technik reagieren fast alle Menschen ähnlich kritiklos. Sie nehmen die ihnen präsentierten Behauptungen erst einmal für bare Münze und sind dadurch schneller bereit, auch den abenteuerlichsten Schlüssen Gehör zu schenken. Das beste Beispiel für die Massenwirksamkeit dieses Tricks liefert seit Jahrzehnten die BILD-Zeitung: Voller Emotionen, mit eingeschränktem geistigem Gehalt und der felsenfesten Überzeugung, die Welt hundertprozentig zu kennen. Hier treffen wir auf jenes Gebilde, das uns Deutsche in aller Welt so „beliebt“ macht: Wir wissen immer und überall alles genau. Und können treffende Wertungen auch zu den Dingen formulieren, von denen wir überhaupt keine Ahnung haben. Das Interessante ist, daß auf diese simple Technik gerade Menschen mit hohem Bildungsgrad besonders intensiv hereinfallen. Man muß ihnen nur erst einmal die Überzeugung vermitteln, sie hätten die richtigen Argumente ausgewählt. „Ich habe mir meine Meinung frei, unabhängig und umfassend gebildet“, ist die Grundhaltung, bei der die Frage nach der Qualität dessen, woraus sie zusammengefügt wurde, überhaupt nicht mehr gestellt wird. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der allgemeine Kenntnisstand über das, was zum Ukraine-Krieg geführt hat. In der öffentlichen Meinung wird die Vorgeschichte komplett ausgeblendet und das Ganze auf etwas reduziert, was man in jedem Märchenbuch finden kann: auf den Kampf Gut gegen Böse. Man braucht sich dann nur noch an die Seite derer zu stellen, die einem als die Guten geschildert werden. Auch unsere ungeheuer komplexe und komplizierte Welt, internationale Wirtschaftsfragen oder die Migration können dann auf unterstem geistigen Niveau betrachtet werden. Dazu werden Emotionen nach Belieben eingeblendet, ausgeblendet, verändert oder umgelenkt. Meist reicht dazu allein schon ein zusätzliches Adjektiv wie „terroristisch“ oder „verboten“. Oder „demokratisch“ und „wertegeleitet“, wenn positive Gefühle gebraucht werden. „Regime“ und „Machthaber“ produzieren automatisch emotionale Abneigung. Wenn man aber ein erkennbar im Niedergang befindliches undemokratisches Imperium mit der Bezeichnung „größte Demokratie der Welt“ bezeichnet, kann das nur ein wunderbares Land sein. Überführte notorische Lügner oder wackelige Greise werden zu den „mächtigsten Männern der Welt“.

Ihre Gegenspieler sind dann natürlich lediglich „Autokraten“. Die Medien nutzen heute genau diese Methode völlig schamlos und exzessiv. Unter der Hand verwandeln sie unsere natürliche Abscheu vor den Grausamkeiten eines Krieges in eine angeblich erforderliche „Kriegstüchtigkeit“ und lassen uns immer mehr „Wunderwaffen“ bestaunen.

Eine wichtige Rolle bei der Formung des dafür erforderlichen niedrigen Kenntnisstandes spielt die bewußt herbeigeführte Senkung des allgemeinen Kultur-niveaus der Gesellschaft. Man blättere sich nur allein durch ein einziges Abendprogramm des Fernsehens. Das ist fast ausschließlich gefüllt mit Pseudokultur, Krimis, billigen Schmonzetten, Rate- und Kochshows oder unsäglichen Talkshows. Wie soll so etwas helfen, das Wissen der Menschen über die reale Welt und ihre wirklichen Probleme zu erweitern? Oder gar ethisch-moralische Werte zu entwickeln, die man in komplizierten Zeiten so dringend braucht wie die Luft zum Atmen?

Natürlich gibt es da auch lobenswerte Ausnahmen. Manche Wissenschaftssendung bildet wirklich, mancher Reisebericht zeigt die Welt in ihrer Vielfalt, mancher Testbericht weist auf echte Probleme hin. Wir sollten uns dennoch nicht von der irrigen Auffassung leiten lassen, daß Zeitungen und Zeitschriften wie der „Spiegel“, der „Stern“, die „Zeit“, die „Süddeutsche Zeitung“, ARTE oder der Deutschlandfunk, die sich gern als „Qualitätsmedien“ bezeichnen lassen, sachlich und korrekt informieren würden. Es wird dort gewiß intellektuell alles etwas gehaltvoller angerichtet. Aber immer mehr sind auch deren Mitteilungen auf Stimmungsmache ausgerichtet, mit der die Bevölkerung auf den zerstörerischen Regierungskurs eingestimmt werden soll. Wie in der BILD-Zeitung werden in den „Qualitätsmedien“ Rußland als der Hauptfeind und chinesisch als Synonym für hinterlistig und gefährlich dargestellt. Es wird mit Unterstellungen gearbeitet, wichtige Fakten werden ausgelassen, manch andere so umgebogen, daß sie zu einer beabsichtigten Wirkung passen und manchmal auch nur durch plumpe Lügen ersetzt. Eine Wahl, die nicht so ausgefallen ist wie gewünscht, wird dann einfach als „manipuliert“ oder „gefälscht“ verunglimpft. Beweise braucht es dafür nicht. Belege für einen korrekten Verlauf kann man ohne weiteres verschweigen oder unter Generalverdacht stellen und abqualifizieren. Dagegen sind Wahlen in den USA, Großbritannien oder der BRD grundsätzlich der demokratische Willensausdruck ihrer Völker. Egal, wie verworren das entsprechende Wahlsystem ist und wie gering die Aussagefähigkeit ihrer Ergebnisse über die wirklichen Stimmungen und Sehnsüchte der Mehrzahl der Menschen ist. Entsprechen die Wahlergebnisse im Wertewesten einmal nicht den Vorstellungen, hat man ja immer noch das Heer willfähriger Experten, die schon am Wahlabend beginnen, dem Volk zu „erklären“, was es eigentlich hatte sagen wollen. Man kann dann sehr eindrucksvoll beobachten, daß ein Experte jemand ist, der nichts Konkretes weiß, aber es versteht, ellenlang darüber zu reden.

Man ist bei der Nutzung bürgerlicher Medien immer gut beraten, den Unterschied zwischen Nachrichtenvermittlung und Propaganda zu beachten. Dazu schrieb der Watchblog für Desinformation und Propaganda in deutschen Medien schon vor Jahren sehr treffend: „Charakteristisch für Propaganda ist, daß sie die verschiedenen Seiten einer Thematik nicht darlegt und Meinung und Information vermischt. Wer Propaganda betreibt, möchte nicht diskutieren und mit Argumenten überzeugen, sondern mit allen Tricks die Emotionen und das Verhalten der Menschen beeinflussen, beispielsweise, indem sie sie ängstigt, wütend macht oder ihnen Verheißungen ausspricht. Propaganda nimmt dem Menschen (jegliches, d.A.) Denken ab und gibt ihm (dafür, d.A.) das Gefühl, mit der übernommenen Meinung (absolut, d.A.) richtig zu liegen“. /2/ Wir sollten auf so etwas sehr selbstbewußt reagieren: Wir wissen, wie ihr denkt und was ihr wollt. Euren ungenießbaren Nachrichtenbrei brauchen wir nicht. Unsere Köpfe sind uns zu wichtig, als das wir sie von euch mit Müll vollstopfen lassen. Wir werden uns das Denken von euch weder abnehmen, verbiegen oder verbieten lassen.

Joachim Seider
Berlin

/1/ veröffentlicht auf gulli.com/news/10-strategien-die-gesellschaft-zu-manipulieren-2011-06-08

/2/ Die Propagandaschau – Watchblog für Desinformation und Propaganda in deutschen Medien, Zitiert nach Jürgen Wernicke „Lügen die Medien?“, Westend Verlag 2017, S. 120



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Wenn der Spiegel aus Moskau berichtet ...

Im Spiegel ist ein Artikel des Moskauer Büros erschienen, der die Wahrheiten mal wieder auf den Kopf stellt. Demnach würden in Rußland junge Männer gejagt, um sie zwangsweise an die Front zu verfrachten. Verwechselt der Spiegel Rußland und die Ukraine?

Ich bin von Christina Hebel, der Lügenbaronin des Spiegel, einiges gewöhnt, aber ihr aktueller Artikel über Wehrpflichtige in Rußland, erweckt den Eindruck, daß sie Rußland mit der Ukraine verwechselt. Daß Frau Hebel in ihren Artikeln sogar so dreist lügt, daß der Spiegel sie hinterher heimlich ändern muß, ist nicht neu. Daß Frau Hebel anti-russisch ist, ist ebenfalls nicht neu. Aber der Spiegel-Artikel von Frau Hebel mit der Überschrift „Wehr-

(oder dem Ersatzdienst) verweigern, den Begriff „Totalverweigerer“, und ihnen drohen laut Gesetz übrigens empfindliche Strafen. Als Lektüre empfehle ich dazu das Wehrstrafgesetz (WStG), denn dort erfährt man, daß die Strafe für „Eigenmächtige Abwesenheit“ (§ 15 WStG) in Deutschland bis zu drei Jahre Haft beträgt. Sogar auf „Leichtfertiges Nichtbefolgen eines Befehls“ (§ 21 WStG) stehen bis zu zwei Jahre Haft. Die Liste der Strafen in dem Gesetz ist lesenswert.

Aber zurück zum Thema der Totalverweigerer. Sollte die Wehrpflicht in Deutschland wieder in Kraft gesetzt werden, gilt für Totalverweigerer, daß sie von Polizei und Feldjägern gesucht werden. Werden sie gefaßt, gibt es zunächst Disziplinarmaßnahmen der

in Deutschland. Aber Frau Hebel nutzt dieses Thema für anti-russische Propaganda, indem sie suggeriert, in Moskau würde die Polizei regelrecht Jagd auf junge Männer machen, um sie an die Front zu bringen, und schon in der Einleitung des Artikels schreibt: „Die Armee von Wladimir Putin braucht dringend Nachwuchs. Die Folge: Polizisten holen junge Männer in Moskau mittlerweile aus U-Bahnen, Autos und Wohnungen, um sie einzuziehen.“

Und im Artikel heißt es beispielsweise: „Schon seit Beginn der sogenannten Spezialoperation werden in Moskau Männer im wehrpflichtigen Alter angehalten und kontrolliert. (...) Es wird regelrecht Jagd auf junge Männer gemacht“, sagt Alexej Tabalow, Leiter der Bewegung ‚Schule für Wehrpflichtige‘. Die Menschenrechtsorganisation informiert jene, die nicht zur Armee wollen, über ihre Rechte.“

Frau Hebel verschweigt hier ziemlich dreist, warum vor allem junge Männer in Moskau heute öfter kontrolliert werden. Der Grund sind die häufigen Terroranschläge der ukrainischen Geheimdienste in Moskau, bei denen die Täter fast immer Männer waren. Alleine in den letzten zwei Wochen gab es in Moskau mehrere versuchte Terroranschläge, von denen einer, die Ermordung des Chefs der russischen ABC-Truppen, erfolgreich war, andere Terrorzellen wurden in den letzten Tagen von russischen Geheimdiensten ausgehoben, bevor sie Anschläge begehen konnten. Und das sind nur die bekannt gewordenen Fälle, aus ermittlungstechnischen Gründen wird bekanntlich nicht über alle vereitelten Terroranschläge berichtet.

Es gibt also einen sehr konkreten Grund für die vermehrten Kontrollen in Moskau, die allerdings im Alltag kaum zu spüren sind. Moskauer Freunde haben mir von Kontrollen erzählt, ich selbst war im Dezember insgesamt fast zehn Tage in Moskau, wurde aber nicht ein einziges Mal von der Polizei angesprochen.

Von Menschenjagden, über die Frau Hebel berichtet, kann in Rußland keine Rede sein. Vielmehr vermengt Frau Hebel, um einen weiteren, dramatisch klingenden anti-russischen Artikel zu schreiben, zwei Themen, die nichts miteinander zu tun haben: Die vermehrten Polizeikontrollen in Moskau wegen der ukrainischen Terroranschläge, und das auch in Deutschland bekannte Phänomen der Totalverweigerer.

In Rußland müssen Wehrpflichtige übrigens nicht an die Front im Donbass, dort werden nur Berufssoldaten eingesetzt. Aber bei Frau Hebel klingt das natürlich ganz anders und sie suggeriert den Spiegel-Lesern, daß in Rußland junge Männer von der Straße eingefangen werden, um sie an die Front zu schicken.

Nicht gelogen, „nur“ suggeriert

Frau Hebel berichtet aus Moskau und sie kennt natürlich die russische Gesetzeslage, die das bewusste Verbreiten von Lügen über die russische Armee und ihren Einsatz an der



Vor diesem Haus in Moskau ermordeten Agenten des Kiewer Geheimdienstes am 17.12.2024 General Igor Kirillow

dienst in Rußland – „Wir finden dich, Verweigerer“ ist ein bemerkenswertes Stück Desinformation aus dem Handbuch der westlichen Propaganda, weshalb sich ein näherer Blick auf den Artikel lohnt, um die Mittel der Propaganda zu verstehen.

Die Kurzversion des Artikels ist schnell erzählt: Frau Hebel berichtet über einige junge Männer aus Moskau, die sich vor dem Wehrdienst verstecken, und sie erweckt dabei den Eindruck, in Rußland würden regelrechte Menschenjagden stattfinden, um junge Männer gegen ihren Willen an die Front zu verfrachten.

Etwas Normales zur Sensation aufblasen

In Rußland gilt die Wehrpflicht und wie in jedem Land der Welt, in dem die Wehrpflicht gilt, ist es eine Straftat, sich dem Wehrdienst zu entziehen. Das gilt für Rußland genauso, wie übrigens auch für Deutschland, wo die Wehrpflicht nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt wurde. In Deutschland gibt es für Wehrpflichtige, die sich dem Wehrdienst

Bundeswehr (inklusive Arrest), danach werden ihre Fälle der Staatsanwaltschaft übergeben, die wegen Gehorsamsverweigerung und anderer Straftatbestände, wie der schon erwähnten eigenmächtigen Abwesenheit, oder Fahnenflucht Strafverfahren eröffnet.

All das erfährt man in dem Artikel von Frau Hebel aber nicht, obwohl es früher immer wieder, auch im Spiegel, Berichte über deutsche Totalverweigerer gegeben hat. Frau Hebel schreibt stattdessen einen emotionalen und dramatischen Artikel über einige Russen, die sich der Wehrpflicht entziehen, deswegen von der russischen Polizei gesucht werden und sich verstecken, wobei sich nicht überprüfen lässt, ob es diese Fälle gibt, oder ob Frau Hebel sie sich ausgedacht hat.

Menschenjagden in Rußland?

Natürlich gibt es in Rußland, wie in jedem Land mit geltender Wehrpflicht, einige Männer, die sich dem Wehrdienst zu entziehen versuchen. Das ist nichts Besonderes, sondern normal und wie gesehen, gab es das auch

Ukrainefront unter Strafe stellt. Daher formuliert Frau Hebel das sehr geschickt, indem sie beispielsweise schreibt:

„Zwölf Monate dauert die Grundausbildung als ‚Srotschnik‘ bei der russischen Armee: Das Training an der Waffe schließen die Wehrdienstleistenden nach wenigen Monaten ab, danach müssen sie Dienst in ihren Einheiten tun. Lange hieß das vor allem herumsitzen. Heute nicht mehr.“

Frau Hebel weiß sehr genau, daß Wehrpflichtige in Rußland nicht an die Front kommen. Da sie nach russischem Recht zu dem Thema nicht offen lügen darf, was ihr Probleme an ihrem Wohnsitz Moskau einbringen würde, suggeriert sie die Unwahrheit, ohne sie tatsächlich zu behaupten, indem sie schreibt, lange habe Wehrdienst in Rußland „vor allem herumsitzen“ bedeutet, aber „heute nicht mehr“.

Was ist denn heute, liebe Frau Hebel? Heute gilt für Wehrpflichtige nichts anderes als zuvor. Und das weiß Frau Hebel auch, ansonsten hätte sie ja offen schreiben können, daß Wehrpflichtige in Rußland an die Front geschickt werden. Da das eine bewußte Lüge über die russische Armee wäre, für die Frau Hebel in Rußland strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnte, spricht sie diese Lüge nicht aus. Aber sie formuliert ihren Artikel bewußt so, daß der deutsche Leser zu diesem Schluß kommt.

Obwohl Frau Hebel so offen anti-russisch berichtet, darf sie weiterhin aus Moskau

berichten und hat eine Akkreditierung für Journalisten vom russischen Außenministerium, während russische Journalisten im Westen immer öfter ausgewiesen werden, wie erst vor einem Monat das Team eines russischen Fernsehsenders aus Deutschland. Wo kann die Presse also freier arbeiten? Im Westen, oder in Rußland?

Das westliche Propagandaprinzip der „Projektion“

Für das, was Frau Hebel hier tut, gibt es einen Fachbegriff, er lautet „Projektion“. Das ist das Prinzip, anderen genau das vorzuwerfen, was man selbst tut. Das ist ein Instrument aus Psychologie und Propaganda, mit dem von den eigenen Sünden abgelenkt und andere dessen beschuldigt werden sollen, was man selbst tut.

Frau Hebel setzt hier das Propaganda-Instrument der Projektion ein, denn sie suggeriert, daß in Rußland das passiert, was in Wahrheit in der Ukraine heute trauriger Alltag ist. Dort fangen Militärrekrutierer junge Männer seit langem gewaltsam auf der Straße, in Bussen und U-Bahnen, in Fitnessstudios, in Einkaufszentren und so weiter ein. Oft werden die Männer, die sich der willkürlichen Zwangseinberufung widersetzen, dabei verprügelt und gewaltsam in Busse gezerrt. Die Rekrutierer dort haben Quoten, die sie erfüllen müssen, weshalb sie bei der Auswahl ihrer Opfer nicht wählerisch sind.

Im Netz gibt es unzählige Videos von diesen Zwangsmaßnahmen und in der Ukraine gibt es für die gewaltsame Verfrachtung von Männern in Busse bereits den Begriff „Bus-sifizieren“, weshalb es in der Ukraine inzwischen unter Strafe verboten wurde, Videos von diesen gewaltsamen Einberufungen zu veröffentlichen. Offenbar arbeiten sogar schon Taxi-Unternehmen in der Ukraine mit den Zwangsrekrutierern zusammen und melden denen männliche Fahrgäste, die am Ziel ihrer Fahrt von Rekrutierern erwartet werden.

Aber über die Zustände in der Ukraine berichtet der Spiegel nicht, obwohl Christian Esch, der ehemalige Chef von Frau Hebel im Moskauer Spiegel-Büro, seit Beginn der Eskalation oft aus Kiew berichtet hat.

Daß es immer noch Menschen gibt, die als Abonnenten auch noch dafür bezahlen, sich vom Spiegel desinformieren zu lassen, ist ein wirklich interessantes Phänomen.

Thomas Röper

Quelle: anti.spiegel.ru, 29.12.2024

Thomas Röper, geboren 1971, lebt seit über 15 Jahren in Rußland. Die Schwerpunkte seiner medienkritischen Arbeit sind das (mediale) Rußlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen und die Themen (Geo-)Politik und Wirtschaft.

Auf dem 2. Bundesparteitag des BSW am 12. Januar in Bonn hat Sevim Dagdelen nachfolgenden Standpunkt vertreten:

Es ist an der Zeit: Ami go home!

„Dieser Bundestagswahlkampf wird immer mehr zu einem Schaulaufen der US-Milliardäre und ihrer Kandidaten in Deutschland. Jeder US-Milliardär, so scheint es, hat in Deutschland mittlerweile seine Partei und seinen Diener. Dabei heißt es doch im Grundgesetz in Artikel 20 Absatz 2 ganz klar: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“

Und deshalb werden wir immer wieder daran erinnern: Nicht die US-Milliardäre entscheiden über die Regierung und die Politik in Deutschland, sondern das deutsche Volk. Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Nicht vom Adel, nicht vom Klerus, nicht von irgendwelchen reichen Leuten. Das war die revolutionäre Erkenntnis des Aufklärers Rousseau. Und dazu stehen wir.

Das ist die Grundlage unserer Demokratie. Und daran werden wir immer wieder erinnern. Wir, das BSW, wir sind die demokratische Erneuerungsbewegung in Deutschland. Und es sind eben auch nicht die US-Präsidenten, die über die Sicherheit der Menschen in Deutschland den Daumen senken.

Deshalb wollen wir einen Schlußstrich ziehen – gegen die Stationierung von US-Angriffswaffen auf deutschem Boden.

Wir wollen keinen Krieg gegen Rußland vom deutschen Boden aus. Wir wollen Frieden mit Rußland!

Und wir wollen auch nicht an der Seite der USA Waffen in alle Kriegsgebiete dieser Welt liefern. Deshalb sagen wir: Keinen Cent, keine Waffen und erst recht keine Soldaten für die Ukraine.

Und wir sagen auch: Keine deutschen Waffen für den Tod von Palästinensern und die Zerstörung im Gazastreifen. Stoppt die Waffenlieferungen an Israel.

Und laßt mich eines noch sagen – gerade jetzt, wo der designierte US-Präsident Donald Trump droht, wenn nötig auch mit Waffengewalt Grönland und den Panama-Kanal zu übernehmen: Wir können uns die 37 000 US-Soldaten in Deutschland schlicht nicht mehr leisten.

Wir sagen: „Ami go home!“ Es ist Zeit. Und wenn wir sagen „Ami go home!“, dann meinen wir natürlich auch, daß der US-Präsident natürlich nicht nur seine Soldaten, sondern auch die US-Atomwaffen endlich aus Deutschland mitnehmen kann, so wie der Bundestag schon 2010 mehrheitlich den Abzug der Waffen beschlossen hat.

Die Vasallentreue deutscher Regierungen gegenüber den USA muß endlich ein Ende finden in der deutschen Politik.

Deshalb sagen wir auch: Es ist an der Zeit, Deutschland, unser Land, verdient Souveränität. In diesem Sinne, für ein soziales, ein demokratisches und ein souveränes Deutschland.“

Schlicht Küchengereimtes

Ach, wüßt ich nur warum
Die Menschen sind so dumm,
Zu glauben noch an das System?
Dies hatte, hat ein Grundproblem:
Betriebe gehören in Volkes Hand;
Das ist seit Marx weltweit bekannt.
Was du stets herstellst Tag für Tag,
Erzeugt Gewinn. Für wen vermag
Der aber sein, da du selbst mußt
Enorm drauf zahlen unbewußt,
Fürs Elend, Krieg und Waffen,
Millionen so hinwegzuraffen,
Daß wenige, milliardenreich
Parasitär sind auch zugleich?

E.Rasmus

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Nach Abschluß der Vortragsserie „Wissenschaftliche Weltanschauung“ des damaligen „Deutschlandsenders“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) werden wir den Lesern des „RotFuchs“ in den nächsten Monaten eine Auswahl historischer Texte aus unserem Archiv zur Verfügung stellen – zunächst aus der Zeitung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (1944 und 1945). Wir verstehen diese Beiträge als Kapitel eines Geschichtsbuchs, das Leserinnen und Leser mit eigenen Kenntnissen, Erfahrungen und Einschätzungen verknüpfen und erweitern werden.

Kampf den Hitlerbanditen!

Wer immer noch nicht wahrhaben wollte, daß Hitlers Krieg verloren ist, der kann es heute aus berufenstem Munde erfahren. Denn womit beschäftigt sich die Naziclique zur Zeit? Mit den Plänen zur Fortsetzung des Kampfes nach der De-facto-Beendigung des verlorenen Krieges!

Im „Schwarzen Korps“ veröffentlicht Himmler die Pläne zur Organisation des Bandenkrieges und der Feme in den Gebieten Deutschlands, die von den Alliierten besetzt werden. Goebbels fordert dazu auf, jedes Haus in eine Bastion zu verwandeln und alles zu vernichten. Der erbärmliche Rundfunkgeneral Dittmar kündigt die Bestialisierung der Kriegführung durch die Nationalsozialisten an. Damit enthüllt das Regime nunmehr auch vor dem eigenen Volke das bisher so sorgsam getarnte Verbrecherantlitz. Denn worum handelt es sich bei diesen Plänen? Auf den von Hitler vom Zaune gebrochenen Raubkrieg soll kein Friede folgen! Durch illegale Wühlarbeit, Terror, Provokationen sollen die Möglichkeiten eines friedlichen Wiederaufstieges unseres Vaterlandes für immer vernichtet werden. „Wir werden weitermarschieren, bis alles in Scherben fällt!“ – das will man!

Mit dem kurzen Gedächtnis unseres Volkes rechnend, versuchen die Naziführer, diese Raserei der Vernichtung unter dem Motto „Verteidigungskrieg“ zu starten. Aber wer ist selbst durch die elf Jahre nationalsozialistischer Propaganda so verdummt, um sich nicht zu erinnern, daß es in diesem von Hitler für die Interessen des deutschen Monopolkapitals angezettelten Kriege um das „Gesundstoßen“, um „Erz, Öl, Getreide“ ging? Wer weiß nicht, daß aus einem verlorenen Raubkrieg niemals ein „nationaler Verteidigungskrieg“ werden kann? Wenn ein Räuber gestellt ist und sich in seinen Schlupfwinkel verkriecht, wird er darum noch nicht die Glorie eines Helden erwerben, sondern wird bleiben, was er war: ein Räuber. 1942 wurde in der Wehrmacht die Bezeichnung „Partisanen“ für die Freiheitskämpfer in Rußland und in den von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern verboten. Es durfte nur noch von „Banden“ gesprochen werden. Dadurch versuchte man, die tapferen Männer, die die Freiheit ihrer Heimat gegen einen räuberischen Überfall verteidigten, verächtlich zu machen und sie als Verbrecher zu stempeln. Diese Männer aber, deren Kampf getragen war von der heißen Liebe zu ihrem Vaterland und dem Bewußtsein ihrer gerechten Sache und die sich der begeisterten Unterstützung der ganzen Welt erfreuten, waren keine Banditen, sie waren Freiheitskämpfer, „Partisanen“.

Die Heckenschützentrupps aber, die Himmler heute auf die Beine stellt, um mit ihnen den

unterirdischen Kampf gegen eine neue Ordnung zu beginnen, verteidigen nicht die nationalen Interessen unseres Volkes, sondern schützen als elende und verächtliche Söldlinge allein die imperialistische Räuberbande – Hitler und seine Helfer und Hehler –, die uns in dieses namenlose Unglück gestürzt haben. Ihr Kampf wird nicht Heldentum sein, sondern Verbrechen. Das sind keine „Partisanen“, sondern Banditen.

Die Masse unseres Volkes erkennt das genau. Und deshalb wird auch die hysterische Aufforderung der Nazischreier zum illegalen Bandenkrieg in der breiten Öffentlichkeit nicht auf fruchtbaren Boden fallen. Jeder, der sich noch einen Rest klaren Denkens bewahrt hat, sieht, daß eine Befolgung der Forderungen der Himmler, Goebbels und Konsorten einer Selbstvernichtung gleichkäme. Nicht die Besatzungsmächte würden durch diese Form des Krieges getroffen werden. Sie haben die Mittel, um sich zu schützen. Betroffen würde allein unser Volk! Vieh und Getreide, das letzte Hab und Gut, die letzten Wohnstätten, die der Krieg noch übriggelassen hat, würden vernichtet werden. In einer Ruinenwüste würde die Bevölkerung verhungern und erfrieren. Die friedliche Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten, welche die Voraussetzung für eine Wiederherstellung normaler Zustände und eines geregelten Lebens bildet, würde ernsthaft gefährdet werden. Der moralische Abbau des Krieges würde auf lange Zeit unmöglich gemacht, Mißtrauen und Haß verewigt werden. Die Besatzungsmächte würden sich zu drakonischen Maßnahmen gezwungen sehen, unter denen naturgemäß auch die Unschuldigen zu leiden hätten. Es würde keinen Frieden für uns geben!

Das sieht heute jeder, der noch bei Verstande ist. Und deshalb werden Himmlers illegale Terrorbanden nur Zulauf haben aus den Reihen der schuldbeladenen SS- und Gestapoführer und der ewigen Landsknechte, jener asozialen Elemente, denen Attentate, Raub und Mord zum Lebensinhalt geworden sind. Daß die Masse des Volkes einen solchen vaterlandsfeindlichen Bandenkrieg unterstützen oder sich daran beteiligen würde, diese Gefahr besteht nicht.

Wohl aber besteht eine andere Gefahr. Und diese müssen wir erkennen und ihr entgegenzutreten. Nach den langen Kriegsjahren, die den einzelnen körperlich und seelisch überbeansprucht haben, wird der Wunsch nach Ruhe um jeden Preis groß sein. Gleichgültigkeit und Apathie werden eintreten. „Macht, was ihr wollt, nur laßt mich zufrieden!“, das wird die Grundstimmung bei großen Teilen unseres Volkes sein. Gerade auf dem Boden einer solchen Einstellung aber würden die

zahlenmäßig kleinen Terrorbanden Himmlers ihr Leben fristen und zu einer Gefahr werden. Und gerade das, was unser Volk nicht will, Unruhe und Unfrieden, würde die Folge sein! Die Hitlerbande wird freiwillig nicht Ruhe geben, sie will keinen Frieden, sie ist deshalb unseres Volkes wahrer Feind. Erst wenn die Führer und geistigen Träger der nationalsozialistischen Ideologie unschädlich gemacht sind, gibt es Frieden! Frieden und Ruhe haben wir erst dann, wenn wir uns die Grundlagen für den friedlichen Wiederaufbau gegen diese Verbrecher erkämpft haben. Das wird die letzte Kampfhandlung dieses Krieges sein. Je früher wir diesen Kampf beginnen, je nachdrücklicher und unerbittlicher wir ihn führen, desto eher öffnet sich uns der Weg in eine neue Zukunft. Das muß man erkennen!

Wie aber können wir diesen Kampf führen?

1. Schon heute können wir die Maßnahmen der Nazis zur Vorbereitung des illegalen Bandenkrieges sorgsam überwachen und registrieren (Verstecke, Namen der Führer, Waffenlager usw.).
2. Schon heute kann man Selbstschutzorganisationen schaffen gegen Anschläge auf Gut und Leben der Bevölkerung.
3. Wenn bei der Besetzung durch alliierte Truppen Himmlers Terrorapparat zusammenbricht, gilt es, die SS- und Gestapostrolche rechtzeitig dingfest und unschädlich zu machen, bevor sie in der Illegalität untertauchen können.
4. Nach vollzogener Besetzung sind die Maßnahmen der Besatzungsbehörden zur Unschädlichmachung von Attentätern und Provokateuren nach Kräften zu unterstützen. Wer das tut, der handelt wahrhaft national. Die Lebensinteressen des deutschen Volkes fallen in diesem Punkte mit den berechtigten Interessen der Besatzungsmächte zusammen. Nach diesem furchtbaren Zusammenbruch gibt es nur eine nationale Frage: Wer Deutschland die Möglichkeit gibt, sich wiederaufzurichten und sich die Grundlagen eines bescheidenen Daseins und Arbeit und Brot zu sichern, ist unser *Freund*, gleich, welche Sprache er spricht. Wer den Krieg verewigen will und dadurch die Grundlagen für einen Wiederaufstieg zerstört und Deutschland der völligen Vernichtung aussetzt, ist unser *Feind*. Gegen diesen Feind muß der Kampf bis zum Ende geführt werden. Vorher gibt es keinen Frieden. Deshalb: Kampf den Himmlerbanditen!

Oberleutnant Heinrich Gerlach, Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“
Freies Deutschland, 22. Oktober 1944

Volkssturm – gegen Hitler!

Das fluchwürdige Hitlerregime, das noch immer die Macht in Deutschland in seinen blutigen Klauen hält, dieser Moloch, der sich am Blut anderer Völker noch nicht sattgefressen hat, findet jetzt nichts anderes mehr vor, was er verzehren könnte, als die in seinem Kriege übriggebliebenen lebendigen Reste unseres Volkes.

Alle wehrfähigen deutschen Männer hat er fünf Jahre lang an alle Fronten gejagt. Sie wurden als lebende Deiche vorgeschoben, um in deren Schutz die erraubten Länder ausplündern und verknechten zu können. Aber diese Deiche wurden von der anstürmenden Brandung der Freiheitsarmeen der überfallenen Völker auseinandergerissen, vor Moskau, vor Tobruk, vor Stalingrad, vor Kiew, vor Tunis, vor Neapel, vor Witebsk, vor Cherbourg, vor Jassy, vor Memel, vor Belgrad. Fünf Jahre lang hat Hitler die Dammrisse mit deutschem Fleisch und Blut zu stopfen versucht. Aber die langen Dämme rissen immer wieder, und nichts blieb in fremder Erde von ihnen zurück als Staub und Knochen.

Und keinen anderen Trost für die weinende Heimat hatten die Durchhalteprediger als den, daß die da draußen für Deutschland gefallen wären. Nein, nicht ein deutscher Soldat in diesem Kriege ist für Deutschland gefallen. Das Blut der Millionen und aber Millionen wurde vergossen für Hitlers Räuberherrschaft. Das hat unser verblendetes Volk schon lange zu erkennen begonnen. Aber es hat sich weiter der Schreckensherrschaft gebeugt und sich in verlorenen Schlachten dezimieren lassen.

Jetzt hat Hitler den Krieg bis auf deutschen Boden gebracht. Unser Volk hat Hitler nicht gerichtet, also müssen die Verbündeten es tun. Der Arm der Gerechtigkeit langt nach den schuldigen Verbrechern, nach Hitler und seinen Komplizen.

In ihrer blassen Angst vor der gerechten Vergeltung verlangen sie von unserem Volke, daß es sich als Kugelfang vor sie stelle und den Vollstreckern den Weg verbaue. Die Wehrmacht und ihre schweren Waffen reichen nicht mehr hin, die brüchigen Stellen in den West-, Ost- und Südwällen zu halten. Daher machen die Bankrotteure sich kein Gewissen mehr daraus, das letzte atmende Leben unseres Volkes in die verlorene Schlacht zu werfen, die Kinder und die alten Männer.

Nichts anderes wollen sie, als das ganze deutsche Volk hinopfern, um hinter Leichenwällen ihre Flucht vorzubereiten.

Hitler hat dem Volkshenker Himmler die unumschränkte Gewalt über das Leben unseres Volkes gegeben. Auf seinen Befehl werden die Alten von ihren Kontorstühlen und Kathedern, die Jungen von der Schulbank und vom Spielplatz weggeholt und in die blutenden Lücken gestopft. Alles, was noch krebzen und krauchen kann, wird ausgekämmt und zu armseiligen Einheiten zusammengefeigt.

„Volkssturm“ nennt Hitler dieses erbarmungswürdige letzte Aufgebot. Aber er hat nicht bedacht, daß er mit dieser Parole ein gefährliches Wort in die Menge geworfen hat. Denn ein anderer Volkssturm bereitet sich vor, ein wahrhaftes Volksgewitter, das in den Tiefen der Massen schon zu grollen beginnt.

Nicht umsonst erheben Hitlers heisere Propheten gerade in diesem Augenblick ein ohnmächtiges Geschrei um unsere Bewegung. Denn überall im Lande gewahren sie das erste Aufflammen der Volkserhebung, die nur auf das Signal wartet, die Fahne „Freies Deutschland“ zu entrollen.

Die Erhebung des 20. Juli war nur ein Vorwind des Gewitters; er zerriß nur ein paar Dekorationen, die die Baufähigkeit der Hitlerherrschaft noch verhüllten. Der Volkssturm wird ihre Mauern einreißen.

Deutsche! Männer und Frauen! Ihr habt der blutigen Gewalt Himmlers nicht entgegenzutreten gewagt, weil ihr euch gegen die Waffen seiner Henker ohnmächtig dünkelt. Jetzt ist die Zeit gekommen, wo Hitler euch selbst die Waffen in die Hände drücken muß, in der zitternden Hoffnung, daß ihr euer Leben für ihn in die Schanze schlägt.

Nehmt die Waffen, Deutsche! So steht ihr nicht mehr wehrlos vor den Mordwerkzeugen der SS und der Gestapo! Die Henker sind am Ende ihres Lateins. Entwaffnet sie!

Der Volkssturm naht! Aber nicht der „Volkssturm“, der Deutschlands Gut und Leben verwüstet, um die bankrotte Hitlerherrschaft zu schützen, sondern der Volkssturm, mit dem unser Volk auch die Mitschuld von sich wirft, der VOLKSSTURM GEGEN HITLER!

Erich Weinert, Präsident des Nationalkomitees
„Freies Deutschland“

Freies Deutschland, 22. Oktober 1944

Wunsch nach Frieden

Am 25. April jährt sich zum 80. Mal jener Tag, an dem sich alliierte Soldaten an der Elbe trafen, die wohl nichts sehnlichster erfüllte, als der Wunsch nach Frieden.

Der Handschlag sowjetischer und US-amerikanischer Soldaten an der zerstörten Elbrücke wurde zu einem Sinnbild für das Ende des Krieges. Wenige Tage danach folgte die Kapitulation des deutschen Faschismus. „Wir versprochen einander, daß die Nationen der Erde in Frieden leben sollten und müßten“, berichtete der amerikanische Schütze Joe Polowsky über seine Begegnung mit sowjetischen Soldaten am 25. April 1945 an der Elbe in der Nähe von Torgau.

Dieses Treffen bleibt Symbol für die Befreiung vom Faschismus, auch wenn mit der Konterrevolution 1989/90 ein anderer Geist, der Geist des Geschichtsrevisionismus, eingezogen ist. Brecht mahnte: „Das Gedächtnis der Menschheit für Vergangenes ist sehr kurz. Laßt uns deshalb das schon tausendmal Gesagte immer wieder sagen. Laßt uns die Warnungen erneuern, auch wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind.“

Heute leben wir in einem Deutschland, das wieder nach Weltmacht und -herrschaft strebt, das wieder gen Osten marschieren will, um Rohstoffe und Absatzmärkte zu erobern.

Nie war es seit dem Handschlag 1945 wichtiger und dringender, dem neu erwachten Kriegsgeist unseren Geist des Friedens und des Antifaschismus entgegenzusetzen und eine Friedensbewegung zu schaffen, die den Kriegshetzern in den Arm fällt.

Es kommt darauf an, die historischen Ursachen zu erkennen, die zu Kriegen in der Klassengesellschaft führen. „Man muß den Leuten die reale Situation erklären: Wie groß das Geheimnis ist, in dem der Krieg geboren wird.“ Diese Forderung Lenins gilt es zu erfüllen!

Es genügt nicht, das Grauen der Kriege zu sehen. Wir müssen verstehen, was dem deutschen Volk und anderen Völkern mit der verkündeten „Zeitenwende“ zugebracht ist. Die Erfahrungen der Geschichte zu erkennen ist dabei von immenser Bedeutung. Wenn es gelingt, das in eine große Friedensbewegung über alles Trennende hinweg zu einem gemeinsamen Willen zu führen, kann es gelingen, einem Dritten Weltkrieg den Weg zu versperren.

Wer Frieden alternativlos sieht, muß erkennen, was in den Krieg unserer Tage geführt hat, wer ihn gewollt hat, wer Rußland in einem mörderischen Stellvertreterkrieg zerschlagen will. Machiavellis weise Worte vor einem halben Jahrtausend atmen noch heute

tiefe Wahrheit. „Nicht wer zuerst nach den Waffen greift, ist Anstifter des Unheils, sondern wer die Ursache dafür geschaffen hat.“

Man erfaßt eine Sache erst ganz, wenn man ihre Vorgeschichte kennt. Die Fachzeitschrift Internationale Politik, schrieb Ende 2013: „Die Ukraine in den Westen zu holen, ist nur ein erster Schritt zur Veränderung Rußlands.“ Um das deutsche Volk, die Jugend, wieder auf die Schlachtfelder des Ostens zu jagen, wird abgrundtiefer Russenhaß in die Köpfe der Menschen getrieben.

Aber wir wissen: Das russische Volk hat seine Erfahrungen mit Krieg und Faschismus gemacht, hat viele Millionen Opfer gebracht, wird erneut bedroht, hat aus seiner Geschichte ein anderes Gedächtnis bis in jede russische Familie, erkennt das Falschspiel des Westens.

Kapital – Krise – Krieg ist der vernichtende Mechanismus in seiner ganzen Tragik und Tendenz, der aus dem Kapitalismus heraus geboren wird. Diese simple imperialistische Wahrheit steht hinter dem millionenfachen Tod, Zerstörungen und Elend ihrer Kriege. Niemand nimmt es uns ab, diese Wahrheit zu verbreiten.

Roland Winkler
Aue

Auszug aus der Rede von **Brigitte Dornheim**, die sich in der antifaschistischen Gedächtnisarbeit in der Region Thüringen engagiert, anlässlich einer Stolpersteinverlegung am 5. Januar in Sonneberg zum

80. Jahrestag der Ermordung Adolf Wickleins

Im Lichthof des ehemaligen Sitzes der Thüringer Gestapo in Weimar starben am 5. Januar 1945 die letzten derer, die im Kampf gegen das verbrecherische faschistische System an dieser Stelle ihr Leben lassen mußten. Es waren neun Antifaschisten aus Suhl und Sonneberg, denen die Faschisten vergeblich versucht hatten, den Geist zu brechen. Es waren Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter. Acht Mitglieder der Suhler Friedberggruppe wurden im „20-Sekunden-Takt“ enthauptet.

Ihre Namen sollen unauslöschlich bleiben: *Adolf Anschütz, Rudolf Gerngroß, Friedrich Heinze, Ernst König, Emil Recknagel, Minna Recknagel, Karl Stade, Ewald Stübler*

Der Letzte, der an die Guillotine ging, war der Kommunist Adolf Wicklein aus Sonneberg, mein Großvater. Er „ging ruhig zur Richtstätte“, heißt es im Hinrichtungsprotokoll. Was tat er?

Im Todesurteil steht: „... hat Feindsender abgehört, das Gehörte verbreitet und im Verkehr mit den Mitangeklagten Eichhorn-Gart und mit russischen Kriegsgefangenen kommunistisch gehetzt. Er wird deshalb zum Tode verurteilt und ist für immer ehrlos.“

Er hatte das Gehörte nicht nur verbreitet, sondern auch mit dem Gehörten Menschen Mut gemacht, Mut zum Überleben.

Dies waren Frontnachrichten, welche er den sowjetischen Kriegsgefangenen überbrachte, und auch die Nachricht von der Gefangennahme deutscher Wehrmachtsangehöriger aus Thüringen durch die britische Armee. Damit solidarisierte er sich mit ihnen und den Zwangsarbeitern, die in Rüstungsbetrieben für den Profit solcher Konzerne wie Siemens-Schuckert, der in seinem Sonneberger Betrieb 265 Zwangsarbeiter, die meisten aus der Sowjetunion, schufteten ließ. Aber nicht nur dieser Konzern beschäftigte in Sonneberg Zwangsarbeiter, sondern auch kleinere Betriebe wie zum Beispiel die Porzellanfabriken Ernst Heubach und Hering in Sonneberg-Köppelsdorf.

2022 ließ ich hier den Stolperstein für meinen Großvater legen.

Es gab einen zweiten Kommunisten in Sonneberg, der seinen mutigen antifaschistischen Kampf mit seinem Leben bezahlte. Es war dies Otto Bergner, nach dem die Straße benannt wurde, in der jetzt der Stolperstein für Adolf Wicklein liegt.

Otto Bergner war Mitbegründer der KPD im Kreis Sonneberg und Kommandeur einer Hundertschaft des RFB, des Roten Frontkämpferbundes. Seit seiner ersten Verhaftung 1933 stand er unter Polizeiaufsicht und auf der „Schwarzen Liste“, so daß er seine Arbeit in der Firma Gebrüder Spindler, später unser VEB Plasta, verlor und auch keine neue Arbeit fand. Otto Bergner, der in der

jetzigen Friedrich-Engels-Straße wohnte, übte wie mein Großvater Solidarität mit sowjetischen Kriegsgefangenen, die 1942 in die Firma Heubach getrieben wurden, um Zwangsarbeit zu leisten. Er nahm Verbindung zu ihnen auf und steckte ihnen Dinge zu, die zu ihrem Überleben notwendig waren: Essen, Kleidung und auch Nachrichten über den Frontverlauf. Als er mit zusehen mußte, wie einer dieser Kriegsgefangenen im Hof der Heubach-Firma von einem Wachposten so stark geprügelt wurde, daß dessen Tod zu befürchten war, protestierte er lautstark und wurde deshalb der Geheimen Staatspolizei ausgeliefert. Man verurteilte ihn zu anderthalb Jahren Gefängnis. Zwei Tage vor der bevorstehenden Haftentlassung verschleppten ihn die Nazis mit der Begründung, er sei ein unverbesserlicher Kommunist, in das Konzentrationslager Buchenwald. Dort bekam er die Häftlingsnummer 43 192. Auch hier gehörte er zum Kreis der illegalen Kämpfer. Am 6. März 1945 erhielt seine Ehefrau die Nachricht, daß ihr Mann trotz der „Anwendung bester Medikamente und ausgezeichnete ärztlicher Hilfe“ verstorben sei. An diesem 6. März 1945 aber lebte Otto Bergner noch. Welch ein Zynismus, welche Verhöhnung, welche Unmenschlichkeit! Mitgefangene berichteten nach der Befreiung vom Faschismus, Otto Bergner hätte noch bis Ende März 1945 im KZ Außenlager Witten-Annen in einem Gußstahlwerk schwere Fronarbeit leisten müssen.

Zwei Tage vor der Befreiung des Lagers durch US-amerikanische Truppen wurde er von der SS mit einer Giftspritze ermordet.

Damit wir nicht der Illusion erliegen, im Falle Otto Bergner haben diejenigen, welche damals, nach der sogenannten Wende, in Sonneberg das Sagen hatten, moralisch richtig gehandelt, indem sie der Straße den Namen Otto Bergner ließen, der Hinweis, daß jene Straße in der Hitlerzeit Willy-Marschler-Straße hieß. In diesen Namen konnte man sie schlecht zurückbenennen, denn Marschler war neben Sauckel und Frick einer der drei großen Nazis des sogenannten Mustergaus Thüringen.

Ich hoffe, daß wir im Rahmen unseres Projektes „Wege der Erinnerung und Mahnung zu Stätten der Verfolgung und des Widerstandes in Sonneberg 1933 bis 1945“ nun auch für Otto Bergner einen Stolperstein legen können. Ja, wir leben nicht im Land der Opfer, sondern im Land der Täter, in dem „der Schoß, aus dem das kroch“, noch immer sehr fruchtbar ist, wie Bertolt Brecht schon vor Jahrzehnten feststellte. Angesichts der zunehmenden Faschisierung in diesem Land, ist mir das Erinnern und Mahnen eine Verpflichtung.

Eingesandt von Monika Gottwald

Wir sagen Danke!

In diesem Monat begeht der „RotFuchs“ seinen 27. Geburtstag. Als wir ihn im Februar 1998 das erste Mal herausbrachten, konnten wir nicht ahnen, daß er einmal ein doch beachtliches Erwachsenenalter erreichen würde. Das war in erster Linie möglich, weil wir uns auf eure solidarische Hilfe stützen und verlassen konnten.

Auch 2024 wandten wir uns mit der Bitte an Euch, den RF mit einer Spende zu unterstützen. Und wie in jedem Jahr wurde sie von Tausenden Leserinnen und Lesern erhört. Für diese großartige Hilfe, für die vielen kleinen und großen Spenden und Beiträge, die dem RF auch in diesem Jahr das Überleben ermöglichen, möchten wir uns auf das Herzlichste bedanken. Angesichts steigender Preise und wachsender Lebenshaltungskosten ist eure dennoch erwiesene Unterstützung ein uns Mut machendes Zeichen solidarischer Verbundenheit mit unserem Blatt, was viele auch in Worten auf ihren Überweisungsscheinen zum Ausdruck brachten. Dank auch dafür. Eure Worte spornen uns an, im Kampf um die Verbreitung der Wahrheit über den Kriegskurs des Westens mit der BRD an der Spitze nicht nachzulassen.

Wir freuen uns auf viele weitere Leserinnen und Leser, Abonnentinnen und Abonnenten des „RotFuchs“ und neue Mitglieder unseres Fördervereins. Allen ein gesundes, ein aktives, ein friedliches neues Jahr!

Vorstand und Redaktion

Zum 75. Geburtstag am 24. Februar gratulieren wir herzlich

Dietmar Hänel

aus Flöha.

Dietmar bereichert seit vielen Jahren mit Beiträgen zum aktuell-politischen Geschehen den „RotFuchs“. Darüber hinaus hat er über 40 Abonnenten für unsere Zeitschrift gewonnen.

Lieber Dietmar, für Deine beachtlichen Aktivitäten bedanken wir uns und wünschen Dir vor allem Gesundheit.

Redaktion und Vorstand

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Februar und Anfang März

■ RotFuchs“-Gruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 11. Februar, um 16.30 Uhr spricht Franz Korsch (langjähriger Betriebsdirektor und stellvertretender Generaldirektor im VEB Kombinat Rundfunk- und Fernsehtechnik Staßfurt) zum Thema: **Die wirtschaftliche Lage in der BRD und der EU. Welche Konsequenzen könnten sich aus Trumps Comeback ergeben?**

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 13. Februar, um 16 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Friedenskampf und Bundestagswahl.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 15. Februar, um 10 Uhr: Mitgliederversammlung

Beratung zur gemeinsamen Würdigung des 80. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus und zum Zusammenwirken mit anderen Vereinen

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 18. Februar, um 15 Uhr: Gemeinsame Veranstaltung der Regionalgruppe mit ISOR und GRH Halle **aus Anlaß des 75. Jahrestages der Bildung des MfS.** Es spricht Heinz Engelhard zu seinem Buch **„Der letzte Mann. Countdown für das MfS“.**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Teterow

Am Dienstag, dem 18. Februar, um 15 Uhr spricht Carsten Hanke, Präsident der Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität (GEFIS) in Rostock, zum Thema: **Welche Bedeutung hat die Zusammenarbeit der BRICS-Staaten mit Lateinamerika (Kuba, Bolivien, Venezuela) für die Welt?**

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 18. Februar, um 18 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **Was ist künstliche Intelligenz und wie verändert sie unser Leben?**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Potsdam

Am Dienstag, dem 18. Februar um 18 Uhr: Gedankenaustausch zum **Stellenwert der Bundestagswahl für die Zurückdrängung der Kriegstreiber**

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 20. Februar, um 15 Uhr spricht Dr. Joachim Seider (Berlin) zum Thema: **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.**

Ort: Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Donnerstag, dem 20. Februar, um 17 Uhr: Diskussion mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des RotFuchs-Fördervereins e.V., Wolfgang Dockhorn, zum Thema: **Die LINKE und das Bündnis Sahara Wagenknecht – Brücken bauen für den Frieden.** Information über die Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V.

Ort: Soziokulturelles Zentrum QUERBEET, Rosenplatz 4, 09126 Chemnitz

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am Freitag, dem 21. Februar, um 15 Uhr: Veranstaltung zum Thema: **Mit dem Auto durch Rußland – eine Erlebnisreise /** Powerpoint-Präsentation von Peter Müller

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Cottbus

Am Sonnabend, dem 22. Februar, um 10 Uhr spricht der letzte Betriebsdirektor des VEB Elektromotorenwerk Wernigerode, Dr. Wolfgang Beck, zu seinem Buch: **„Alles hat ein Ende, auch die Marktwirtschaft“**

Ort: Gaststätte „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am Sonnabend, dem 22. Februar, um 10 Uhr: Gesprächsrunde zu aktuellen Themen
Ort: Seniorenbüro e.V. im Mehrgenerationenhaus, Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Nördliches Vorpommern

Am Sonnabend, dem 22. Februar, um 10 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins, Dr. Arnold Schölzel, zum Thema: **Die aktuellen welt-politischen Erdbeben und ihre Wirkungen auf China**

Mitveranstalter DKP Stralsund
Ort: Volkssolidarität Stralsund, Carl-Heydemann-Ring 101, 18437 Stralsund

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am Sonnabend, dem 22. Februar, um 11 Uhr spricht Dr. Lothar Schröter (Militärhistoriker und Buchautor) zum Thema: **Der Ukraine-Krieg und seine Folgen bis heute**

Ort: Restaurant „Jadegarten“, Bahnhofstraße 16, 15711 Königs Wusterhausen (gegenüber dem Bahnhofsgebäude)

■ Regionalgruppe Gera/Altenburg

Am Sonnabend, dem 22. Februar um 14 Uhr: Gemeinsame Veranstaltung mit dem Freidenkerverband, ISOR und Cuba Si/Gera. Es sprechen Reiner Markgraf/Vertreter von Cuba Si/Gera und Justo Luis Cruz/Koordinator der AG „Cuba Si“ Berlin zum Thema: **Kuba aktuell**

Ort: Gaststätte Steinweg 1, 07545 Gera

■ Regionalgruppe Harz

Am Freitag, dem 28. Februar, um 14 Uhr: Auswertung der Bundestagswahlen. Referenten: Wolfgang Herdam und Heike Jehnichen (beide BSW)

Ort: Burchadikloster (Vereinsraum), Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

VERANSTALTUNG IM MONAT MÄRZ

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 1. März, um 10 Uhr spricht Prof. Dr. sc. techn. Reinhard Schiffel zum Thema: **Was ist künstliche Intelligenz und wie verändert sie unser Leben?**

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Februar!

Zum 98. Geburtstag

Hans Prüfer (Berlin) am 26. Februar

Zum 96. Geburtstag

Armin Lufner (Oranienburg) am 11. Februar

Zum 95. Geburtstag

Hans Seliger (Schwarzenberg) am 18. Februar

Zum 94. Geburtstag

Marga Ranga (Zwickau) am 4. Februar
Rudolf Krause (Berlin) am 8. Februar
Joachim Herfurth (Raguhn-Jeßnitz) am 17. Februar
Dr. Gerhard Ferchland (Ahrensfelde) am 24. Februar

Zum 92. Geburtstag

Herbert Steinbrecher (Leipzig) am 3. Februar
Horst Haufschild (Neubrandenburg) am 9. Februar
Arno Feige (Berlin) am 13. Februar

Zum 91. Geburtstag

Eberhardt Steinhäuser (Görlitz) am 17. Februar

Zum 90. Geburtstag

Johanna Mothes (Erlau) am 10. Februar
Fritz Pommer (Prödel) am 19. Februar
Brigitte Kopprasch (Berlin) am 26. Februar

Zum 85. Geburtstag

Eberhard Damisch (Halle) am 8. Februar
Dr. Dieter Rostowski (Kamenz) am 10. Februar
Dieter Baß (Neubrandenburg) am 28. Februar

Zum 80. Geburtstag

Uwe Löffler (Chemnitz) am 4. Februar
Rüdiger Geßner (Zöbzig) am 9. Februar
Helmut Wendt (Leipzig) am 9. Februar
Jürgen Gramm (Rochlitz) am 16. Februar
Siegmund Mai (Leipzig) am 21. Februar
Udo Helmbold (Berlin) am 28. Februar

Zum 75. Geburtstag

Joachim Wüstmann (Lüneburg) am 3. Februar
Reinhard Knaack (Lalendorf) am 7. Februar
Ulrich Schmidt (Grabfeld) am 12. Februar

Zum 70. Geburtstag

Doris Steszyn (Sassnitz) am 10. Februar
Joachim Müller (Leipzig) am 15. Februar
Günter Klein (Stuttgart) am 20. Februar

Zum 60. Geburtstag

Jörg Hommel (Frankenberg) am 19. Februar

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



Purer Größenwahn

Für das neue Jahr wünschen wir uns Gesundheit und vor allem Frieden. John Lennon meinte jedoch: „Frieden ist nichts, was man sich wünscht, sondern etwas, das man schafft, etwas, das man tut, etwas, das man ist und etwas, das man hergibt.“ Frieden schaffen, aber ohne Waffen! Wie ist es aktuell um den Frieden bestellt? Die Fakten sind beunruhigend. Verlangt doch der nächste US-Präsident von allen NATO-Staaten 5 % des BIP für das Militär! Sollen denn sämtliche Ressourcen unseres Planeten nur noch in die Rüstung gesteckt werden? Für die Nutzung des Panamakanals fordern die USA für sich Sonderkonditionen, andernfalls dessen Rückgabe an sie (ggf. auch unter Anwendung militärischer Gewalt). Für ihre „nationale Sicherheit“ beanspruchen sie Grönland, ansonsten drohen sie auch hier mit militärischer Gewalt. Sie wollen auch von dort an Rußland ranrücken. „America first“ – so Trump. Nur sie pochen auf ihre Sicherheit, für andere soll das wohl ein Fremdwort sein. Die gesamte Außenpolitik der Vereinigten Staaten beruht seit ihrer Gründung nur auf dem Destabilisierungs- und Gewaltprinzip anderen Staaten gegenüber (zumindest denen, die sich nicht gefügig zeigen). Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die „rote Gefahr“ weg, damit aber auch maximale Gewinnaussichten des militärisch-industriellen Komplexes (MIK) der USA. Ein neuer Feind mußte auf die Weltbühne. Schon Präsident Eisenhower erkannte den MIK 1961 als „Gefahr für die Demokratie“. Der US-Diplomat, Historiker und Politiker Georg Kennan bezeichnete die NATO-Osterweiterung (alles unter Regie der USA!) als deren verhängnisvollsten Fehler nach dem Ende des Kalten Krieges. Wie recht er hatte! Das Streben der USA (ich meine damit nicht das Volk – ich habe dort nur nette Menschen getroffen!), sich unseren Planeten als „nationales Eigentum“ einzuverleiben, setzt unser aller Existenz aufs Spiel. Aber die Menschheit hat ein Recht, gleichberechtigt auf unserer Erde zu leben. Wie sagte John Lennon? „Frieden ist etwas, das man schafft ...“! Unser Tun ist gefragt!

Wolfgang Mengel, Stralsund

Verteilung von oben nach unten auf Deutsch

Man sollte meinen, daß die im Bundestag vertretenen und vom Volk gewählten Parteien das tun, wofür sie gewählt wurden, nämlich im Interesse der Wähler zu handeln. Das scheint aber in dieser Scheindemokratie keine Rolle zu spielen. Momentan haben wir offensichtlich eine Herrschaft der Kriegshetzer, die fast alle Bundestagsparteien, ebenso die gleichgeschalteten Medien, betrifft. Sie alle pfeifen bedeutungsschwer das Lied von dem kurz bevorstehenden Überfall der Russen auf die NATO mit ihren Vasallenstaaten. In diesem Sinne werden Milliarden Euro für die Rüstungsindustrie und die Bundeswehr regelrecht zum Fenster hinausgeworfen, weil ja „die Russen kommen“. Die Russen müssen natürlich kommen, weil sie nicht genügend Land besitzen und über keinerlei Rohstoffe verfügen, die in den westlichen Ländern zu Hauf ungenutzt herumliegen. Außerdem waren sie ja schon einmal vor 80 Jahren unprovokiert in Berlin.

Ob die Generalitäten der NATO und besonders der Bundeswehr eigentlich an den selbst verbreiteten Unsinn glauben? Spielt in deren Denken noch die Niederlage des deutschen Imperialismus eine Rolle? Da werden Planungsszenarien entwickelt, die schwerlich an eine Abwehr russischer Angriffe auf die NATO glauben lassen. Deutschland ist Drehscheibe für militärisches Gut, welches aus den USA herangeschippert werden soll, um es dann auf Straße und Schiene gen Osten zu transportieren. Wozu, fragt der gesunde Menschenverstand?

Wer als Bundeswehrgeneral mit einer Vergütungsstufe ausgestattet ist, von der ein einfacher Beschäftigter nur träumen kann, und der obendrein nach seinem Ausscheiden noch eine satte Pension erhält, die ein sorgenfreies Leben ermöglicht, was wird dieser wohl tun? Er wird den Unsinn eines bevorstehenden russischen Angriffs für in Stein gemeißelte Wahrheit verkünden.

Der deutsche Kriegsminister entläßt seit einiger Zeit viele Bundeswehrgenerale, die offensichtlich die Altersgrenze erreichten und/oder zur Nachkriegsgeneration gezählt werden können. Deren Erinnerungen an den 2. Weltkrieg waren noch anders gelagert, als die der neuen Kommenden, die bereits eine andere Denkweise in Sachen Krieg und Militär haben dürften. Es sind demzufolge zu tiefst Hörige.

Ungeachtet der vielen Probleme im eigenen Land schmeißt die derzeitige Halbgregierung mit den Milliarden um sich: „Sondervermögen“ (künftige Schulden der Bevölkerung) für die arme, bedürftige Bundeswehr, Aufstockung der Militärausgaben, Milliarden für die Rüstungsindustrie, Milliardenhilfen für die Ukraine, damit dort der Krieg weitergeführt werden kann

Gleichzeitig verlottert im Land die gesamte Infrastruktur, sichtbar an Straßen, Brücken, Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen. Begleitet wird der wirtschaftliche Niedergang in Deutschland von einer Zunahme von Insolvenzen, Abwanderungen ganzer Industriezweige, Zunahme der Armut und der Wohnungslosigkeit.

Alles im Interesse des überseeischen Oheims, der von der absichtlich installierten sogenannten Elite angebetet wird, als wäre er der Heilsbringer auf Erden.

Nun stehen vorgezogene Bundestagswahlen an. Es ist zu befürchten, daß die Mehrzahl der Bürger wieder die Parteien wählen wird, die diesen Schlamassel verursacht haben, in der Hoffnung und dem Irrglauben, daß es nach der nächsten Wahl anders werden wird. CDU/CSU und die SPD waren und sind Parteien des Kapitals und wer diese wählt, wählt am Ende das Ergebnis, das er nicht wollte.

Reiner Neubert, Berlin

Bundesdeutsche Doppelmoral

Die derzeitige total verkorkte und unsinnige Innen- und Außenpolitik der Bundesregierung stellt sich in einer äußerst gefährlichen Doppelmoral dar. Innenpolitisch äußert sich das u. a. in einer desaströsen Wirtschaftspolitik a la Habeck oder in einer ganz und gar aus dem Ruder gelaufenen Flüchtlingspolitik. Krampfhaft doktert man an den Folgen herum, ohne die eigentlichen Ursachen der Flüchtlingsströme zu benennen.

Die Doppelmoral zeigt sich auch am Umgang der Herrschenden mit allem, was zur DDR gehörte. Errungenschaften der DDR, wie das Bildungs-, Gesundheits- oder Verkehrswesen bis zu den Bürgergesetzen, wurden plattgemacht. Deindustrialisierung des Ostens und Diskriminierung ihrer Bürger waren die Folgen. Sehr viele gut ausgebildete junge Ostdeutsche mußten, um eine Arbeit zu finden, ihre Heimat verlassen. Damit haben wir im Osten ein Viertel der Bevölkerung verloren, was einem Stand von 1905 entspricht. Noch gravierender wirkt sich die Doppelmoral der Regierenden nach außen aus. Besonders der Bruch mit einem der größten Handelspartner und Rohstofflieferanten läßt die deutsche Wirtschaft in die Knie gehen. Rußland war immer ein zuverlässiger Partner, der uns zu sehr günstigen Preisen mit Öl und Gas versorgte. Das hat man, vor allem auf Wunsch eines „sehr lieben und zuvorkommenden Partners“ aus Übersee, zunichte gemacht. Die Auswirkungen sind dramatisch, es brechen ganze Wirtschaftszweige zusammen, große Unternehmen verlassen das Land. Rußland soll mit Sanktionen in die Knie gezwungen werden. Eine Sanktion jagt die andere, die uns und anderen Ländern der EU nun auf die Füße fallen. Dabei ist ganz klar, der Westen ist der Verursacher für diesen Krieg in der Ukraine, der längst als Stellvertreterkrieg geführt wird.

Die bundesdeutsche Doppelmoral wird deutlich, wenn man den Ukraine-Konflikt mit dem Krieg Israels im Nahen Osten vergleicht. Auf der einen Seite wird Rußland verurteilt und verurteilt, auf der anderen Seite unterstützt die Regierung einen Massenmörder mit tödlichen Waffen. Und keinem deutschen Politiker kommt auch nur das Wort Sanktionen gegen Israel über die Lippen. Gegenwärtig scheint es so, als suche der Westen krampfhaft nach einem neuen „Fall Gleiwitz“. Nicht anders kann man sein Vorgehen im Ostseeraum bewerten. Mit dem Bau des NATO-Marine-Stützpunktes in Rostock

bricht man den 2+4 - Vertrag und riskiert, daß Rußland sich wehrt. Gleichzeitig beschuldigt man Rußland, die Zerstörung von zwei Unterseekabeln organisiert zu haben. Wenn man dagegen weiß, daß jährlich ca. 200 Kabel in der Ostsee beschädigt werden, ist dieser Vorwurf äußerst durchsichtig. Wir können nur hoffen, daß Rußland die Nerven behält. Wenn wir nicht gemeinsam untergehen wollen, brauchen wir Menschen mit einer Vision und dem Willen zum Frieden.

Ralf Kaestner, Bützow

Klassenkampf heute

Klassenkampf als Begriff scheint wieder salonfähig zu werden. Lange Zeit, in der Gewerkschaften und Kapital ihre Liebe und Solidarität zueinander entdeckt hatten, war das Wort angeblich nicht mehr zeitgemäß. Nicht selten wurde die sogenannte Arbeitnehmerschaft mit verlogenen Argumenten in die Liebesheirat genötigt. Wenn zu alledem die Klasse in sich gespalten ist, aristokratische, privilegierte Teile von denen am sozialen Ende Stehenden losgelöst sind, dann ist Klassenkampf von oben leicht zu führen und zu gewinnen. An den Spruch eines der reichsten Männer der Welt, Warren Buffet, sei erinnert, der die Welt sinngemäß so beschreibt: „Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen.“ Das sind doch Ansagen! Und wir erleben gerade heute: Die Gewinner heute werden dreister und dreister in ihren Forderungen. Die Verliererklasse hat sich weitestgehend im Klassenkonflikt aufgegeben und weiß kaum mehr vom Inhalt des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Es wundert also gar nicht, wenn Kapitalvertreter wieder weniger Feiertage, längere Arbeitszeiten, einen Karenztag bei Krankheit, mehr Zwangs- und Sklavenarbeit für all jene, die sich angeblich mit Bürgergeld oder in Arbeitslosigkeit ein schönes Leben ohne Arbeit machen, fordern. Wer stellt noch die Fragen, warum braucht es endloses Wachstum und wofür? Wer kann noch den Zusammenhang erklären zwischen Lohn, Preis, Profit, Wert der Ware Arbeitskraft usw.? Die Arbeit als erstes Grundbedürfnis des Menschen, Arbeit, die den Menschen erst zum Menschen gemacht hat, die Arbeit als wahrhaft gesellschaftliche Arbeit zum Wohle und Reichtum aller, die Befreiung der Arbeit aus dem Zwang, nur Lohnarbeit für den Reichtum Weniger zu sein – das ist die Lösung, auf die sich die Arbeiterklasse wieder orientieren muß.

Roland Winkler, Aue

Bilder einer Ausstellung

Es passiert seit 1990 kaum noch, daß mich eine Kunstausstellung inspiriert. Noch seltener macht es mir ausgesprochene Freude, sie anzusehen. Ein kleines Wunder erlebte ich jedoch im Januar in Frankfurt/Oder im früheren „Museum Junge Kunst“, jetzt „Brandenburgisches Landesmuseum für moderne Kunst“.

„Ein kristalliner Tag – Winterbilder von Schneeweiß bis Nebelgrau“ war eine Auswahl

echter Kunstwerke bekannter DDR-Maler überwiegend aus den 50er bis 80er Jahren. Die meisten Bilder sind gut gestaltet, handwerklich gekonnt und einfach schön. „Schön“ ist eine ästhetische Kategorie, die westlichen Kunstkritikern als „igitt“ gilt. Die Ausstellung bot prachtvolle Winterlandschaften mit und ohne Schnee, darunter auch Industriemotive, und sie wirkte ungewohnt optimistisch. Die Lebensfreude, welche die Aquarelle, Holzschnitte und Ölbilder ausstrahlten, auf denen Kinder rodelten und Ski liefen, Oma und Opa mit Enkel auf dem Schlitten spazieren gingen, Hunde tollten, Schlittschuhläufer ihre Runden drehten, die war plötzlich so spürbar, daß ich mich unwillkürlich fragte: „Gab es das alles mal? Habe ich das auch erlebt?“ Ja, habe ich. Diese Bilder sind aus meinem früheren Leben gegriffen und erinnerten mich an die tiefen Heimatgefühle, die ich zur DDR empfand. Ein Wiedersehen mit Curt Querner und Otto Paetz, mit Otto Nimeyer-Holstein, Günter Neubauer, Wilhelm Schmied, Theodor Rosenhauer ... – welche Freude! Ein Holzschnitt „Winterhilfe 1933“ von Werner Hofmann ergänzte die Schau, ein Bettler in der Großstadt, wieder aktuell in Deutschland! Natürlich durften auch ein paar „Widerstandskämpfer“ nicht fehlen; soviel Angepaßtheit muß sein. Die Dissidenten gehören nicht zu den Großen, soweit ich das beurteilen kann; mancher Hochgepushte nicht mal zum Mittelmaß, die ewigen Strichmännchenbilder von A.R. Penck halte ich nicht für Kunst. Das ist allerdings der Trend – an die Decke gehängte Stühle, an Leinwände gebundene Holzkugeln, was von den Kuratoren als „intellektuelle Spiellust der Künstler“ bemäntelt wird. Inhaltsleere Spielereien, meist ohne Form, geistlose Basteleien werden als „originell“ hingestellt und ihre Schöpfer zu den „wichtigsten lebenden Künstlern“ aufgewertet. Neue große Kunst werden wir nicht mehr erleben. Und wenn, bestenfalls von wenigen sehr fortschrittlichen, denkenden Künstlern im stillen Kämmerlein. Dort wird sie dann auch bleiben. Insofern war die „Winterbilder“-Ausstellung sogar mutig.

Martina Dost, Görlsdorf

Nachhall der DDR

„Die DDR ist nachhaltig“ – unter diesem Titel erschien im „ibidem-Verlag Hannover“ der letzte Teil einer Trilogie der Autorinnen Ellen Händler und Uta Mitsching-Viertel. Die Autorinnen wollten ermitteln, ob es eine „spezifische Ostidentität“ von Bürgern gibt, die sowohl die DDR-Zeit als auch nunmehr 30 Jahre BRD erlebt haben. Sie kamen zu dem Schluß, daß der „Ossi anders ist, es bleiben will und durch das Erleben zweier gesellschaftlicher Systeme „dem Wessi etwas entgegenzusetzen“ habe. Das fände vor allem seinen Ausdruck darin, daß sie bessere Erfahrungen hätten, was realistische Demokratie bedeute, die sie in der DDR erlebt hätten und jetzt vermissen würden, z.B. in der betrieblichen Mitbestimmung, die in der DDR viel direkter wahrgenommen wurde, oder im verantwortungsvollen Umgang mit Eingaben, dem Bildungssystem, in der Kultur und in sozialen

Fragen. Statt dankbarer Zustimmung registrierten die offiziellen Instanzen seit Jahren negative Stimmungen in den östlichen Ländern, die sich auch in völlig unterschiedlichen Wahlergebnissen zwischen den westlichen und östlichen Bundesländern zeigten.

Die eigentlichen Gründe für diese Stimmungslage finden wir, wenn wir nach dem Charakter eines Staates fragen, der durch die Form und Art der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln bestimmt wird. Ein Staat, dessen entscheidende Grundlage das private Eigentum an Produktionsmitteln bildet, ist naturgemäß primär darauf gerichtet, den eigenen privat-persönlichen Interessen, dem Streben nach Profit und Vermehren des eigenen Reichtums zu folgen. Wie sehr auch versucht wird, durch staatlich gesteuerte Medien und geflüssentlich handelnde Staatsdiener der Bevölkerung einzuhämmern, daß es doch „Demokratie“ sei, die in der BRD praktiziert werde, bleibt dieses System, was es ist, Kapitalismus, der nicht vereint, sondern individualisiert. Das Einbeziehen der DDR in die Strukturen, die gesetzlichen Bestimmungen der BRD bis zu den Denk- und Lebensweisen erfolgte gnadenlos und komplett, ohne auch nur die Übernahme einer Spur aus der früheren DDR zu tolerieren. Daß sich diese Art der Vereinnahmung mit der Erlebnis-, Denk- und Empfindungswelt seiner in der DDR lebenden Bürger nicht vereinbart, liegt auf der Hand. Festzuhalten ist, daß es für sie ein erfülltes Leben war, mit all seinen Höhen und Tiefen, das, wie in der Trilogie festgehalten, positiv „nachhallt“.

Dr. sc. Heinz Günther, Berlin

Geschichtsvermittlung a la BRD

In einer renommierten Bremer Tageszeitung wurde kürzlich ernsthaft die Frage gestellt: „Warum hat Hitler die Mauer gebaut?“

Ja, Geschichtsvermittlung in bundesdeutschen Bildungseinrichtungen ist eine besondere Herausforderung. Dazu zwei Alltagsbeispiele von mir, die im Geschichtsunterricht an Schulen, besonders hier in Bremen und Bremen-Nord, nie eine Rolle spielten.

Karl Wastl aus Bremen-Nord, als kommunistischer Widerstandskämpfer fünf Jahre im KZ Sachsenhausen inhaftiert, rettete mit seinen Freunden das Leben von sowjetischen Rotarmisten; sie teilten ihre kargen Brotkrumen mit ihnen, damit diese nicht verhungern. Karl Wastl mußte 18 Jahre auf Entschädigungszahlungen warten, erst kurz vor seinem Tod 1963 erhielt er eine Wiedergutmachung für insgesamt sieben Jahre Sachsenhausen und Mauthausen.

Die weltweit anerkannte Kinderärztin Inge Rapoport aus der DDR war 102 Jahre alt, als sie ihre Doktorarbeit nach 77 Jahren vor drei medizinischen Uni-Professoren in Hamburg verteidigte. 1937 wurde ihr die Zulassung für die Doktorprüfung verweigert, da sie Jüdin war. Von Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek stammt folgender Satz: „Wir können im neuen Deutschland nicht dulden, daß es da Rote Kapos, Kommunisten, Sozialisten aller Richtungen und Schattierungen gibt, die Menschen gerettet haben.“

So wird Geschichte vermittelt.

Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen-Nord



Glückwunsch zum Tag des Sieges

Graphik: L. Golowanow (1987)

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH**Herstellung:** Druckerei Gottschalk**Internet:** www.rotfuchs.net**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Hans-Jürgen Joseph
Prof. Dr. Anton Latzo
Dr. Holger Michael
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)
Hans Schoenefeldt
Dr. Joachim Seider
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.